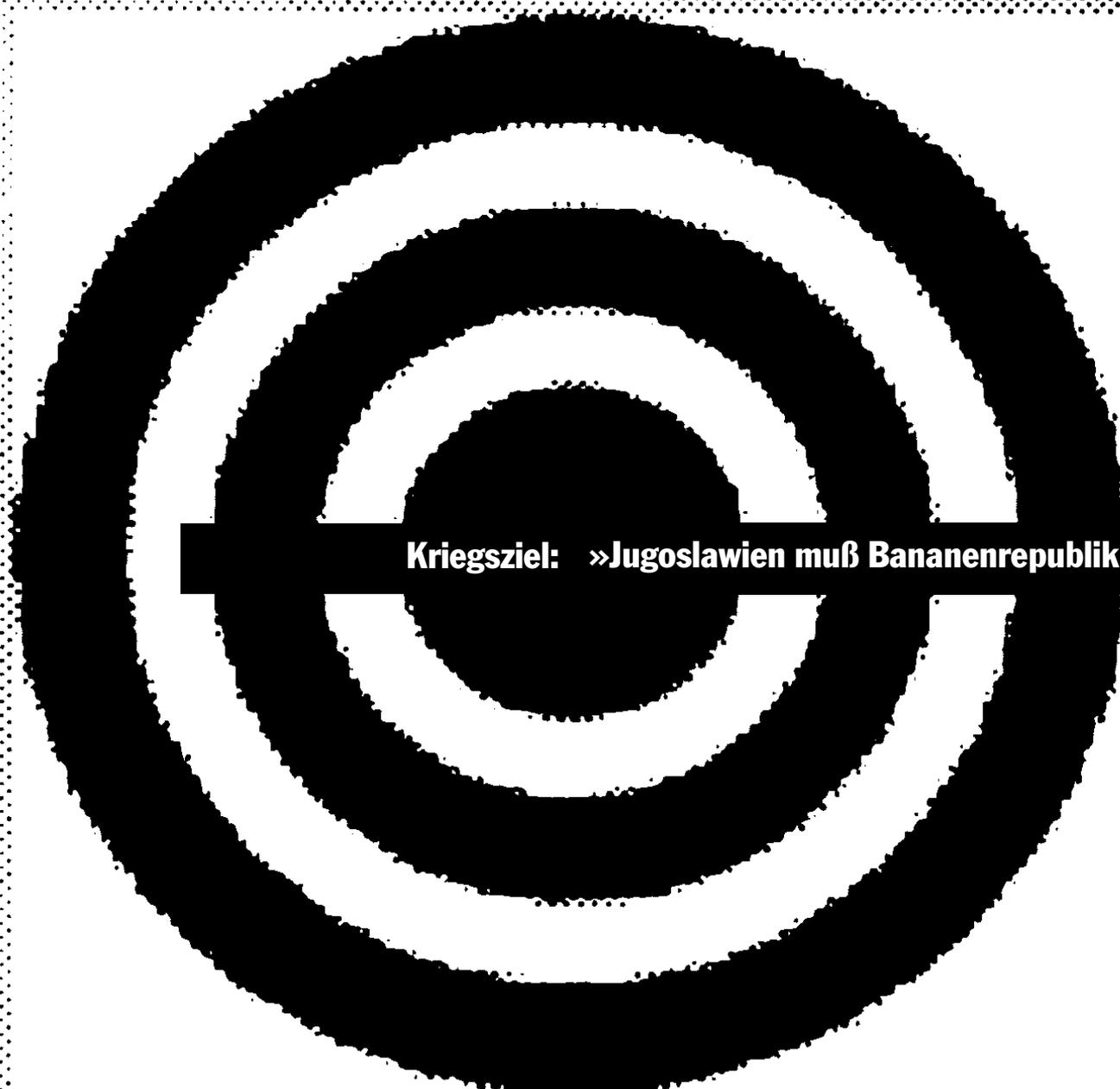


# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

## NATO



Kriegsziel: »Jugoslawien muß Bananenrepublik werden«

# TARGET

# Serbischer Nationalismus und der Zerfall Jugoslawiens

Zur Zeit spricht sehr viel dafür, daß der Krieg in Jugoslawien zu Ende sein wird, wenn diese Ausgabe der Arbeiterpolitik erscheint. Wie der Ausgang des Krieges zu bewerten ist, läßt sich im Augenblick noch nicht genau sagen. Viele westliche Kommentatoren sind der Meinung, daß Jugoslawien eine schwere Niederlage erlitten habe, die einer Kapitulation gleich komme. Andere wiederum sprechen davon, daß die USA außenpolitisch einen Rückschlag hätten hinnehmen müssen, weil die Rolle der UN, Rußlands und nicht zuletzt der EU gestärkt worden sei. Neben diesen zwei wichtigsten Positionen gibt es noch eine ganze Reihe anderer. Welche Einschätzung sich langfristig als richtig herausstellen wird, wird vielleicht in ein paar Wochen zumindest ansatzweise zu erkennen sein. Jetzt ist das unmöglich. Wir haben daher auf eine schnelle Bewertung des von der jugoslawischen Regierung unterzeichneten Abkommens verzichtet und veröffentlichen nur die schon Ende Mai fertiggestellten Artikel zum Krieg und seinen Hintergründen und Folgen. Alle wesentlichen dort vorgebrachten Argumente behalten unseres Erachtens ihre Bedeutung auch nach einem zu erwartenden Kriegsende.

Die NATO und die Regierungen ihrer Mitgliedsländer werfen Jugoslawien und seinem Präsidenten Milosevic immer wieder vor, die volle Verantwortung für die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien zu tragen. Er habe die vier Kriege dort begonnen, den gegen Slowenien, den gegen Kroatien, den in Bosnien-Herzegowina und den im Kosovo. Die ersten drei habe er bereits verloren, und beim jetzigen werde das genau so sein. Diese Argumentation erscheint den meisten Bundesbürgern plausibel, stimmt sie doch mit der Berichterstattung der Medien hierzulande überein. Stets wird Milosevic als prominentestem Vertreter des serbischen Nationalismus die Schuld für die brutalen Kriege im ehemaligen Jugoslawien zugeschoben. Als Beleg für die gewalttätigen Ziele und die Kontinuität des serbischen Nationalismus werden in den Medien immer wieder Dokumente präsentiert, deren Entstehung teilweise bis in die dreißiger Jahren zurück reicht. Solche nationalistischen Pamphlete gibt es allerdings von allen beteiligten Seiten, so zum Beispiel (unter Mitwirkung der heutigen Präsidenten Tudjman und Izetbegovic) auch auf seiten der Kroaten und der bosnischen Moslems. Ihre Erklärungskraft ist nicht besonders groß, weil sie zwar die Existenz unterschwelliger Stimmungen andeu-

ten, deren langjährige praktische Bedeutungslosigkeit aber ebensowenig erklären können wie ihren plötzlichen politischen Aufschwung.

Dieses eindeutige Bild, das Gut und Böse sauber voneinander trennt und den Serben die Rolle des Bösen zuteilt, trägt zur Erklärung der realen Entwicklung aber nicht nur nichts bei, es vernebelt und verfälscht sie sogar. Anders als uns die Politiker und Medien der westlichen Länder weismachen wollen, stellte und stellt nicht der serbische Nationalismus die treibende Kraft hinter den Kriegen dar, es waren und sind vielmehr die NATO-Staaten und ihre Verbündeten in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien.

Von Beginn an sahen sich die Serben in die Defensive gedrängt. Vor allem aus wirtschaftlichen Gründen wollten sie den Zerfall des jugoslawischen Staatsverbands verhindern; denn der Zerfall eröffnete ihnen im Unterschied zu Kroatien und Slowenien keine Perspektive. Während Kroatien und Slowenien sich von dem Schritt in die Selbständigkeit nicht nur den Wegfall der Unterstützungszahlungen für die ärmeren Regionen Jugoslawiens erhofften, sondern auch eine enge Anbindung an die EU und damit eine wirtschaftliche Zukunft im Kapitalismus (siehe dazu den Jugoslawienartikel in der letzten Nr. der Arbeiterpolitik), konnte Serbien bei einer Auflösung des alten Jugoslawien nur verlieren. Es mußte nicht nur den Verlust der Zahlungen aus Kroatien und Slowenien für die zentralen Bundeseinrichtungen und das

Berichtigung: Die Titelseite der letzten Ausgabe der Arbeiterpolitik trug die Bezeichnung: »Nr. 1/1999«, was selbstverständlich falsch ist. Die richtige Bezeichnung lautet: **Nr. 2/1999**. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

## INHALT

Serbischer Nationalismus und der Zerfall Jugoslawiens	. . 2
Über die Eindrücke aus dem Kosovo, Jan Oberg	. . . . . 4
Auszüge aus dem Rambouillet-Abkommen	. . . . . 6
Sind wir 1945 befreit worden?	. . . . . 9
Weitere Informationen zum Racak-Massaker	. . . . . 12
1989; Jugoslawischer Sonderweg zwischen Ost und West	13
1995: Die NATO unterstützt ethnische Säuberungen	. . . 18
Rezension: »Die ehrlichen Makler« (Ralph Hartmann)	. . . 21
<b>Korrespondenzen:</b>	
Bremen: »Vom 1. Mai zum 1. Mai – alle Tage nazifrei	. . . 22
Göttingen: Schimpf ihn, tritt ihn den Minister!	. . . . . 26
Hanau: Bisher vereinzelte Aktivitäten	. . . . . 26
Siegen: Die Provinz ist voller Leben	. . . . . 27
Hamburg: Einige Antikriegs-Aktivitäten	. . . . . 28
Dänemark: Neuer Streik von Krankenschwestern	. . . . . 28
Türkei: Prozess gegen Polizisten: »Mit Prügel fing es an«	29

**Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:**

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahnenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
 »GFSA e.V. · Postbox 106426 · D - 20043 Hamburg«

Kosovo hinnehmen, es besaß auch keine Chance, das mit dem Auseinanderfallen Jugoslawiens verbundene Wegbrechen der innerjugoslawischen Märkte durch eine stärkere Anlehnung an die EU zu kompensieren, geschweige denn von einer Veränderung der Wirtschaftsbeziehungen in Richtung Westeuropa zu profitieren. Da mit dem gleichzeitigen Zerfall des Ostblocks auch die Alternative einer engeren Anlehnung an den RGW entfiel, blieb nur der Versuch, Jugoslawien zusammenzuhalten.

Dementsprechend stellte sich Serbien gegen alle jene Kräfte in Jugoslawien, die den jugoslawischen Staatsverband auflösen wollten. Deutschland dagegen unterstützte die Sezessionsbestrebungen Kroatiens und Sloweniens von Anfang an massiv und konnte sich mit dieser Haltung innerhalb der NATO und der EU gegen anfängliche Widerstände auch durchsetzen. Wenn heute von den Politikern und Medien argumentiert wird, erst die Aufkündigung des Autonomiestatus für das Kosovo habe Slowenien zur Ausrufung der Unabhängigkeit veranlaßt, so verkehrt eine solche Darstellung den historischen Verlauf in sein Gegenteil. Sicherlich erfolgte die slowenische Unabhängigkeitserklärung, zeitlich gesehen, erst nach der Abschaffung des Autonomiestatus, der tatsächliche Zusammenhang war jedoch ein anderer. Die faktische Aufhebung der Autonomie des Kosovo 1989 stellt im Kern einen untauglichen Versuch der serbischen Seite dar, den damals im Grundsatz bereits zur Abspaltung von Jugoslawien entschlossenen Republiken Slowenien und Kroatien – schon 1988 hatten sie die Zahlungen an den nationalen Entwicklungsfonds eingestellt – mit einer Demonstration der Stärke zu begegnen und sie auf diesem Wege zum Einlenken zu bewegen.

Der erste Krieg, der zwischen der jugoslawischen Bundesarmee und Slowenien, war denn auch noch ganz klar bestimmt von dem Versuch, den Austritt Sloweniens aus Jugoslawien zu verhindern. Die Bundesarmee spielte dabei eine ausschlaggebende Rolle, weil sie von der seit Ende Dezember 1990 gültigen Weigerung Sloweniens und Kroatiens, weiterhin Gelder an den zentralen Bundeshaushalt zu überweisen, außerordentlich stark betroffen war. Da Jugoslawiens Militärdoktrin traditionell eine Verteidigung sowohl gegen den Warschauer Pakt als auch gegen die NATO vorsah, verschlangen die Kosten für die Armee einen großen Prozentsatz des Bundesetats. 70 Prozent des Bundeshaushalts, der Mitte der achtziger Jahre aufgrund der weitgehenden Eigenständigkeit der Republiken allerdings schon weniger als ein Fünftel des gesamten Staatshaushalts ausmachte, entfielen auf die Verteidigungsausgaben. Der Versuch, Jugoslawien mit militärischen Mitteln zusammenzuhalten, scheiterte an der eindeutigen Haltung der slowenischen Bevölkerung, die die jugoslawische Armee nach einigen kurzen und nur mit wenigen Opfern verbundenen Gefechten zum Rückzug veranlaßte. Die Tatsache, daß die hoch gerüstete jugoslawische Armee schon nach drei Tagen gegen die unzureichend bewaffneten Kräfte der slowenischen Territorialverteidigung kapitulierte und von den 64 Toten der Kämpfe mit 37 fast 60 Prozent Soldaten der jugoslawischen Bundesarmee waren, spricht nicht gerade für eine offensiv aggressive Haltung der von den Serben dominierten Armee. Mit ihrer Niederlage war klar, daß auch die Abspaltung Kroatiens und in dessen Folge der endgültige Zerfall Jugoslawiens nicht mehr zu verhindern sein würden. Wenn Kroatien einen eigenständigen Staat bilden würde, so die logische Überlegung, dann

würden auch jene Republiken, die wie Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien, eigentlich für ein Weiterbestehen Jugoslawiens waren, diesem Schritt folgen, um der serbischen Dominanz im kleineren Rest-Jugoslawien zu entgehen.

Diese Überlegung erwies sich als richtig. Das veränderte die Perspektive für Serbien. Die großserbisch eingestellten Kräfte gewannen entscheidend an Gewicht. Es ging nun nicht mehr darum, das alte Jugoslawien zu erhalten. Vielmehr war das Ziel nun nur noch, einen möglichst großen serbischen Einflußbereich zu bilden, um sich zum einen für die anstehenden politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Westen eine möglichst günstige Ausgangsposition zu verschaffen, zum anderen aber auch den serbischen Minderheiten in Kroatien und Bosnien-Herzegowina Schutz vor einer eventuellen Verschlechterung ihrer Situation zu bieten.

Gerade der zweite Aspekt gewann schnell an Bedeutung. Für den Krieg in Kroatien war er schon ausschlaggebend. Selbst konservative bürgerliche Berichterstatter räumen heute ein, daß die Serben in Kroatien anfänglich durchaus zu einer Zusammenarbeit mit der neuen kroatischen Regierung bereit waren. Dies galt auch für die Krajiner Serben, denen von westlichen Beobachern vielfach unterstellt wird, vor allem sie wären von vornherein für eine Abspaltung von Kroatien und einen Anschluß an Serbien gewesen. So schreibt der langjährige Korrespondent der »FAZ« und der »Neuen Züricher Zeitung«, Viktor Meier, in seinem Buch *»Wie Jugoslawien verspielt wurde«*: *»Die Führer der hauptsächlich um Knin beheimateten »Serbischen Demokratischen Partei« forderten zwar auf der einen Seite eine nicht näher definierte »Autonomie«, waren aber auf der anderen Seite mehr oder weniger zur Anerkennung des kroatischen Staates und zu einer Mitarbeit in diesem bereit«* (S. 274). Er führt weiter aus, daß der entscheidende »Fehler« der kroatischen Staatsführung gewesen sei, diesen Willen zur Kooperation nicht zu nutzen, sondern ihn durch die Neufassung der kroatischen Verfassung zu torpedieren.

Der veröffentlichte (und vom Parlament später dann angenommene) Entwurf der neuen Verfassung enthielt für die kroatischen Serben nämlich eine wesentliche Veränderung gegenüber der alten. Er verschlechterte ihren verfassungsrechtlichen Status entscheidend. Definierte die alte Verfassung in Artikel 1 Kroatien als *»nationalen Staat der Kroaten, den Staat des serbischen Volkes in Kroatien und den Staat der Völkerschaften, die in ihm leben«*, so wurden die kroatischen Serben in der neuen Verfassung nur noch als Minderheit genannt. Das war für sie angesichts der historischen Erfahrungen mit dem kroatischen Nationalismus nicht hinnehmbar, und so wurde am 12. August 1990 ein Referendum unter den Serben in Kroatien durchgeführt, das mit einer fast hundertprozentigen Mehrheit für eine Loslösung von Kroatien endete. Die Serben nahmen mit diesem Schritt für sich dasselbe Recht in Anspruch, das zu diesem Zeitpunkt auch die Slowenen und Kroaten sowie die Kosovo-Albaner einforderten. Die albanischen Abgeordneten des Parlaments in Pristina hatten schon im Januar 1990 (unmittelbar nach der Volksabstimmung zur Unabhängigkeit in Slowenien) die Unabhängigkeit des Kosovo erklärt. Die Parlamente Sloweniens und Kroatiens beschlossen dann im Februar 1991 den Austritt aus dem Staatsverband Jugoslawiens.

Der Wunsch der kroatischen Serben, denselben Schritt wie die Slowenen und Kroaten zu unternehmen, löste ab

## »Die albanischen Führer benötigten die Repression...«

**Der Direktor der schwedischen »Transnationalen Stiftung für Friedens- und Zukunftsforschung« und Leiter des Konflikt-Vermittlungs-Teams für den Balkan, Dr. Jan Oberg, schildert seine Eindrücke aus jahrelanger Tätigkeit im Kosovo folgendermaßen:**

»Ich habe keinen Zweifel daran, daß es dort krasse, systematische Verletzungen von politischen, ökonomischen, kulturellen und anderen Menschenrechten gegeben hat. Die Albaner fürchteten Belgrad, das darauf bestand, daß es sich um ein internes Problem handele, aber keine Schritte zu seiner Lösung unternahm. Zur gleichen Zeit »benötigten« die albanischen Führer die Repression, um internationale Unterstützung für ihr Projekt eines unabhängigen Kosovo zu gewinnen. Daher verweigerten sie den Dialog mit den gemäßigten, dialog-bereiten Führern wie Premierminister Milan Panic und seinen hervorragenden Ministern 1993.

Sei es, wie es sei, die Wahrheit ist, daß es dort keinen Krieg, keine Massentötungen, keine systematische Vertreibung, keinen Völkermord gab. Viele Albaner gingen nicht nur wegen der Repression, sondern auch wegen des Elends, der totalen Armut und des Fehlens an Zukunftsperspektiven für sie und ihre Kinder weg. Aus solchen Gründen gingen auch Serben weg und nicht, wie sie manchmal behaupten,

weil sie Opfer eines albanischen Plans zum Völkermord an ihnen waren.

Der Konflikt, der 1989 begann, verwandelte sich erst im Februar 1998 in einen Krieg, als die UCK auftauchte. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Aktivitäten der UCK die Situation von Repression in Krieg verwandelten. Das höchst Überraschende daran ist

a), daß der Westen beide Augen zudrückte gegenüber Albanien Rolle als Trainingslager und Basis für die UCK,

b), daß in der Konsequenz davon Albanien Politik de facto einer Aggression gegenüber Jugoslawien gleichkam,

c), daß die UCK entgegen dem Waffenembargo des UN-Sicherheitsrats überwiegend aus westlichen Quellen aufgerüstet wurde,

d), daß niemand an die Schließung der Grenze dachte, um das Hineinströmen von Soldaten, Waffen und Munition und das Ausbreiten von Vergeltungsmaßnahmen seitens Jugoslawiens zu verhindern und

e), daß die jugoslawischen bewaffneten Kräfte dieses Eindringen im großen und ganzen monatelang geschehen ließen, ohne etwas dagegen zu unternehmen.

Der US-Gesandte Robert Gelbard sagte noch am 23. Februar 1998, daß er »tief beunruhigt sei über die UCK« und sie »zweifelloso eine terroristische Organisation« sei. Eine Woche später begann die serbische Offensive gegen sie. So viel zur

April 1991 die beiden Bürgerkriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina aus – Bürgerkriege, die sich auf allen Seiten durch das für Bürgerkriege charakteristische sehr hohe Maß an Brutalität und Grausamkeit auszeichneten. Wenn es nicht um den Kampf gegen einen äußeren Feind, sondern um die Tötung oder Vertreibung langjähriger Nachbarn oder sogar Freunde geht, dann bleiben Rationalität und Menschlichkeit besonders schnell auf der Strecke, dies die Erkenntnis aus vielen Bürgerkriegen. Da die jeweiligen Nationalitäten weder in Kroatien noch in Bosnien-Herzegowina über vollkommen geschlossene Siedlungsgebiete verfügten, sondern zu einem mehr oder minder großen Teil in Regionen mit zwar von einer Gruppe dominierter, aber dennoch gemischter Bevölkerung wohnten, mußte ein Krieg zwischen ihnen schnell eskalieren. Das war dann auch der Fall. Wenn die Serben dabei als treibende Kraft der Kämpfe erschienen, so war das zum einen sicherlich ein Resultat der einseitigen Berichterstattung der westlichen Medien, hatte zum anderen aber auch einen realen Kern. Die serbische Bevölkerung befand sich in beiden Republiken in der Minderheit und wollte daher Fakten schaffen, solange sie noch mit der Unterstützung der jugoslawischen Bundesarmee rechnen konnte und die Gegenseite militärisch noch nicht vollständig organisiert war.

Der serbische Nationalismus hatte von Beginn der Auseinandersetzungen an, und allein das unterscheidet ihn (entgegen aller in den Medien immer wieder gezogenen Parallelen) schon grundsätzlich vom deutschen Nationalismus des Dritten Reichs, keine expansiven Absichten. Es ging ihm um die Zugehörigkeit der mehrheitlich von Serben bewohnten Gebiete in Kroatien und Bosnien-Herzegowina zum verbleibenden Jugoslawien, nicht um die Eroberung Kroatiens oder

Bosnien-Herzegowinas. Wenn die Serben zeitweise 70 Prozent des Territoriums von Bosnien-Herzegowina beherrschten, so schien das angesichts eines Bevölkerungsanteils von nur 31 Prozent ein klares Indiz für eine territoriale Eroberungspolitik zu sein. Es ist auch zweifellos zutreffend, daß die bosnischen Serben für Korridore zwischen ihren Haupt-siedlungsgebieten auch Teile Bosniens erobert hatten, in denen sie zuvor eine Minderheit bildeten. Der große Umfang des von ihnen kontrollierten Territoriums war aber im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sie traditionell überwiegend auf dem Lande lebten, während die bosnischen Moslems ganz überwiegend Bewohner der größeren Städte waren. Die von den Moslems dominierten Gebiete wiesen daher eine viel höhere Besiedlungsdichte auf und machten dementsprechend einen im Vergleich zum Bevölkerungsanteil viel geringeren Prozentsatz des Gesamtgebiets aus. Die im Dayton-Abkommen getroffene Vereinbarung, der zufolge die Serben 49 Prozent des Territoriums für sich beanspruchen können, stellt daher entgegen dem oberflächlichen Eindruck ein Zugeständnis der Serben dar und keinen territorialen Zugewinn.

Aufgrund der massiven Unterstützung der Armeen von Kroatien und Bosnien-Herzegowina durch die NATO, allen voran die USA und Deutschland, erlitten die serbischen Kräfte in beiden Bürgerkriegen eine schwere Niederlage. Die Serben mußten große Gebiete, in denen sie seit Jahrhunderten gewohnt hatten, räumen. Bis heute leben zirka 600.000 Flüchtlinge aus jener Zeit unter zum Teil erbärmlichen Bedingungen in Serbien. Die westliche Öffentlichkeit nahm weder von der Massenvertreibung noch von dem weiteren Schicksal der Flüchtlinge Notiz. Dennoch blieb der Schrei nach nationaler Revanche aus. Die Vertreter großserbischer

gegenwärtigen Vertuschungspolitik des Westens, die uns die zentrale Rolle der UCK in dieser Krise vergessen machen soll. Sodann, was ist mit dem Argument, daß Milosevic sein Versprechen gegenüber Holbrooke vom Oktober letzten Jahres nicht gehalten hat? Es wäre ein gutes Argument, wenn es nicht ein einseitiges Abkommen gewesen wäre. Während es dort im Kosovo zwei heftig kämpfende Parteien gab – verschiedene jugoslawisch-serbische Polizei- und Militäreinheiten auf der einen Seite und UCK-Einheiten auf der anderen – wurde das Abkommen nur von Milosevic unterzeichnet. Die UCK verkündete zwar eine Feuerpause, unterzeichnete aber niemals irgendein Dokument. Einseitige Feuerpausen aber sind so einzigartig wie unhaltbar.

Uns wurde erzählt und wir sahen Bilder eines Krieges, der für 13 Monate in der Provinz tobte... In diesen 13 Monaten wurden zirka 2000 Menschen getötet und 250.000 vertrieben – ungefähr zehn Prozent der albanischen Bevölkerung der Provinz und zehn Prozent der serbischen Einwohner – aber nur wenige von ihnen, glücklicherweise, flohen aus dem Kosovo. Zwei Wochen, nachdem die NATO-Aktion begann, waren plötzlich 750.000 Menschen über die Grenzen geflüchtet, und jetzt wird uns erzählt, daß es nur unschuldige zivile Albaner im Kosovo gegeben habe, die, wie Präsident Clinton am 12. April feststellte, nur vertrieben würden aufgrund dessen, was sie seien, und nicht aufgrund

irgendwelcher Dinge, die sie getan hätten. Mir scheint es wahrscheinlicher zu sein, daß die Menschen aus drei Gründen fliehen, nicht aus einem: a) wegen der ethnischen Säuberungen durch Serben/Jugoslawen, die empfinden, daß die fortgesetzte Zerstörung Jugoslawiens das Ergebnis albanischer Politik ist, b) wegen des Krieges zwischen jugoslawischen und UCK-Kräften, und c) wegen der NATO-Bomben, die wiederholt auch zivile Ziele treffen.

Gab es einen Plan der ethnischen Säuberung? Niemand, der das behauptet, hat bisher einen eindeutigen Beweis vorgelegt. Vor dem 24. März diesen Jahres hat uns kein Politiker etwas über Milosevics angeblichen Plan erzählt. Keine humanitäre Organisation hat uns vor einer großen, systematischen Kampagne zur Vertreibung von ein bis zwei Millionen Menschen gewarnt. Wenn die OSZE mit 1500 Beobachtern etwas über einen solchen Plan gewußt hätte – und sie hörten die innerjugo-slawische Kommunikation ab –, warum warnen sie die Welt nicht? Wenn Belgrad alle Albaner vertreiben wollte, hätte es das jederzeit seit 1991 tun können. Es rührte aber keinen albanischen Führer an oder versuchte den Aufbau ihres Parallelstaates zu verhindern. Warum drohte die NATO Jugoslawien mit der Bombardierung, wenn es den Rambouillet-Vertrag nicht unterzeichnen würde, sagte aber nichts über eine Bombardierung wegen der Existenz eines solchen Plans?«

1.6.1999 ■

Vorstellungen büßten in der Endphase des Krieges in Bosnien-Herzegowina und in der Zeit danach sogar stark an Einfluß ein (siehe den Nachdruck von Teilen in der Arbeiterpolitik 4/1995 über den Krieg in Bosnien-Herzegowina). Was in der Bevölkerung Serbiens allerdings zurückblieb, war das Gefühl (wie auch in der Vergangenheit schon so oft), allein gegen den Rest der Welt zu stehen und vom Westen aufgrund einer völlig einseitigen Betrachtungsweise grundlos zum Sündenbock für alles abgestempelt zu werden. Dieses Gefühl bildet bis heute die Grundlage für das Vorgehen der jugoslawischen Kräfte im Kosovo (zur Entwicklung des Konflikts im Kosovo siehe den Artikel in der letzten Ausgabe der Arbeiterpolitik).

### **Der Vertrag von Rambouillet und die »Operation Hufeisen«**

Die NATO, die Bundesregierung und die westlichen Medien begründen die Luftangriffe auf Jugoslawien mit zwei wesentlichen Argumenten, zum einen mit der Weigerung Jugoslawiens, den Vertrag von Rambouillet zu unterschreiben, zum anderen mit der ihrer Meinung nach seit langem geplanten systematischen Vertreibung der Kosovo-Albaner und dem »Völkermord« an ihnen, der sog. »Operation Hufeisen«.

Was den ersten Punkt betrifft, so bildete die Nichtunterzeichnung des Rambouillet-Vertrages anfänglich die einzige Begründung für die Angriffe auf Jugoslawien. Der jugoslawischen Regierung wurde vorgeworfen, sie habe mit ihrer Verweigerungshaltung demonstriert, daß sie keinen Frieden im Kosovo wolle und müsse daher mit militärischen Mitteln dazu gezwungen werden. Nachdem der komplette Text des Abkommens inklusive des sog. Annexes B mittlerweile veröffentlicht worden ist, läßt sich diese Version nicht mehr

aufrechterhalten. Wie »Spiegel«-Herausgeber Rudolf Augstein (neben vielen anderen) richtig anmerkt, hätte kein Staatschef dieser Welt einen solchen Vertrag unterzeichnet, der letztlich auf eine Aufgabe der Souveränität des eigenen Landes hinausläuft (siehe Kasten).

In Rambouillet wurden keine Verhandlungen geführt mit dem Ziel, die Kosovo-Krise auf friedliche Weise zu lösen, sondern um Jugoslawien vor der Weltöffentlichkeit anzuklagen, sich allen Bemühungen um einen »humanen« und »demokratischen« Ausweg zu widersetzen und damit den Vorwand für die Bombenangriffe der NATO zu schaffen.

Als nach einigen Tagen klar wurde, daß die Bombardierung ihr offizielles Ziel, die Kosovo-Albaner zu schützen und ihre Vertreibung zu stoppen, nicht nur nicht erreichte, sondern das Gegenteil bewirkte, änderte sich die Begründung. Nun stand auf einmal die vorher nie erwähnte »Operation Hufeisen« im Mittelpunkt der Argumentation. Angeblich sei die ethnische Säuberung des Kosovo auf serbischer Seite von langer Hand, also lange vor dem Beschluß der NATO, Jugoslawien anzugreifen, vorbereitet worden. Die Bombardierung träfe daher keine Schuld an dem Flüchtlingselend. Diese Behauptung widerspricht allerdings sowohl den Lagebeurteilungen des Auswärtigen Amtes aus der Zeit vor der Bombardierung durch die NATO als auch der Ansicht zahlreicher neutraler Beobachter.

Wie das Auswärtige Amt die Situation im Kosovo noch Anfang 1999 eingeschätzt hat, zeigen die Ablehnungsbescheide vieler deutscher Gerichte in Asylverfahren von Kosovo-Albanern. So schrieb das Auswärtige Amt noch am 12. Januar diesen Jahres an das Verwaltungsgericht Trier: »Eine explizit an die albanische Volkszugehörigkeit anknüpfende politische Verfolgung ist auch im Kosovo nicht festzu-

# Neues Protektorat: Jugoslawien

Auszüge aus dem Vertrag von Rambouillet:

## Artikel I:

### Allgemeine Verpflichtungen

b. Die Parteien vereinbaren, daß die NATO eine Streitmacht aufstellen und stationieren wird (im folgenden KFOR), die aus Boden-, Luft- und Seeinheiten aus NATO und Nicht-NATO-Staaten bestehen kann und unter der Befehlsgewalt, den Direktiven und der politischen Kontrolle des Nordatlantikrates gemäß der NATO-Befehlskette operieren wird. Die Parteien vereinbaren, Stationierung und Operation dieser Streitmacht zu erleichtern, und sie vereinbaren weiterhin, allen Verpflichtungen dieses Kapitels voll zu entsprechen.

## Anhang B:

### Status des Multinationalen Militärs Implementierungsstreitmacht

6. a. Die NATO genießt gegenüber allen Gerichtsverfahren, seien es Zivil-, Verwaltungs- oder Strafverfahren, Immunität.

b. Das NATO-Personal wird unter allen Umständen und jederzeit von der Gerichtsbarkeit der Vertragsparteien freigestellt sein hinsichtlich jeglicher von ihm in der Bundesrepublik Jugoslawien möglicherweise begangenen zivilen, administrativen oder disziplinarischen Vergehen sowie hinsichtlich aller Kriminaldelikte. Die Vertragsparteien werden den an der Operation teilnehmenden Staaten bei der Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit über ihre eigenen Staatsbürger behilflich sein.

c. Ungeachtet des oben Ausgeführten und mit dem ausdrücklichen Einverständnis des NATO-Kommandeurs in jedem einzelnen Fall können die Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien ausnahmsweise die Gerichtsbarkeit in solchen Angelegenheiten ausüben, aber nur in bezug auf Mitglieder des Auftragspersonals, die nicht der Gerichtsbarkeit des eigenen Staates, dessen Staatsbürger sie sind, unterworfen sind.

7. Das NATO-Personal genießt Immunität vor jeder Form von Festnahme, Ermittlung oder Haft von seiten der Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien. Irrigerweise verhaftetes oder festgehaltenes NATO-Personal ist sofort NATO-Behörden zu übergeben.

8. Das NATO-Personal wird, zusammen mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstungsgegenständen, in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien freien und ungehinderten Zugang genießen, unter Ein-schluß ihres Luftraums und ihrer Territorialgewässer. Dies schließt das Recht ein, beschränkt sich aber nicht darauf, Zeltlager zu errichten, zu manövrieren, sich einzuquartieren und alle Gebiete und Einrichtungen zu nutzen, die erforderlich sind für Unterstützung, Übung und Operationen. [...]

11. Der NATO wird die Benutzung von Flughäfen, Straßen, Schienenwegen und Häfen ohne Zahlung von Gebühren, Zöllen, Wegegeldern oder durch bloße Benutzung verursachte Abgaben eingeräumt. Die NATO wird jedoch nicht beanspruchen, von angemessenen Abgaben für spezifische geforderte und erhaltene Dienste ausgenommen zu werden, aber die Operationen/Bewegungen und der Zugang dürfen wegen noch anhängiger Zahlungen für solche Dienste nicht behindert werden. [...]

stellen. Der Osten des Kosovo ist von den bewaffneten Konflikten bislang nicht erfaßt, das öffentliche Leben in Städten wie Pristina, Urosevac, Gnjilan usw. verlief im gesamten Konfliktzeitraum in relativ normalen Bahnen. Das Vorgehen der Sicherheitskräfte war nicht gegen Kosovo-Albaner als ethnisch definierte Gruppe gerichtet, sondern gegen den militärischen Gegner und dessen tatsächliche oder vermutete Unterstützer.« Auf der Basis solcher Auskünfte haben die deutschen Verwaltungsgerichte noch bis unmittelbar vor Kriegsbeginn ihre Ablehnungsbescheide formuliert, in denen eine ethnische Verfolgung der Kosovo-Albaner ausdrücklich verneint und ein Asyl damit abgelehnt wurde. Wenn der Staatsminister im Außenministerium, Ludger Vollmer, jetzt sagt, die früheren Lageeinschätzungen des Auswärtigen Amtes seien »geschönt« worden, um die Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Kosovo zu erleichtern, dann stellt sich die Frage, warum die heutige Beurteilung seitens des Auswärtigen Amtes der Wahrheit entsprechen sollte. Der Druck, die Wahrheit der eigenen Interessenlage »anzupassen«, ist heute schließlich noch ungleich größer als damals.

Das Auswärtige Amt steht mit seiner früheren Einschätzung zudem nicht allein. Viele Beobachter kommen zu einer ähnlichen Beurteilung der Lage. So äußerte sich die Chefanklägerin des UNO-Tribunals in Den Haag, Louise Arbour, im »Spiegel« zur »Operation Hufeisen«, wie die angeblich systematisch geplante ethnische Säuberung im Kosovo von der NATO genannt wird, wie folgt: »Bei der »Operation Huf-

eisen« zum Beispiel habe ich meine Zweifel über die Aussagekraft.« Selbst Thomas Schmid, Leitartikler der »Welt«, meldete zwei Wochen später, am 17. Mai, seine Zweifel an der offiziellen Version an: »Es mehren sich die Hinweise darauf, daß es den planmäßig durchgeführten Genozid an den Kosovo-Albanern möglicherweise so nicht gibt.«

Eine äußerst skeptische Haltung gegenüber der offiziellen westlichen Position haben zahlreiche gute Kenner der Situation im Kosovo wie etwa der Direktor der schwedischen »Transnationalen Stiftung für Friedens- und Zukunftsforschung« und Leiter des Konflikt-Vermittlungs-Teams für den Balkan, Dr. Jan Oberg (siehe Kasten), der frühere Mitarbeiter der Jugoslawien-Abteilung des US-Außenministeriums, George Kenney, oder der für die »Los Angeles Times« arbeitende kanadische Journalist Paul Watson. In einem Fernsehinterview für den kanadischen Fernsehsender »CBC« antwortete Watson, der für eine Fotoreportage über den Somalia-Krieg den Pulitzer-Preis, die höchste Auszeichnung für Journalisten gewonnen hat, auf die Frage nach Massakern im Kosovo: Es sei bis zum 14. April in Pristina gewesen. »Es gibt keine Anzeichen, daß so etwas in Pristina passiert ist«. Zur Flüchtlingswelle bemerkte er, sie habe ihre Ursache sowohl in einer aktiven Vertreibung seitens der serbischen Militär- und Polizeikräfte als auch in der Bombardierung durch die NATO: »Ich bin sicher, daß es eine Mischung aus beidem ist... Ich habe persönlich mit Menschen gesprochen, die von schwarzmaskierten Polizisten aufgefordert worden sind, ihre



»KOLLATERAL-SCHÄDEN« AM EINZIGEN LUNGEN-KINDERKRANKENHAUS JUGOSLAWIENS:

Häuser zu verlassen. Ich habe ebenso mit Menschen gesprochen, die einfach Angst hatten... Ich sah ein sehr klares Schema, daß Flüchtlinge ein Gebiet verließen, nachdem dort heftige Luftangriffe erfolgt waren.« Sein Resümee daraus lautete: »Wenn die NATO nicht bombardiert hätte, wäre ich sehr überrascht, wenn diese Art von erzwungenem Exodus in diesem enormen Umfang passiert wäre.« George Kenney kommt zu einer ähnlichen Schlußfolgerung: »Es ist wichtig, der Rhetorik vom Genozid zu widersprechen. Was im Kosovo passiert ist, war nicht einmal ein ›Junior Genozid‹ oder ein ›Genozid light‹. Vom Jahresbeginn bis zum Beginn der NATO-Attacke sind vielleicht ein paar hundert Menschen getötet worden, ungefähr ein Viertel von ihnen Serben – das war eine leichte Form eines häßlichen Bürgerkriegs, von denen man all überall schlimmere Beispiele finden kann.« In einem Interview mit dem »Spiegel« faßte Jonathan Eyal, der wissenschaftliche Direktor des Instituts für Verteidigungsfragen beim britischen Streitkräfteverband Royal United Services, seine Gesamtbeurteilung in dem Satz zusammen: »In Wahrheit war die humanitäre Rechtfertigung nie ernst gemeint, sondern sie war Ersatz für die völkerrechtliche Rechtfertigung. Die NATO mußte erklären, warum sie ohne UNO-Mandat angegriffen hat.«

### Das neue NATO-Statut

Der tatsächliche Hauptgrund für die NATO, Jugoslawien anzugreifen, hat mit den offiziell vorgebrachten Motiven nichts zu tun. Wie schon in der letzten »Arbeiterpolitik« angemerkt, ist er vielmehr in dem Bemühen der NATO zu sehen, die tiefgreifende Veränderung ihres Statuts schon vor der offiziellen Verabschiedung auf dem Jubiläumsgipfel in Washington in die Realität umzusetzen und so eine öffentliche politische Diskussion über die neue NATO-Strategie zu unterlaufen. Dieser Plan ist aufgegangen. Das neue NATO-Statut ist ohne eine nennenswerte politische Debatte in den NATO-Mitgliedsländern und ohne die Zustimmung der jeweiligen Parlamente verabschiedet worden.

Es sieht eine Reihe von gravierenden Veränderungen vor, die beim Angriff auf Jugoslawien de facto bereits vor der Verabschiedung durchgesetzt wurden. An erster Stelle ist dabei die Ausweitung der Aufgaben zu nennen. Waren die Aufgaben der NATO früher im Kern mit der Verteidigung gegen mögliche Angriffe seitens des Warschauer Pakts bestimmt, so

die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses, die sich rasch entwickeln können. Einige Länder in und um den euro-atlantischen Raum sehen sich ernstesten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten gegenüber. Ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten können zu lokaler und selbst regionaler Instabilität führen. Die daraus resultierenden Spannungen können zu Krisen führen, die die euro-atlantische Stabilität ... oder in anderer Weise auch die Sicherheit des Bündnisses oder anderer Staaten berühren.« Auf Jugoslawien treffen praktisch alle diese Punkte zu. Im folgenden werden dann (mit Blick zum Beispiel auf den Irak oder Indien) noch die Existenz von Nuklearstreitkräften »außerhalb des Bündnisses«, die Verbreitung von ABC-Waffen und von Technologien, »die zur Herstellung von Waffen genutzt werden können«, als weitere Risiken benannt. Schließlich wird auf den »globalen Kontext« hingewiesen. »Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassenderer Art berührt werden, einschließlich Akten des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen.« Selbst die »unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen« wird hier als Sicherheitsproblem angeführt. Mit einem solchen Katalog an möglichen Anlässen kann die NATO jederzeit und überall einen Grund für ein militärisches Eingreifen finden.

Um diesen (die Sicherheitsinteressen der NATO-Mitglieder berührenden) Risiken begegnen zu können, sieht das neue Statut eine weitere tiefgreifende Änderung vor. Waren die Einsätze von NATO-Truppen bislang laut Artikel 5 auf die Verteidigung gegen einen militärischen Angriff auf ein NATO-Mitglied begrenzt, so wird das Aufgabengebiet der NATO-Einheiten nun drastisch erweitert. Die Streitkräfte des Bündnisses sollen in Zukunft auch bereit sein, »nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze durchzuführen«. Ein solcher Einsatz soll zwar, wie im Text immer wieder betont wird, an ein UN-Mandat gebunden sein und auf der Basis des Völkerrechts erfolgen, er muß es aber nicht. Eine strikte rechtliche Festlegung auf ein UN-Mandat ist im neuen Statut an keiner Stelle zu finden. Sollten die von der NATO gewünschten Beschlüsse im UN-Sicherheitsrat (wie jetzt im

»KOLLATERAL-SCHÄDEN«  
AM EINZIGEN  
LUNGEN-KINDERKRANKEN-  
HAUS JUGOSLAWIENS:



Fälle Jugoslawiens) blockiert werden, wird man sich das Mandat eben selbst erteilen. Die in diesem Zusammenhang gewählte Formulierung, hier »erinnert das Bündnis an seine späteren Beschlüsse in Bezug auf Krisenreaktionsentsätze auf dem

Balkan«, macht das mehr als deutlich. Die Äußerungen von US-Präsident Clinton nach dem Gipfeltreffen ließen denn auch keinen Zweifel daran aufkommen, daß der Angriff auf Jugoslawien einen Präzedenzfall für zukünftige Aktionen der NATO darstellt. Großbritanniens Premierminister Tony Blair hat den Grundgedanken bei einer Rede in Chicago im April sogar in Form einer neuen Doktrin formuliert, der zufolge die NATO in Zukunft überall dort eingreifen kann, wo sie ihre Interessen berührt sieht.

Dieser Charakter als Präzedenzfall beinhaltet aber auch ein gravierendes Problem, je länger der Krieg dauert. Er macht es der NATO sehr schwer, von ihren bei den Verhandlungen von Rambouillet offiziell verkündeten Zielen abzurücken. Jugoslawien muß besiegt werden, weil sonst die ganze neue NATO-Strategie in Mißkredit zu geraten droht. Henry Kissinger begründet seine Wandlung vom scharfen Kritiker des NATO-Angriffs auf Jugoslawien zum Befürworter denn auch nur mit dem Argument, daß die NATO, habe sie (gegen seinen Rat) erst einmal angegriffen, auf keinen Fall verlieren dürfe, wolle sie ihre Glaubwürdigkeit, sprich Abschreckungsfähigkeit erhalten. Jeder andere Ausgang als ein »totaler Sieg« für die NATO, so Kissinger bei einer Rede im Rahmen des Speakers Forum am 18. Mai, würde schreckliche Konsequenzen haben, wäre »ein gewaltiger Rückschlag für die NATO und für Amerika«. Ähnliche Äußerungen waren auch vom US-Senator Richard Lugar und dem stellvertretenden US-Außenminister Thomas Pickering zu hören. Lugar sagte kurz und bündig, die NATO »steht auf dem Spiel«, weil alles andere als ein Sieg gegen Jugoslawien ihr Gewicht und ihren Einfluß spürbar reduzieren werde. Pickering formulierte es etwas vorsichtiger, wenn er davon sprach, daß die NATO derzeit in die »vielleicht wichtigste Aktion in ihrer Geschichte verwickelt« sei. Sollte sich Jugoslawien aufgrund der eigenen Widerstandskraft und der zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten in den NATO-Ländern den Forderungen der NATO in nennenswerten Teilen widersetzen können, wäre das ein herber Rückschlag für die NATO. Andere potentielle Gegner bekämen weniger die Stärke, als vielmehr die Schwäche der NATO demonstriert.

Außerdem geriete das von den USA seit Jahren verfolgte Projekt, im Fernen Osten mit Japan, Südkorea und Taiwan eine der NATO vergleichbare Militärallianz zu schmieden, schon in der Anfangsphase in Schwierigkeiten. Gerade erst hat die japanische Regierung im April den ersten wichtigen Schritt getan, indem sie neue »Richtlinien der japanisch-

amerikanischen Verteidigungs-Kooperation« beschlossen hat. Diese sehen (in Abkehr von der pazifistischen Ausrichtung der japanischen Verfassung) vor, daß die japanischen Selbstverteidigungskräfte den US-Truppen bei Konflikten, die »Einfluß auf den Frieden und die Sicherheit Japans« haben, logistische Unterstützung leisten dürfen. Das erinnert sehr an die Salami-Taktik hinsichtlich der »Out-of-area-Einsätze« der Bundeswehr, die mit ähnlicher Begründung Stück für Stück durchgesetzt worden sind. Sollte der Krieg gegen Jugoslawien nicht zum gewünschten Ergebnis führen, wäre dieser Beginn und damit auch der ganze Plan einer ostasiatischen »Verteidigungsgemeinschaft« nach NATO-Vorbild gefährdet. Die militärischen wie auch diplomatischen Anstrengungen der NATO, den Krieg zu gewinnen, sind dementsprechend groß.

### Die Zustimmung zum Krieg bröckelt

Für den Ausgang des Krieges ist letztlich entscheidend, wie lange die Bevölkerung in den NATO-Mitgliedsländern den Krieg noch unterstützt. Sollte es Jugoslawien gelingen, den Angriffen solange zu widerstehen, bis sich die Stimmung massiv gegen eine weitere Kriegsführung wendet, dann würde die Lage für die NATO äußerst schwierig, und die Chancen auf einen auch für Jugoslawien annehmbaren Kompromiß stiegen deutlich.

Neben Italien ist Deutschland unter den wichtigen NATO-Staaten in dieser Hinsicht der wackeligste Kandidat. Obwohl seit einiger Zeit keine Meinungsumfragen mehr veröffentlicht werden, deutet alles darauf hin, daß sich die Stimmung in der bundesdeutschen Bevölkerung spürbar verändert hat. War anfangs mit zwei Dritteln eine deutliche Mehrheit der Deutschen für den NATO-Angriff auf Jugoslawien, so sind mit jeder Woche der Bombardierungen die Zweifel an den Richtigkeit des NATO-Vorgehens gewachsen. Die Glaubwürdigkeit der offiziellen Argumentation, man müsse bombardieren, um die Massenvertreibung und den Völkermord an den Kosovo-Albanern zu verhindern, nimmt stetig ab. Zum einen ergibt sich aus den täglichen Fernsehsendungen, wie der Flüchtlingsstrom seit der Bombardierung zunimmt und kein Ende zu nehmen scheint, zum anderen steigt von Tag zu Tag die Anzahl der zivilen Opfer durch die Bombardements, zynisch als »Kollateralschäden« abgetan, für die allein Milosevic verantwortlich sei.

Alle Versuche der NATO, serbische Meldungen von zahlreichen Toten unter der Zivilbevölkerung infolge der Luftan-

---

---

## Sind wir 1945 befreit worden?

**In den Diskussionen um den NATO-Krieg gegen Jugoslawien taucht immer wieder das Argument auf: Wir sind 1945 auch vom Nationalsozialismus befreit worden. Deshalb müssen wir auch anderen helfen. Berührt vom Leid der Menschen, das durch die Medien verbreitet wird, stimmen viele Menschen dem Natomkrieg gegen Jugoslawien zu. Doch welche Politik verfolgten die Westmächte wirklich im Zweiten Weltkrieg? War ihr Ziel etwa das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen? Die bürgerliche Propaganda, die heute die NATO-Ziele verdeckt, verschleiert auch die Wirklichkeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges.**

Mit dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 in Rußland ist der Klassengegensatz weltpolitisch geworden. So war es schon in den Interventionskriegen Ziel der kapitalistischen Länder, die revolutionären Kräfte in Rußland nieder zu ringen. Dieses Ziel ist nie aufgegeben worden. In den zwanziger und dreißiger Jahren stand die Sowjetunion immer unter dem Druck industriell hochentwickelter Länder, mit Großbritannien an der Spitze.

Deshalb war es von höchstem Interesse der führenden kapitalistischen Länder, die Expansionsbestrebungen des nationalsozialistischen Deutschlands nach Osten gegen die Sowjetunion zu lenken. Aus diesem Grunde wurde 1935 der Bruch des Versailler Vertrages hingenommen, als Deutschland die Wehrpflicht einführt, die Wehrmacht sofort auf 300.000 Mann brachte und ein Flottenprogramm aufsetzte. Hingenommen wurde 1936 der Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands, in der die deutsche Waffenschmiede saß. Nach Osten gelenkt wurde der deutsche Expansionsdrang mit der Hinnahme der Angliederung Österreichs und des Sudetenlandes. Hitler hatte bereits 1936 in seinem Vierjahresplan gefordert, Deutschland müsse sich wirtschaftlich und militärisch auf einen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten, da die Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und Marxismus unvermeidlich sei. Die Sowjetunion konnte diesen Angriff Nazideutschlands nur durch einen Nichtangriffspakt hinauszögern, so daß Deutschland entgegen der Hoffnungen der Westmächte zuerst Krieg gegen sie in Westeuropa führte. Erst dieser Zweifrontenkrieg führte zur Allianz der kapitalistischen Westmächte mit der Sowjetunion.

Im Bewußtsein der Tatsache, daß sich in Deutschland nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg die proletarische Revolution entwickelt hatte, führten die Westmächte den Krieg gegen Deutschland mit dem Ziel der bedingungslosen Kapitulation. So sollten revolutionären Kräften in Deutschland die Entfaltungsmöglichkeiten genommen werden. Deutschland sollte als Staat für mehrere Jahre verschwinden. Denn ein sozialistischer deutscher Staat wäre für den kapitalistischen Westen unannehmbar gewesen. (Mit dem Faschismus war auch der Kapitalismus in Deutschland diskreditiert:

Die CDU mußte dieser Tatsache in ihrem Ahlener Programm Rechnung tragen. Der Sozialdemokrat Kurt Schumacher tat es mit seinem Wortradikalismus.) Dem Kriegsziel bedingungslose Kapitulation mußte sich die Sowjetunion aus eigener Schwäche unterordnen, wollte sie die entstandene Anti-Hitler-Koalition nicht brechen.

Dadurch, daß die deutsche Arbeiterklasse keinen realen Beitrag zur Niederringung des Nationalsozialismus geleistet hatte, verkannten auch klassenbewußte Menschen den Klassencharakter der Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte und boten ihnen ihre Mitarbeit an. Doch was war das für eine Befreiung? Die realen Auswirkungen zeigten sich dann u.a. darin, daß die bewaffneten Aufständischen im KZ Buchenwald von den amerikanischen Truppen nicht als Verbündete angesehen, sondern sofort entwapnet wurden. Organisationen der Arbeiterbewegung durften nur mit Genehmigung der Siegermächte entstehen. Eigenständige Aktivitäten wurde unterbunden. In Bremen wurde zum Beispiel die Arbeit der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus erheblich behindert. Lizenzen für die Gründung von Gewerkschaften wurden nur an genehme ehemalige Funktionäre der alten Gewerkschaften, die vor den Nazis kapituliert hatten, vergeben.

Mit dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland wurde für die Westmächte der aggressivste kapitalistische Konkurrent niedergedrungen. Damit stand der Weltgegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus wieder im Vordergrund. Die USA als nun führende kapitalistische Weltmacht, brachte in diesem Gegensatz ein kapitalistisches Westdeutschland, das deshalb wieder restauriert wurde. Kleine Nazis hatten die Siegermächte 1945 erfaßt und »entnazifiziert«. Die Unternehmer, wie Krupp, die Hitler finanziert hatten, erhielten nun ihre Unternehmen zurück. Sie wurden gebraucht, ebenso wie »Fachleute«, ehemalige aktive Nazis, die nun wieder Ministerämter bekleiden konnten. Der Schoß, aus dem der Faschismus gekrochen war, wurde wieder fruchtbar gemacht.

Für die Zwangsarbeiter und die Insassen der Konzentrationslager bedeutete der Sieg der Alliierten ihre Befreiung. Das war jedoch nicht das Kriegsziel der Westmächte gewesen. Nach wenigen Jahren wurden die ehemaligen KZ-Häftlinge dann auch diskriminiert. Wiedergutmachungen zu erreichen, wurde immer schwieriger. Ganz abgesehen davon, daß die Millionen ausländischer Zwangsarbeiter leer ausgingen.

Der Kern der 1945 gegebenen »Freiheit« ist heute deutlicher denn je: Die Unternehmer haben die Freiheit, Millionen von Arbeitslosen auf die Straße zu setzen, die Löhne zu drücken, Menschen zu entsolidarisieren und gegeneinander zu stellen, die Ausbeutung durch Rationalisierungsmaßnahmen zu verstärken und dadurch und durch die Umweltverschmutzungen die Gesundheit der Menschen zu ruinieren. Dafür darf Deutschland als Vasall der USA an Kriegszügen zur Beherrschung der Welt durch die kapitalistischen Staaten teilnehmen.

25. Mai 1999 ■

---

---

griffe als Propaganda hinzustellen, sind gescheitert. Ein Fall nach dem anderen mußte eingeräumt werden. Mal waren es 40 Tote in einem bombardierten Bus, mal 30 Tote in einem von Bomben getroffenen Zug, mal 79 Tote bei der Bombardierung eines Dorfes. Allein die mittlerweile von seiten der

NATO eingeräumten »Kollateralschäden« belaufen sich auf über 250 tote Zivilisten. Die von der jugoslawischen Regierung genannte Zahl von über tausend zivilen Opfern dürfte daher allenfalls untertrieben sein. Vor allem der massive Einsatz der von der UNO geächteten Splitterbomben, die bei

Angriffen (wie etwa auf Pristina oder Nis) schon zahlreiche Opfer gefordert haben, spricht der offiziellen Begründung Hohn. All die Toten machen aber nicht nur die offizielle Darstellung eines aus humanitären Gründen geführten »sauberen Krieges« zunehmend fragwürdig, die Versuche, sie zu leugnen oder den jugoslawischen Truppen in die Schuhe zu schieben, lassen auch die Informationspolitik der NATO und der westlichen Regierungen in den Augen der Öffentlichkeit immer unglaubwürdiger erscheinen.

Der Stimmungswandel in der Bevölkerung zeigt sich, abgesehen von den Ostermärschen, bisher allerdings nicht in größeren Demonstrationen gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung. Die Teilnahme an Demonstrationen hat seit Ostern in fast allen Städten sogar mehr oder weniger deutlich abgenommen. Selbst zur zentralen Antikriegsdemonstration in Berlin sind nicht mehr als 10.000 Teilnehmer gekommen, eine für Berlin und den Kreis der Veranstalter nicht gerade überwältigende Zahl. Der Protest findet derzeit überwiegend im kleinen statt. In ungemein vielen Veranstaltungen vor Ort wird die Politik der Regierung kritisiert. In zahlreichen Städten und Dörfern haben sich Antikriegsinitiativen gebildet, die in Form von Informationsständen, Flugblättern, kleineren Aktionen oder Podiumsdiskussionen versuchen, die Bevölkerung über die tatsächlichen Hintergründe des Krieges aufzuklären und der herrschenden Politik etwas entgegenzusetzen. Außerdem gibt es seitens vieler Organisationen wie etwa der DFG/VK, PAX Christi, Frauen in Schwarz oder örtlichen Flüchtlingsinitiativen Aktivitäten gegen den Krieg.

An den vielfältigen außerparlamentarischen Initiativen ist auch eine Reihe von Mitgliedern der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen beteiligt. Sie hegen die Hoffnung, dadurch die Politik »ihrer« Parteien ändern zu können. Stärker als auf außerparlamentarische Aktivitäten setzen die Mitglieder der SPD und der Grünen zur Zeit allerdings noch auf Diskussionen und Veranstaltungen innerhalb des Parteiramens. Viele SPDler und Grüne hoffen, durch Unterschriftenlisten und vor allem Beschlüsse von Ortsvereinen, Kreisverbänden oder Unterbezirken, Bezirken und Landesverbänden gegen die Kriegsführung der NATO schließlich auch die Politik der Bundesregierung verändern zu können.

Ähnliches gilt für die Gewerkschaften. Über 10.000 Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder, darunter auch zahlreiche Spitzenfunktionäre, haben mittlerweile den bundesweit verbreitetsten Aufruf gegen den Krieg unterzeichnet, weitere Aktivitäten seitens einzelner Gewerkschaften oder gewerkschaftlicher Untergliederungen sind allerdings mit Ausnahme der Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai ausgeblieben. Bei dieser Gelegenheit haben sich die Kriegsgegner fast überall bemerkbar gemacht, die Beteiligung war insgesamt aber auch hier eher schwach. Man hofft auf seiten der gegen den Krieg eingestellten Gewerkschafter noch überwiegend, die Bundesregierung ohne eigene außerparlamentarische Aktionen zu einer Änderung ihrer Position bewegen zu können.

Daher ist man froh, wenn ein Mann wie Oskar Lafontaine bei der Kundgebung zum 1. Mai in Saarbrücken die Politik der Bundesregierung deutlich kritisiert, und beläßt es mehrheitlich beim Beifall, wenn er feststellt: *«Bombardierung ist eine Form kollektiver Bestrafung. (...) Wenn wir dann abends die Fernsehbilder sehen, sehen, daß Brücken zerstört werden, und dann daran denken, daß sie demnächst wieder auf-*

*gebaut werden sollen, dann fragen wir uns nach dem sinn solcher Bombardements(...) Was bedeutet eigentlich Gesichtswahrung gegenüber dem Elend der Menschen, die unter diesem Krieg leiden?(...)Und warum weiger ihr euch die Dinge beim Namen zu nennen, daß das Bombardieren auch heißt, Menschen umzubringen und zu töten?»* (es ist bemerkenswert, daß weder eine der überregionalen bürgerlichen Zeitungen noch die Gewerkschaftspresse die Rede Lafontaines im vollen Wortlaut wiedergegeben hat; d. Red.)

Eine derartige Haltung ist nicht ganz unverständlich, sieht man die Schwäche und fehlende Organisation der jetzigen außerparlamentarischen Bewegung gegen den Krieg, vor allem, wenn man sie mit den Massendemonstrationen gegen die Nachrüstung Anfang der achtziger Jahre vergleicht, die trotz ihrer Größe erfolglos blieben. Dennoch wachsen in letzter Zeit die Zweifel am Sinn einer solchen Vorgehensweise. Das hat eine Reihe von Gründen. Wichtig sind vor allem zwei Erfahrungen. Die Kriegsgegner bei den Grünen mußten auf dem Sonderparteitag in Bielefeld eine herbe Niederlage einstecken, weil die Mehrheit der Partei auf keinen Fall die Beteiligung an der Regierungsmacht gefährden wollte, und die SPD-Spitze unter Bundeskanzler Schröder übt nicht nur massiven Druck auf parteiinterne Kritiker aus (wie etwa bei der bayerischen SPD), sie signalisiert auch immer wieder, daß sie sich von Beschlüssen ihrer Parteigliederungen gegen den Krieg nicht beeinflussen lassen wird. Ob diese Erfahrungen eine größere Zahl von Mitgliedern der SPD und der Grünen als bisher zu einem aktiveren außerparlamentarischen Engagement veranlassen werden, bleibt abzuwarten.

Eines aber steht jetzt schon fest. Unabhängig davon, wie der Krieg letztlich ausgeht, seine wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden nicht nur in Jugoslawien spürbar sein, sondern auch hierzulande. Was Jugoslawien betrifft, so hat die NATO die Infrastruktur des Landes inzwischen so vollständig zerstört, daß viele Militärs schon von einem Zurückbomben Jugoslawiens »in die Steinzeit« sprechen. Alle Raffinerien des Landes sind ebenso total zerstört wie das einzige Automobilwerk, große Teile der restlichen Industrie, die Fernmeldeeinrichtungen, die Telekommunikation, viele Elektrizitäts- und Wasserwerke, Krankenhäuser und Schulen, 31 von 33 Donaubrücken sowie zahllose Autobahn- und Eisenbahnverbindungen. Ganze Landstriche sind durch die Zerstörung von Raffinerien und chemischen Fabriken oder durch Bombardements mit radioaktiv angereicherter Munition verseucht, viele Gegenden im Kosovo durch nicht explodierte Splitterbomben für längere Zeit unbewohnbar geworden. Selbst wenn der Krieg in Kürze zu Ende sein sollte, werden diese umfangreichen Zerstörungen ein auch nur halbwegs normales Leben unmöglich machen. Der Lebensstandard der jugoslawischen Bevölkerung ist nach seriösen Schätzungen schon jetzt auf das Niveau der zwanziger Jahre zurückgefallen. Nach Angaben des Roten Kreuzes leben schon ungefähr 40 Prozent der jugoslawischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, haben eine halbe Million Menschen als unmittelbare Konsequenz der Bombardierung ihre Arbeitsplätze verloren und 600.000 ihre Wohnungen. Bis Kriegsende werden die Folgen noch deutlich schlimmer werden. Jugoslawien dürfte daher auf unabsehbare Zeit auf die materielle Unterstützung durch eben jene Länder angewiesen sein, die es jetzt zerstören. Seine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen wird also selbst bei einem politischen



Erfolg noch größer werden. In abgeschwächter Form gilt diese Aussage auch für die Nachbarländer Jugoslawiens, die allesamt mehr oder weniger stark unter den wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des Krieges leiden. Die Unterbrechung der Verkehrsverbindungen zu Lande und zu Wasser erschwert nicht nur den Handel mit Jugoslawien, sondern auch den untereinander und den mit Westeuropa. Die Zerstörung der jugoslawischen Wirtschaft trifft zudem auch deren wichtige Handelspartner wie zum Beispiel Bulgarien oder Rumänien. Schließlich wird die Landwirtschaft dieser Länder durch die Umweltschäden (vor allem durch die Verseuchung der Donau) erheblich geschädigt.

Für die Masse der Bevölkerung in Deutschland hat das zwei Konsequenzen. Zum einen kommen durch den Krieg und den danach erforderlichen Wiederaufbau Jugoslawiens große Kosten auf sie zu, zum anderen wird die drastische Senkung des Lebensstandards in Jugoslawien mittels des internationalen Wettbewerbs auch einen gewissen Druck auf die Einkommen der Beschäftigten hierzulande ausüben. Entscheidender aber ist der erste Punkt. Wenn Bundesfinanzminister Eichel schon jetzt davon spricht, daß in den nächsten Jahren jedes Jahr zweistellige Milliardenbeträge im Bundeshaushalt eingespart werden müssen und dabei vor allem das Ministerium für Arbeit und Soziales im Visier hat, dann werden die Kosten und Folgekosten des Krieges den Zwang zu Einsparungen noch deutlich erhöhen.

Der Krieg verschlingt nach einer sehr vorsichtigen und selbst in den Augen der Verfasser eher zu niedrig gegriffenen Schätzung der Bundeswehrhochschule München jeden Tag ungefähr 130 Mio. DM. Andere Experten kommen auf deutlich höhere Summen, das US-amerikanische Finanzinstitut Merrill Lynch zum Beispiel auf 368 Mio. DM täglich. Auf die Bundesrepublik entfallen davon bisher zirka fünf Prozent dieser Summe. Das scheint nicht so viel zu sein, auch wenn bei einer Dauer von mehreren Wochen oder gar Monaten

schnell ein Betrag von über einer Milliarde DM zusammenkommt. Wesentlich kostspieliger als die direkten Kriegskosten, die bislang zu fast drei Vierteln von den USA getragen werden, dürften aber die Aufwendungen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und vor allem die Kosten für den Wiederaufbau des Kosovo und des übrigen Jugoslawien kommen. Hier schwanken die Schätzungen zwischen 30 und 400 Mrd. DM pro Jahr. An diesen Kosten werden sich die USA wohl kaum beteiligen. Der Anteil Deutschlands dürfte dafür um so höher ausfallen. Für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bedeutet das, daß sie den Folgen des Krieges nicht entgehen kann, auch wenn sie die Augen davor zu verschließen versucht. Sie wird sie auf jeden Fall sowohl über eine Erhöhung der Steuern (wie nach dem Golfkrieg) als auch über weitere tiefe Einschnitte in das soziale Netz zu spüren bekommen.

Es genügt jedoch nicht, nur auf die finanziellen Lasten infolge des NATO-Krieges hinzuweisen, die von der Bevölkerung in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland getragen werden müssen. Es ist notwendig, auf die globalen Zielsetzungen der NATO hinzuweisen. Die Vorgeschichte und der bisherige Verlauf des Bombenkrieges bestätigen, daß es den Kriegführenden weder um Menschenrechte und Demokratie noch um Milosevic geht, sondern um die Unterwerfung Jugoslawiens – die Unterwerfung Jugoslawiens als wesentliches Element zur Durchsetzung der neuen Weltordnung unter Führung der USA.

Egon Bahr warnt nach einem Besuch in Moskau in seinem Briefwechsel mit seinem sozialdemokratischen Parteifreund Erhard Eppler (»Die Zeit«, 27.5.99) aufgrund seiner Eindrücke vor dem »politischen Preis, den Deutschland zu zahlen hat«: »Enttäuschung, Erbitterung und Demütigung heißen die Empfindungen, die in Moskau feststellbar sind... Die Demütigung wird zur Quelle von Überlegungen: ... Wenn Amerika seine neuen Waffen erprobt und in Jugoslawien eindeutig gewonnen hat, werde es das nächste Ziel anpeilen, um Rußland zu deklassieren. Dagegen müsse Rußland ebenfalls seine Zonen des Interesses definieren, ebenfalls eine neue Doktrin überlegen, die Abschreckung aktivieren mit dem Ersteinsatz, sogar der frühen Nutzung von Atomwaffen.«

Die Instrumente der Weltpolitik, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund des Kräftegleichgewichts zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten geschaffen wurden, erweisen sich aus Sicht des Westens seit 1989 zunehmend als untauglich und hinderlich. Das Verbot eines Angriffskrieges aufgrund der UN-Charta ist durch die NATO-Aggression ebenso mißachtet worden wie die UNO insgesamt. Die Bundesregierung setzte sich mit ihrer Entscheidung für die Beteiligung am Eingreifen der NATO über die Bestimmungen des Grundgesetzes und der Zwei-plus-vier-Verträge hinweg. Wolfgang Schäuble in der Bundestagsdebatte vom 26. März: »Es ist hier nicht die Zeit für verfassungsrechtliche Rabulistik.«

An die Stelle völkerrechtlicher Legitimation soll die neue NATO-Strategie treten, die bei der Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens verabschiedet wurde und so abgefaßt ist, daß die NATO praktisch überall und jederzeit eingreifen kann, wenn es im Interesse ihrer Mitgliedsstaaten und vor allem der USA liegt. Der Umfang und das Tempo, in dem diese neue Strategie in den nächsten Jahren umgesetzt wird, hängt entscheidend vom Ausgang des Jugoslawien-Krieges ab.

1.6.99 ■

■ WEITERES ZUM RACAK-MASSAKER

## Treffen Sie Mister Massaker

Von El Salvador nach Kosovo: Die Blutspur der USA

von Mark Ames und Matt Taibbi (Auszüge; aus dem Internet, eigene Übersetzung)

In einigen Jahren, wenn der Krieg in Serbien vorüber ist und der Staub sich gelegt hat, werden die Historiker den 15. Januar 1999 als den Tag bezeichnen, an dem der amerikanische Todesstern aufging. Es war das Datum, an dem ein amerikanischer Diplomat namens William Walker sein OSZE-Kriegsverbrechen-Beobachtungsteam in ein kleines Dorf im Kosovo, namens Racak, brachte, um ein angebliches serbisches Massaker an albanischen Bauern zu untersuchen. Nach einem kurzen Überblick über die etwa 40 von Kugeln durchsiebten Leichen suchte Walker die nächste Fernsehkamera und schoß praktisch die Startpistole für den Krieg. *»Von dem, was ich sah, zögere ich nicht das Verbrechen als ein Massaker zu bezeichnen, als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, sagte er. »Und ich zögere auch nicht, die Sicherheitskräfte der Regierung als verantwortlich anzuklagen.«*

Wir alle wissen, wie Washington auf das Urteil Walkers antwortete, es setzte schnell seine Militärmaschine in Bewegung und begann drohende Einladungen an seine NATO-Freunde zu senden, um an der kommenden Kriegsparty teilzunehmen(...)

### Walkers Hintergrund

Nach verschiedenen Zeitungsberichten begann Walker seine diplomatische Karriere 1961 in Peru. Wie berichtet wird, verbrachte er dann die meiste Zeit seiner langen Karriere im Auswärtigen Dienst in Zentral- und Südamerika, eingeschlossen die höchst umstrittene Bekleidung eines Amtes als stellvertretender Chef de Mission in Honduras in den frühen achtziger Jahren, haargenau zu der Zeit, als die »Contra«-Rebellengruppe [in Nicaragua] gebildet wurde. Die Contra war der Eckpfeiler der stramm antikommunistischen Politik des damaligen CIA-Direktors William Casey, wobei Honduras, zusammen mit El Salvador, als die Frontlinie im Krieg mit der Sowjetunion betrachtet wurde. Von dort wurde Walker 1985 zum stellvertretenden Unterstaatssekretär für Zentralamerika befördert. Diese Beförderung machte ihn zum besonderen Assistenten des Unterstaatssekretärs Elliot Abrams, eine Figur, deren Name ihren Weg bald in die täglichen Schlagzeilen machen würde im Zusammenhang mit einem neuen Skandal, den die Presse die »Iran-Contra-Affäre« nannte.

Walker geriet so auch bald zusammen mit seinem Boß unter das Mikroskop der Öffentlichkeit. Laut Informationen, die in der langen Anklageschrift des unabhängigen Ermittlers Lawrence Walsh enthalten sind, war Walker verantwortlich für die Durchführung einer als humanitär getarnten Operation auf einem Luftwaffenstützpunkt in Ilopango, El Salvador. Diese Deckoperation wurde verwendet, um Gewehre, Munition und Nachschub an die Contra-Rebellen in Nicaragua zu schmuggeln. Obwohl er in Walshs Anklageschrift namentlich genannt (allerdings wurde er nie direkt ange-

klagt) und in der internationalen Presse als Waffenschmuggler bezeichnet wurde, bekam seine Karriere, wie man vielleicht erwartet hätte, keinen Knick nach unten. Im Gegenteil, sie ging weiter nach oben. 1988 wurde er zum Botschafter in El Salvador ernannt, in dem Staat, der sich zu der Zeit noch im Griff des von den USA geförderten Staatsterrors befand.

Wenn man Walkers Bilanz als Botschafter in El Salvador aus heutiger Sicht überblickt, wird man aufgeschreckt angesichts seines Wiederauftauchens im Scheinwerferlicht der Weltmedien als ein empörter Beglaubiger von rassistischen Greuelthaten. Seine gegenwärtige Haltung der moralischen Abscheu gegenüber ethnischen Säuberungen der Serben mag heute überzeugend erscheinen, aber es ist schwer mit der fast komisch zu bringenden Gleichgültigkeit in Übereinstimmung zu bringen, die er andauernd gegenüber exakt den selben Greuelthaten an den Tag legte, als er in El Salvador Dienst tat.

Als Ende 1989 salvadorensische Soldaten sechs Jesuitenpriestern, deren Haushälterin und ihrer 15 Jahre alte Tochter den Kopf mit Schrotflinten wegbliessen, zuckte Walker kaum mit den Wimpern. Als er auf einer Pressekonferenz nach den Beweisen gefragt wurde, die die Morde mit dem salvadorensischen Oberkommando in Verbindung brachten, gab sich Walker alle Mühe, Stabschef Rene Emilio Ponce zu entlasten, indem er die Morde als eine Art Betriebsunfall hinstellte, wie wenn der Toner für den Kopierer alle geworden sei. *»Kontrollprobleme des Managements kommen in solchen Situationen vor«, sagte er. Als er das größere Problem der staatlichen Gewalt und Unterdrückung diskutierte, was im damaligen El Salvador mindestens genauso verbreitet war wie in Serbien, das er von Oktober letzten Jahres bis März diesen Jahres beobachtete, war Walker auffällig vorsichtig. »Ich heiße solche Taten nicht gut, aber in Zeiten wie diesen voller Leidenschaft und Wut passieren sie nun mal«, sagte er, als er sich offensichtlich noch nicht entschieden hatte, sich für den OSZE-Job zu bewerben.*

Schließlich, in der vielleicht erstaunlichsten aller Erklärungen, wenn man seine gegenwärtige Beschäftigung betrachtet, bezweifelte Walker die Fähigkeit einer Person oder Organisation Schuld in Fällen von ethnisch, rassistisch oder politisch motivierten Greuelthaten zuzumessen. Indem er die Aussagen von Augenzeugen beiseite wischte, die gesehen hatten, wie die Morde an den Jesuiten von Männern in Armeeuniform begangen wurden, sagte er zum Kongreßabgeordneten von Massachusetts, Joe Moakley, *»jeder kann Uniformen bekommen. Die Tatsache, daß sie Uniformen trugen, beweist nicht, daß sie Militärs waren.«*

Später sollte Walker dann Außenminister James Baker empfehlen, die Vereinigten Staaten sollten ihre Beziehung mit El Salvador *»nicht gefährden«*, indem man *»vergangene Todesfälle, mögen sie auch noch so abscheulich gewesen sein«*, untersucht. Das ist sicherlich besonders ironisch, wenn man bedenkt, daß derselbe Mann den Vereinigten Staaten später empfehlen würde, einen Krieg zu beginnen wegen ... abscheulicher Todesfälle.

Ein letztes bezeichnendes biografisches Detail: 1996 war Walker Gastgeber einer Feier zu Ehren von 5000 amerikanischen Soldaten, die geheim in El Salvador gekämpft hatten. Als Walker Botschafter in El Salvador war, war die offizielle

Darstellung der US-Regierung, daß es nur 50 militärische Berater im Land gebe (Washington Post, 6. Mai 1996).

### Eine gespenstische Ernennung

Mit solch einem Hintergrund erscheint es unwahrscheinlich, daß Walker von den Vereinigten Staaten auf der Grundlage irgendeines glaubwürdigen Eintretens für die Sache der Menschenrechte ausgewählt worden ist, um das Kosovo-Beobachter-Team zu leiten. Was wahrscheinlicher erscheint, angesichts des Hintergrunds von Walker, ist, daß er ausgewählt wurde wegen seiner bewiesenen Bereitschaft zu sagen, was auch immer die Regierung von ihm zu sagen wünscht, und zu schweigen, wann immer man ihm zu schweigen befiehlt – zum Beispiel über eine Waffenschmuggel-Operation oder die Anwesenheit von 4950 Untergrundsöldnern (deren Existenz er regelmäßig mit treuherzigem Blick abstritt) in der Bananenrepublik, wo er gerade Botschafter ist.

Der Iran-Contra-Vorfall ist nicht das einzige in Walkers Hintergrund, das einen stützen läßt. Eine andere Sache ist seine merkwürdige Fähigkeit, praktisch während seiner gesamten Karriere in Zentral- und Südamerika zu verbleiben. Seit dem Umsturz in China hat das Außenministerium nie seinen Karrierebeamten erlaubt, an einem Platz über eine bestimmte Dauer hinaus zu bleiben. Nach der chinesischen Revolution setzte das Außenministerium die sogenannte Wriston-Reform in die Tat um, die vorschrieb, daß Ministeriumsbeamte alle paar Jahre von ihren Posten weg zu rotieren hatten. Damit hoffte die Regierung ein Problem beseitigen zu können, das »Stillhalteritis« genannt wurde (die Entwicklung von »übertriebener« Sympathie mit der Kultur eines Gastgeberlandes). (...)

Als Resultat davon finden sich die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes in zehn Jahren auf drei oder vier verschiedenen Posten in den verschiedensten Ecken der Welt wieder. Es ist allerdings unter den Karrierebeamten des Auswärtigen Amtes gut bekannt, daß eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel die CIA-Agenten in den Botschaften sind. Unsere Geheimdienstleute brauchen länger, um ihre Kontakte aufzubauen und, um diese »persönlichen Beziehun-

gen« zu erhalten (Bestochene wechseln ungern den Bestecher), pflegen sie länger vor Ort zu sein.

Walker war praktisch während seiner gesamten Karriere in Lateinamerika, bis er im Kosovo ankam. Er hatte keinerlei Erfahrung in der Region, die ihn dazu befähigt hätte, das Beobachterteam in Jugoslawien zu leiten. Darüber hinaus verbrachte er die gesamten achtziger Jahre damit, hohe Posten des Außenministeriums in Zentralamerika zu bekleiden unter den Regierungen von Reagan und Bush, als diese Region die Quelle von mehr Ost-West-Spannung als jeder andere Ort der Welt war, und die zentralamerikanischen Botschaften waren berichtigt dafür, die am meisten vom CIA durchsetzten zu sein. Man kann seine eigenen Schlüsse daraus ziehen.(...)

Es gibt eine weit verbreitete Annahme nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern, daß es Walkers Rolle in Racak war, der UCK dabei zu helfen, ein serbisches Massaker vorzutäuschen, das als ein Vorwand für ein militärisches Eingreifen verwendet werden konnte. Es haben bereits zwei bürgerliche Zeitungen in Frankreich, »Le Monde« und »Le Figaro«, sowie das französische Fernsehen längere Berichte über den Racak-Vorfall gebracht. Diese Berichte machen auf eine Reihe von Unstimmigkeiten in Walkers Version der Ereignisse aufmerksam, zum Beispiel das Fehlen von Geschosshülsen und von Blut in dem Graben, in dem die Leichen gefunden wurden, und das Fehlen von Augenzeugen trotz der Anwesenheit von Journalisten und Beobachtern in der Ortschaft während des Gefechtes zwischen der UCK und den Serben. Sogar die »Los Angeles Times« kam schließlich noch dazu und brachte einen Bericht unter dem Titel: »Fragen zum Racak-Massaker: Wurden die Greuel erfunden?« Hinter all diesen Berichten steht die These, daß die UCK ihre eigenen Toten nach dem Gefecht eingesammelt, ihnen die Uniformen ausgezogen und Zivilkleider angezogen hatte und dann die Beobachter hinzu rief. Bezeichnenderweise sah Walker die Leichen erst zwölf Stunden, nachdem die serbische Polizei den Ort verlassen hatte. Wie Walker weiß, kann nicht nur »jeder Uniformen bekommen«, sondern jeder kann sie auch ausgezogen haben.(...)

1.6.1999 ■

## AUS DER ARBEITERPOLITIK VOM JULI 1989 (Nr. 4/5)

### Der jugoslawische Sonderweg als Gratwanderung zwischen Ost und West Arbeiterpolitik Nr. 4-5/1989

Serbien war Wegbereiter der Nationwerdung Jugoslawiens. Als erstes »Teil« gebiert schon 1878 unabhängig geworden, hatte es traditionell die Einigung aller Südslawen auf seine Fahnen geschrieben, weil auf Dauer nur die Einigkeit aller dieser Gebiete Garant für die Unabhängigkeit sein konnte. Herkömmlich umfaßt serbischer Nationalismus also nicht nur die Stärkung der eigenen Nation, sondern auch die selbstaufgelegte Verantwortung für Gesamtjugoslawien. Hinzu kommt die besondere Rolle der Serben im Zweiten Weltkrieg. Die Serben trugen in dieser Zeit die Hauptlast des Partisanenkampfs. Nach Schätzungen britischer Verbindungsoffiziere stellten sie bis zur Kapitulation Italiens 80 Prozent der Partisanen. Bei den Offizieren lag der Prozentsatz sogar noch höher. Der entscheidende Grund für den weit überproportionalen Anteil lag in dem außerordentlich

großen Maß an Repressionen, denen gerade die Serben unterworfen waren. Einmal wurde Serbien anders als Kroatien und Slowenien direkt von der deutschen Wehrmacht besetzt gehalten. Zum anderen litten jene Serben, die im kroatischen Gebiet lebten, unter der massiven Verfolgung durch die faschistische »Ustascha«, die das formal selbständige Kroatien beherrschte. Die Notwendigkeit zur Gegenwehr bestand daher in viel größerem Maße als in den nördlichen Landesteilen, die außerdem stark von der deutschfreundlichen katholischen Kirche beeinflusst waren.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Serben die große Masse der Partisanenarmee und ihrer Führung stellten. Sie waren die entscheidende Kraft bei der Befreiung Jugoslawiens. Trotz dieser Verdienste wurde die Dominanz Serbiens eingedenk der negativen Folgen, die die serbische Über-

macht nach 1918 gehabt hatte, nach dem Zweiten Weltkrieg bewußt beschnitten, was mit zu den Frustrationen führte, die jetzt wieder aufbrechen. Auf einem Gebiet dominieren die Serben allerdings bis heute. Das jugoslawische Militär wird weitgehend von ihnen beherrscht.

Faktisch ist der Absonderungsprozeß zwischen den einzelnen Teilen Jugoslawiens so weit fortgeschritten-die einzelnen Republiken sind so selbständig, daß gelegentlich schon nicht mehr von einem Bundesstaat Jugoslawien gesprochen wird, sondern von einem Staatenbund. Zum Ausdruck kommt das auch darin, daß der Handel zwischen den einzelnen Republiken inzwischen vielfach geringer ist als der zwischen manch' anderen Staaten im übrigen Europa. Auswirkungen hat so etwas natürlich auch auf die Kommunistische Partei, die in Jugoslawien nicht von ungefähr eben keine Partei ist, sondern ein Bund der Kommunisten: Faktisch ist jede Republikpartei in großem Maße selbständig; diese verstehen sich deshalb auch vorwiegend als Lobby für ihre jeweilige Republik.

### Der Bruch mit Moskau

Die starke Dezentralisierung wie die enormen Differenzen zwischen den einzelnen Republiken und Regionen sind der sichtbarste Ausdruck des spezifisch jugoslawischen »Modells von Sozialismus« und der mit ihm verbundenen Probleme. Den Ausgangspunkt für den eigenen jugoslawischen »Weg zum Sozialismus« bildete der politische Bruch zwischen der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Volksdemokratien auf der einen und Jugoslawien auf der anderen Seite.

Vollzogen wurde dieser Bruch 1948, als Jugoslawien wegen seines Versuchs, mit Bulgarien und Albanien zusammen eine Balkenföderation zu bilden, aus der »Kominform« ausgeschlossen wurde. Der Ausschluß bildete jedoch nur den Höhepunkt eines Konflikts, der schon seit dem Partisanenkampf mehr oder minder offen zutage getreten war. Bei allen Streitfragen, angefangen von dem Versuch Stalins, Tito 1943 von einer Zusammenarbeit mit dem jugoslawischen Ex-König Peter zu überzeugen, über die Auseinandersetzung um Triest oder die Unterstützung der griechischen Kommunisten im Bürgerkrieg bis hin zu Fragen des Tempos der Industrialisierung und Kollektivierung steht dabei ein und dasselbe Problem im Vordergrund: Die jugoslawische KP will auf ihre eigene Kraft gestützt den revolutionären Prozeß so schnell und so weit vorantreiben, wie es die Verhältnisse in Jugoslawien zulassen; die KPdSU will das für sie enorm wichtige Bündnis mit den Westalliierten nicht durch das eigenmächtige Vorgehen der Jugoslawen gefährden lassen, um die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen und die erstmals seit 1917 durchbrochene politische Isolierung nicht wieder in Frage zu stellen.

So wollte Stalin Tito zur Anerkennung der Monarchie bewegen, um den Westmächten seine Bereitschaft zu signalisieren, auf revolutionäre Veränderungen außerhalb der SU zu verzichten. Seinem Interesse an einer Zusammenarbeit mit Großbritannien und den USA stand jedoch die Erfahrung der Partisanen gegenüber, daß ein wirkungsvoller Widerstand gegen die italienischen und deutschen Besatzungstruppen nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Umgestaltung Jugoslawiens und der Bekämpfung aller bürgerlichen und restaurativen Kräfte möglich war. Aus diesem Grund scheiterte Stalin mit seiner Einflußnahme.

Als die Partisanen 1945 bis Triest und Kärnten vorstießen, um diese Gebiete dem neuen Jugoslawien einzuverleiben, zeigte sich sofort derselbe Konflikt. Die Sowjetunion, der an einer Auseinandersetzung mit den westlichen Alliierten nicht im geringsten gelegen war, die angesichts von Churchills Plänen, sie wieder zurückzudrängen, und angesichts der totalen Erschöpfung der russischen Bevölkerung vor allem, die Fortschreibung des Status quo wollte, ließ die Jugoslawen »fallen«. Triest und Kärnten mußten auf Druck der Westmächte wieder geräumt werden.

Unterschiedliche Interessen bestimmten auch das Vorgehen der SU und Jugoslawiens in der Griechenlandfrage. Während die SU keinen Konflikt mit dem Westen wollte, der die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwor, dementsprechend die griechischen Kommunisten so gut wie nicht unterstützte, sahen die jugoslawischen Partisanen in den griechischen Kommunisten ihresgleichen. Sie erkannten im griechischen Bürgerkrieg Züge ihrer eigenen Geschichte wieder und waren der Meinung, daß man der griechischen Widerstandsbewegung auch gegen den Willen Moskaus mit Waffenlieferung und logistischer Unterstützung zu Hilfe kommen müsse.

Der Streit um Triest und Kärnten und der um den griechischen Bürgerkrieg drückten auf Seiten der Jugoslawen die Furcht aus, von der SU aus außenpolitischen Gründen eines Teils ihres errungenen Sieges beraubt zu werden. Das Verhalten in der griechischen Frage vor allem macht diese Angst verständlich, zumal wenn man berücksichtigt, daß Jugoslawien in demselben Geheimabkommen zwischen Churchill und Stalin, das Griechenland dem Westen zusprach, zu je 50 Prozent in eine westliche und eine östliche Einflußsphäre unterteilt wurde. Praktisch hieß das für die jugoslawische KP: Da, wo wir stark genug sind, unsere eigenen Vorstellungen durchzusetzen, nämlich in Jugoslawien selbst, da werden wir das auch tun; da, wo wir zu schwach sind, nämlich in der Auseinandersetzung mit den Westmächten, müssen wir stärker werden – ein Grundgedanke der Balkanföderation, zu der auf längere Sicht ja auch ein sozialistisches Griechenland gehören sollte.

Die ganze Auseinandersetzung zwischen der russischen und der jugoslawischen KP drehte sich letztlich darum, daß die jugoslawische KP mit der Begründung, sie habe schließlich als einzige weitgehend aus eigener Kraft die deutschen Besatzungstruppen besiegt, ein größeres Maß an Selbständigkeit gegenüber der KPdSU beanspruchte, als den anderen »Bruderparteien« zugebilligt wurde. Man wollte sich den Moskauer Direktiven nicht einfach unterwerfen, weil die eigene Erfahrung im Widerstand gezeigt hatte, daß eine solche Unterwerfung zu schwerwiegenden Fehlern führen konnte. Nur das Beharren auf den eigenen Vorstellungen hatte ja den Sieg der Partisanen erst ermöglicht. Im Bewußtsein, nach der Oktoberrevolution die zweite erfolgreiche sozialistische Revolution gemacht zu haben, wollten die jugoslawischen Kommunisten auch weiterhin den eigenen Weg gehen.

Innenpolitisch hieß das: Man orientierte sich nicht am Modell der Volksdemokratie, sondern wollte sofort den Sozialismus aufbauen. So schritt man im Gegensatz zu den Volksdemokratien schon 1946/47 ohne Zwischentappen zur Kollektivierung der Landwirtschaft und verstaatlichte Industrie, Handel und Banken. Der Konflikt mit der SU hatte damals noch nichts damit zu tun, daß die Jugoslawen gegen

zentrale Planung oder Staatsdirigismus waren – eher im Gegenteil. Es ging ihnen einfach um eine gewisse Autonomie gegenüber Moskau. Man wollte weder außenpolitisch den SU-Entscheidungen einfach nur vorbehaltlos folgen noch wollte man sich innenpolitisch das Vorgehen von den Sowjets diktieren lassen. So wurde der Konflikt dadurch erheblich verschärft, daß die SU nach der Befreiung sofort versuchte, Einfluß auf wirtschaftliche und politische Entscheidungen durch die Bildung sogenannter gemischter Gesellschaften, Handelsabkommen und die Überziehung des Landes mit einem Netz von NKWD-Agenten und -Informanten zu gewinnen.

In den Augen der Jugoslawen hieß das: Die Sowjetunion übervorteilt uns im Handel; sie versucht unsere Wirtschaft zu kontrollieren (der Direktor jeder gemischten Gesellschaft war ein Russe) und uns zum untergeordneten Bestandteil ihres Wirtschaftssystem zu machen; schließlich behandelt sie uns fast wie einen Feind, den man überall bespitzeln muß. Gerade der letzte Punkt rief eine große Verbitterung hervor, da die Sowjets sehr rigoros vorgehen, wie folgende Äußerungen des jugoslawischen KP-Funktionärs Dedijer belegt: *»Wie die Wespen fielen die sowjetischen Geheimdienstleute über alle für sie wichtigen Punkte in der Armee, in der Wirtschaft, im ZK-Apparat her. Sogar die Chef-Chiffrierbeamtin des Zentralkomitees wollten sie in ihr Netz einbeziehen.«* Die Empörung richtete sich nicht gegen ein solches Vorgehen generell – im Falle der Volksdemokratien hielt man es durchaus für angebracht und im Verhältnis zum kleinen Nachbarn Albanien ging man selbst nur unwesentlich anders vor, man war nur der Meinung, daß ein solches Verfahren gegenüber der KP und der Bevölkerung, die die zweite erfolgreiche sozialistische Revolution durchgeführt hatte, nicht zu rechtfertigen sei. Man wollte als im Kern gleichberechtigter Partner behandelt werden.

All die innen- wie außenpolitischen Konflikte zwischen Jugoslawien und der SU führten aber erst dann zum Bruch, als 1948 mit dem ökonomischen Anschluß der deutschen Westzonen an Westeuropa und die USA nicht nur die Teilung Deutschlands, sondern auch die der übrigen Welt in Ost- und Westblock vollzogen wurde. Der SU, die darauf mit der Beendigung aller volksdemokratischen Regierungskompromisse reagierte, erschien das eigenständige jugoslawische Vorgehen nun als bedrohlich. Denn aus ihrer Sicht gab es nur eine Möglichkeit, dem wirtschaftlich wie militärisch (NATO-Gründung 1949) geeinten Westen zu begegnen: absolute Einigkeit. Angesichts der innenpolitisch labilen Lage in fast allen Ostblock-Ländern (abgesehen von Jugoslawien und Albanien genossen Kommunisten nur in der Tschechoslowakei ein größeres Ansehen in der Bevölkerung) bedeutete jede Abweichung vom durch die SU vorgegebenen Kurs in deren Augen eine ungeheure Gefahr. Die Erfahrungen der KPdSU wie der russischen Bevölkerung sagten ihnen eines: Wir haben seit 1917 alleingestanden. Alle anderen revolutionären Erhebungen wie in Deutschland, Ungarn oder Spanien sind gescheitert. Folglich ist die Verteidigung der SU gleichbedeutend mit der Verteidigung des Sozialismus überhaupt, muß sich jede kommunistische Partei unseren Direktiven unterordnen.

Für die jugoslawische KP wie Bevölkerung sagten die eigenen Erfahrungen etwas anderes: Blindes Befolgen russischer Direktiven verhindert eine mögliche Revolution und schwächt damit auch den Sozialismus im Weltmaßstab.

Diese in einem überaus blutigen Krieg gegen Besatzungstruppen und innenpolitische Gegner erworbene und dementsprechend fest verankerte Erfahrung machte eine Unterwerfung unter die Moskauer Vorstellungen unmöglich. Man hatte ja keine Revolution gemacht, um dann gegenüber der SU quasi kampflos zu kapitulieren.

### Das Problem des Aufbaus

Die Situation war allerdings auch extrem schwierig. Denn nachdem es zum Bruch zwischen der jugoslawischen und der sowjetischen KP gekommen war, standen die jugoslawischen Kommunisten vor einem schier unüberwindlichen Berg von Problemen. Zunächst mußte man sich an den Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen eines völlig zerstörten Landes machen. Die materiellen Schäden, die der Zweite Weltkrieg angerichtet hatte, lagen mit über neun Mrd. Dollar immerhin 40 Prozent höher als die Großbritanniens und gar beim 7,2fachen der USA. Außerdem waren 1,7 Mio. Einwohner getötet und unzählige verletzt worden. Diese enormen Zerstörungen allein hätten schon die äußersten Anstrengungen erfordert. Dazu kam nach dem Bruch mit Moskau aber noch die Isolierung vom sozialistischen Lager als dem natürlichen Verbündeten. Denn ähnlich wie später beim Konflikt mit China reagierte die SU auf die Weigerung Jugoslawiens, sich den Direktiven unterzuordnen, mit einem totalen Wirtschaftsboykott. Die Folgen für Jugoslawien waren katastrophal. Während 1946 noch 75 Prozent der Importe und der Exporte mit den Ländern des Warschauer Pakts und vor allem der SU, die lebensnotwendige Güter wie Maschinen und Erdöl lieferte, abgewickelt wurden, schrumpfte der Handel mit ihnen binnen drei Jahren auf praktisch Null. In dieser Situation ging es einfach ums Überleben. Die Jugoslawen mußten jede Unterstützung annehmen, die sie nur bekommen konnten. Und was man damals bekam, kam fast ausschließlich von den Westmächten.

So gewährten die USA, die unmittelbar nach dem Bruch 1948 schon das von ihnen gesperrte Geld der ehemaligen jugoslawischen Nationalbank im Wert von 47 Mio. Dollar sowie zehn Mio. private Guthaben freigegeben hatten, 1949 einen Kredit von 20 Mio. Dollar. Jenen schlossen sich im selben Jahr Großbritannien mit insgesamt 10,5 Mio. Pfund, die Niederlande mit zehn Mio. Gulden und der Internationale Währungsfond mit neun Mio. Dollar an. In den kommenden Jahren folgten weitere Kredite, die bis 1963 eine Größenordnung von zusammen vier Mrd. Dollar erreichten. Außerdem lieferten die USA noch unmittelbar Hilfsgüter wie beispielsweise nach der Dürre 1950, wo sie in umfangreichem Maße Getreide nach Jugoslawien schickten. Diese Hilfe machte bis 1951 fast 70 Mio. Dollar aus.

All diese Kredite und Hilfsleistungen beschleunigten in zweifacher Hinsicht die Einbindung Jugoslawiens in den kapitalistischen Weltmarkt. Zum einen stieg der Anteil der führenden kapitalistischen Länder am Außenhandel ab 1948 drastisch an. So waren allein die USA, deren Anteil an den jugoslawischen Importen 1946 noch bei nur zwei Prozent gelegen hatte, 1951 mit 37,5 Prozent daran beteiligt. Zusammen mit der Bundesrepublik, Italien und Großbritannien waren es sogar zwei Drittel der Importe und auch 60 Prozent der Exporte. Zum anderen waren alle Kredite, sei es von den USA, anderen westlichen Ländern oder der Weltbank, immer an wirtschaftspolitische Zugeständnisse Jugoslawiens gebunden, so daß das Deutsche Institut für Wirtschaftsfor-

schung schon 1953 davon sprach, daß »den USA ein weitgehender Einguß auf die jugoslawische Wirtschaft eingeräumt worden« sei.

Diese Aussage ist sicherlich übertrieben. Denn angesichts seiner speziellen Rolle als »Sozialistisches Land mit Westbindung« hatte Jugoslawien politische Spielräume, die anderen Ländern versperrt waren. So war die jugoslawische Regierung zum Beispiel 1954 trotz einer katastrophalen Dürre nicht bereit, den USA für die dringend benötigten Hilfslieferungen die von ihnen gewünschten Zugeständnisse zu machen. Den USA wurde die Möglichkeit, in Jugoslawien zu investieren und die damit geschaffenen Projekte auch zu kontrollieren, eindeutig verweigert. Als der jugoslawische Verhandlungsführer Vukmanovic von seinem US-Gegenüber gefragt wurde, was sie denn bei einer Nichtlieferung der US-Hilfe essen wollten, sagte er nur knapp: »Wir werden Blätter von den Bäumen essen – wie im Krieg.« Die Jugoslawen bekamen die Hilfe, auch ohne daß sie die gewünschten Gegenleistungen erbrachten. So weit irgend möglich versuchte die jugoslawische KP ihre Vorstellungen von Sozialismus gegenüber dem Einfluß des Westens zu verteidigen. Dennoch konnte sie das grundsätzliche Problem so nicht umgehen.

Jugoslawien war, ob es wollte oder nicht, in einem gewissen Maße von den führenden kapitalistischen Ländern abhängig. Welche verheerenden Konsequenzen das haben konnte, zeigte sich sehr deutlich an der Haltung Jugoslawiens im Korea-Krieg. Als Mitglied des Sicherheitsrates der UNO enthielt sich Jugoslawien der Stimme, als über den Einsatz von US-Truppen unter der UNO-Flagge entschieden wurde. Objektiv stellte es sich damit auf die Seite der Westmächte – angesichts seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit konnte es nicht gegen dieselben stimmen.

Die USA lieferten zwischen 1950 und 1968 Flugzeuge, Panzer und andere Waffen im Gesamtwert von fast drei Mrd. Dollar. Sie bildeten in beschränktem Maße auch jugoslawische Militärs aus. Außerdem bestand insofern eine Verbindung zwischen Jugoslawien und der NATO, als Jugoslawien 1953/54 einen Pakt mit den NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei schloß, der ein 20jähriges Beistandsabkommen enthielt. Dieser angesichts der vermeintlichen sowjetischen Bedrohung geschlossene Pakt gewann aufgrund des Zypernstreits zwischen Griechenland und der Türkei zwar nie eine wirkliche Bedeutung, er zeigt aber deutlich die Notlage, in der Jugoslawien sich damals befand.

Die Gefahren, die der Drahtseilakt zwischen Ost und West für Jugoslawien mit sich brachte, waren den führenden Kommunisten zum Teil natürlich auch bewußt. Deshalb versuchten sie anfangs, den Bruch mit der SU durch ein Entgegenkommen auf einzelnen Gebieten rückgängig zu machen. Den Vorwurf Moskaus, man begünstige die Privatlandwirte, versuchte man zum Beispiel durch eine Forcierung der Kollektivierung zu entkräften.

Das aber verschärfte die Probleme in doppelter Hinsicht: Zum einen waren die Sowjets so nicht zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen, da der Vorwurf ja nur vorgeschoben war, zum anderen begannen die Bauern sich zu wehren. Sie ließen Felder brach liegen und schlachteten ihr Vieh, so daß die Ernteerträge in einem Maße sanken, das fast eine Hungerstnot heraufbeschwor. Diesen passiven Widerstand zu brechen, hätte es eines enormen Drucks bedurft, wie die russischen Erfahrungen der zwanziger Jahre zeigen. Ein solcher Druck aber war angesichts der politischen Isolierung

unmöglich. So mußte die jugoslawische KP die Kollektivierung 1953 endgültig abbrechen. Das erhöhte wiederum die Abhängigkeit von westlicher Hilfe, da mit der Kollektivierung das entscheidende Mittel zur Aufbringung der für die Industrialisierung erforderlichen Ressourcen entfiel. Es konnte weder zu einem umfangreichen Werttransfer von der Landwirtschaft in die Industrie kommen, noch zu einer schnellen Steigerung des Anteils der Arbeiter an der Bevölkerung, da der unmittelbare ökonomische Zwang zum Wechsel aus der Landwirtschaft in die Industrie fehlte. ...

### Einführung der Arbeiterselbstverwaltung

Die jugoslawische KP stand damit vor dem Problem, die Industrialisierung des Landes durchführen zu müssen, ohne den Bauern größere Opfer abverlangen und ohne auf eine schnell wachsende Arbeiterschaft zurückgreifen zu können. In dieser Situation entschied sie sich 1950 für die Abkehr vom sowjetischen Modell der Wirtschaftsplanung und für die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung. Unter Rückgriff auf Erfahrungen mit Arbeiter-Kontrollausschüssen, Produktionsberatungen und Arbeiterräten in einzelnen Betrieben wurden mit dem Grundsatzgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen und höheren Wirtschaftsvereinigungen durch die Arbeitskollektive alle Industrieunternehmen unter die Verwaltung der Arbeitskollektive bzw. der von ihnen gewählten Organe gestellt. Durch dieses in den nächsten Jahren auf die anderen Wirtschaftszweige und auch auf die Kommunen ausgedehnte Prinzip der Selbstverwaltung wollte man das Industrialisierungsdilemma lösen.

Man hoffte, auf diesem Wege den Arbeitern einen Anreiz für Produktions- und Produktivitätssteigerungen bieten zu können. Wer selbst über seine Belange entscheiden kann – so der Gedanke –, wird sich auch stärker um Verbesserungen bemühen. Außerdem signalisierte das Selbstverwaltungsmodell dem Westen die endgültige Abkehr vom sowjetischen System. Das war deshalb so wichtig, weil die westlichen Kredite und Hilfslieferungen ein unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung waren. Sie ersetzten zusammen mit dem Außenhandel weitgehend das, was man von den Bauern nicht holen konnte – die Ressourcen für den Wirtschaftsaufbau.

Die Verbindung von Selbstverwaltung und Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt sollte sich auf Dauer als der entscheidende Sprengsatz für das jugoslawische Modell von Sozialismus erweisen. Das wurde von der jugoslawischen KP damals aber nicht gesehen. Man war froh, einen Weg gefunden zu haben, der sowohl die materiellen Probleme zu lösen versprach als auch die Basis eines neuen politischen Selbstverständnisses zu liefern schien. Letzteres war von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil nach dem Bruch mit der SU die jugoslawischen Kommunisten als bis dahin treue Anhänger Stalins und der SU in ein politisches Vakuum gerieten.

Sie mußten schnellstens eine neue Grundlage finden, die ihnen trotz der Trennung von der SU als dem »Zentrum der Weltrevolution« die Beibehaltung ihrer kommunistischen Einstellung erlaubte. Diese Grundlage war die Arbeiterselbstverwaltung, die einen Sozialismus ohne die negativen Elemente massiver staatlicher Eingriffe und Repression versprach. »Von Stalin zurück zu Lenin und Marx« hieß die Devise.

## Marktsozialismus

Daß der Versuch, sozialistische Planwirtschaft und starke Marktelemente im Modell der Selbstverwaltung zu binden, unter den Bedingungen eines national sehr uneinheitlichen und wenig entwickelten Landes zu einer Verstärkung der Marktelemente und zu einer langsamen Aushöhlung der sozialistischen Planungskompetenzen führen mußte, zeigte die Entwicklung Jugoslawiens sehr deutlich. Zwar blieb zunächst eine Reihe von Funktionen den Staatsorganen vorbehalten, ihr Anteil sank jedoch kontinuierlich. Die wichtigsten Änderungen in den ersten zwei Jahrzehnten waren dabei die Abschaffung der Kennziffern für Investitionen 1952, die der Kennziffer für die Bruttoproduktion 1956, die der Tariflöhne 1957, die freie Verfügbarkeit der Abschreibungsmittel für die Betriebe 1959, die Abschaffung der progressiven Besteuerung des Mehreinkommens sowie die Auflösung des von den öffentlichen Organen gehaltenen »Allgemeinen Investitionsfonds« und seine Übernahme durch die Banken im Laufe der Reformen von 1961 und 1965. Zusammen mit der weitgehenden Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols, der Devisenbewirtschaftung und der Preisfestsetzung hatte sich bis Anfang der siebziger Jahre der Einfluß des Staates auf wirtschaftliche Entscheidungen schon auf einen bescheidenen Rest reduziert. Die Arbeitskollektive einzelner Unternehmen konnten über ihre Investitionen ebenso frei entscheiden wie über die Produktstruktur, über die Lohngestaltung ebenso wie über die Kreditaufnahme bei Banken oder Ex- und Importbeziehungen mit dem Ausland. Den staatlichen oder kommunalen Behörden blieben allgemeine Aufgaben wie Verteidigung, Bildung etc. und die Erstellung von Rahmenplänen, die eine Orientierung für den Einzelbetrieb bieten sollten, deren Einhaltung aber durch keinerlei Sanktionen erzwungen werden konnte. So blieben sie auch weitgehend Papier, wenn sie den Interessen der Betriebe zuwider liefen. Die vergeblichen Bemühungen um eine Aufhebung der regionalen Unterschiede sind nur ein Beispiel dafür.

Daß die Entwicklung trotz einiger Versuche, sie zu stoppen oder umzukehren, so eindeutig verlief und seit den siebziger Jahren noch beschleunigt weiter läuft, hängt mit der Eigendynamik zusammen, die die Marktelemente unter den jugoslawischen Bedingungen spielen. Wer bei fehlender Kollektivierung und Isolierung vom Ostblock die Industrialisierung auf der Basis von weltwirtschaftlicher Integration und betriebsorientierten Entscheidungen wie Anreizen durchführen will, gerät zwangsläufig immer wieder in dieselbe Situation. Betriebliche Orientierung wie die Verflechtung mit dem Weltmarkt erzwingen immer weitere Schritte in eben diese Richtung. Drei Beispiele sollen die innere Logik des Prozesses zeigen.

In den fünfziger Jahren hatte die Regierung versucht, die Industrialisierung dadurch zu forcieren, daß die Preise einer Reihe von Gütern freigegeben wurden, bei anderen – und hier vor allem bei den Produkten der Grundstoffindustrie (Stahl, Kohle etc.) – aber weiterhin vom Staat festgesetzte niedrige Preise gelten. Grundstoffe sollten billig bleiben, um die weiterverarbeitenden Industrien zu begünstigen, deren Produkte sowohl für den Konsum im Lande als auch für den Export vorgesehen waren. Da jedoch gleichzeitig die Investitionsentscheidungen bei den Betrieben blieben und vor allem die Selbstfinanzierung stark forciert wurde, um dem Einzelbetrieb einen Anreiz zur Produktions- und Produktivi-

tätssteigerung zu geben, kam es zu einer schwierigen Lage für die Unternehmen, deren Produkte festgesetzte Preise hatten. Ihre Investitionsmittel konnten sie wegen der niedrigen Preise nicht selbst aufbringen. Sie waren daher auf staatliche Mittel angewiesen. Aufgrund der Inflation (die Nachfrage nach Verbrauchsgütern überstieg stets das Angebot) verschärfte sich diese Situation zunehmend. Die Preisschere öffnete sich immer mehr, so daß die Grundstoffindustrien immer stärker auf öffentliche Mittel angewiesen waren, bis diese letztlich nicht mehr ausreichten, die Kluft zu schließen. Das hemmte den technischen Fortschritt, verteuerte die Produktion und erhöhte die Angewiesenheit auf Subventionen. In dem Augenblick, in dem in den sechziger Jahren die zentralen Investitionsmittel vom Staat auf die Banken übertragen wurden (von 1963 – 1966 sank der öffentliche Anteil von 57 Prozent auf 16 Prozent, der der Banken stieg von 9 Prozent auf 45 Prozent), funktionierte das nicht mehr. Die Banken orientierten sich zusehends an den wirtschaftlichen Aussichten der Unternehmen. So mußte schließlich die Preisfestsetzung entfallen.

Die Aufhebung der Tariflöhne entwickelte eine ähnliche Eigendynamik. Mit ihr war das Einkommen der Beschäftigten ausschließlich an die Einnahmen des Betriebes gebunden. Das sollte ebenfalls als Anreiz dienen. Um wirksam zu werden, mußten dann aber konsequent alle Schranken für die betriebliche Gewinnmaximierung fallen. Die Arbeiter wollten den Wegfall von Preisfestsetzungen ebenso wie die Freigabe des Außenhandels oder die Reduzierung der Steuern. Die Folge war, daß der staatliche Einfluß immer mehr schwand und die einzelnen Betriebe sich sehr unterschiedlich entwickelten. Die auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen zahlten immer höhere Löhne, da sie sich u.a. durch ihre Exporte die Devisen für westliche Maschinen erwirtschaften und so rationell produzieren konnten, die wenig entwickelten Betriebe fielen dagegen immer mehr zurück, weil der Staat als ausgleichender Faktor immer stärker ausfiel. Dasselbe galt natürlich auch für ganze Regionen, da dem Staat zunehmend die Mittel für Entwicklungsprojekte fehlten. Mit Aufhebung der progressiven Einkommensbesteuerung wurde diese Entwicklung dann noch beschleunigt. Auch die Ersetzung der progressiven durch eine fixe Steuer sollte zur Produktivitätssteigerung anreizen. In der Praxis führte sie zu immer weiterem Auseinanderklaffen der Einkommen in einzelnen Betrieben und Regionen.

Die schon in den fünfziger Jahren begonnene Liberalisierung des Außenhandels entwickelte ebenfalls eine Eigendynamik. Denn sollte sie wirklich zu einer Erwirtschaftung der dringend benötigten Devisen beitragen, mußten auch hier alle Hemmnisse entfallen. Die Betriebe, die exportfähige Güter herstellten, hatten großes Interesse daran, über die Devisen möglichst weitgehend selbst zu verfügen. Sie wollten so ihre Investitionen aus dem westlichen Ausland bezahlen oder bestimmte andere Güter. Der Anreiz zur Herstellung von Qualitätsprodukten war also um so größer, je höher der Nutzen für die einzelne Belegschaft war. Konsequenterweise ließ der Staat daher Stück für Stück alle Hindernisse wegfallen, bis die Einzelbetriebe schließlich eine fast unumschränkte Verfügungsmacht über ihre Devisen bekamen und zum Teil sogar Banken gründeten, die diese Devisen gegen hohe Zinsen an andere Unternehmen verliehen. Die zunehmende Aufspaltung wurde also auch von hier aus eindeutig begünstigt.

Dies gilt natürlich auch für die einzelnen Regionen. So ist es auf diesem Hintergrund verständlich, wenn der slowenische Parteichef Kavcic Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre nur deshalb einen heftigen Konflikt mit Tito riskierte, weil er die geplante Autobahn nicht zwischen Ljubljana und Belgrad, sondern von Ljubljana nach Norden (München/Wien) haben wollte. Ihm lag an der Verbindung zum westlichen Ausland aus wirtschaftlichen Gründen mehr als an der engen Verknüpfung der einzelnen Teile Jugoslawiens. Zwar konnte er sich nicht durchsetzen, seine Motive aber stießen auf viel Resonanz bei den Slowenen, denen das eigene Hemd schon damals in der Regel näher war als der jugoslawische Rock.

Die innere Dynamik der Selbstverwaltung unter den Bedingungen von Unterentwicklung und Angewiesenheit auf die kapitalistischen Industriestaaten wies Jugoslawien eine eindeutige Entwicklungsrichtung. Jeder Konflikt wurde letztlich zugunsten von mehr Marktwirtschaft und weniger Plan bzw. Staat entschieden. Dies galt selbst in Fällen, in denen sich die regionalen Einzelinteressen bei oberflächlicher Betrachtung gegen gesamtjugoslawische Interessen nicht durchsetzen konnten. So wurde 1971 der Versuch der kroatischen Parteiführung, politisch ein größeres Maß an Selbständigkeit von der Zentralregierung zu erreichen, durch ihren erzwungenen Rücktritt zwar vereitelt und die noch radikaler in dieselbe Richtung gehenden Studentenunruhen

wurden sogar von Polizei- und Armeekräften beendet, ökonomisch erreichte Kroatien aber dennoch ein entscheidendes Ziel. Die bis dahin noch sehr große Macht der zentralen Belgrader Banken und Außenhandelsgesellschaften wurde zugunsten der einzelnen Regionen und schließlich auch Betriebe gebrochen. Dies war eine zentrale Forderung Kroatiens gewesen, das endlich über die in seinem Bereich erwirtschafteten Devisen selbst verfügen wollte. Denn da der Großteil des Tourismusgeschäfts an der fast völlig zu Kroatien gehörenden Adriaküste abgewickelt wurde und noch wird, bedeutete diese Veränderung eine enorme Schwächung der zentralen Staatsorgane und Banken und eine ebensolche Stärkung der Republik Kroatien. Dieses Ziel war erreicht.

### Zersplitterung der Arbeiterklasse und Wirtschaftskrise

Die Konsequenzen dieser Entwicklung werden heute unübersehbar. Die Unterschiede und Gegensätze in der Gesellschaft wachsen. Dies gilt für die Betriebe wie Regionen. Wer arm ist, wird immer ärmer. Die Arbeitslosenzahl wächst, weil die Belegschaften sich angesichts der Wirtschaftskrise gegen Neuzugänge wehren und dies angesichts ihrer Entscheidungsbefugnis auch durchsetzen können. Wer draußen ist, bleibt draußen. Die Arbeiterklasse wird zersplittert in Arbeitende und Arbeitslose, Belegschaften gut und schlecht verdienender Unternehmen, Bewohner reicher und armer Regionen. ...

## AUS DER ARBEITERPOLITIK VOM OKTOBER 1995 (Nr. 4)

### Die NATO greift im Balkan an... und unterstützt ethnische Säuberungen Arbeiterpolitik 4/95

#### Die Niederlage der Krajiner Serben – Grundlage für das Eingreifen der NATO

Für den Westen war die Situation ebenfalls günstig, um massiv in den Konflikt einzugreifen. Angesichts der verheerenden Niederlage der Krajiner Serben schien die Gelegenheit gegeben, das Problem Bosnien endgültig zu lösen. Voraussetzung dafür war der Sieg der Kroaten. Ihr Vormarsch war von den USA und Deutschland mit stillschweigender Sympathie geduldet und mit umfangreichen Waffenlieferungen und logistischer Unterstützung auch überhaupt erst ermöglicht worden. Seit September 1991 gibt es einen internationalen Rüstungsboykott gegen alle jugoslawischen Teilstaaten. Trotzdem konnten die Kroaten über 170 Panzer, 900 Geschütze, 50 Hubschrauber und zwei MiG-Staffeln verfügen. Dafür ist ganz wesentlich Deutschland verantwortlich. Die kroatischen Militärs sind »hauptsächlich ausgerüstet mit Waffen, die in Deutschland erworben wurden«.<sup>2)</sup> Insbesondere der BND sorgte dafür, daß Kroatien Waffen der NVA, aber auch Panzerabwehrkanonen von MBB sowie Heckler-und-Koch-Karabiner bekam.

Der andere Hauptverantwortliche für diese Entwicklung sind die USA. Seit November letzten Jahres gibt es ein offizielles Kooperationsabkommen zwischen den USA und Kroatien, das vor allem die militärische Ausbildung fördern soll. Dieses basiert aber auf schon länger etablierten »privaten« Kontakten. Seit gut zwei Jahren sind (dafür offiziell pensionierte) US-Militärs bzw. CIA'ler im Training kroatischer Divisionen aktiv (u.a. soll der frühere NATO-Oberfeldshaber

John Galvin sich hier ein Zubrot verdienen). Darüber hinaus griffen NATO-Streitkräfte faktisch zugunsten der Kroaten ein: Als Vergeltung für den Tod zweier französischer Blauhelme bombardierten Mirage-2000-D-Bomber am 20. sowie am 27. Juli Pale. Die USA griffen direkt in der Krajina ein: Am 5.8. zerstörten US-Jets eine Luftabwehr-Radar-Stellung in der Nähe von Knin.

Die Juli-/August-Offensive galt einem Gebiet, das seit gut 400 Jahren vorwiegend von Serben bewohnt ist. Im Zuge des Ausbaus der sogenannten Militärgrenze siedelten die Habsburger im 16. Jahrhundert hier von den Osmanen vertriebene Serben in Wehrdörfern an, das heißt, sie leben hier länger als Weiße in Nordamerika. Zu Zeiten des alten Jugoslawiens, das heißt bis Anfang dieses Jahrzehnts, lag der Serben-Anteil in der Krajina bei 60 bis 65 Prozent, in Knin, der größten Stadt der Krajina, sogar bei 88,6 Prozent. Diese Region war nun von der größten ethnischen »Säuberung« des Jugoslawien-Krieges betroffen. Zwischen 1991 und Anfang dieses Jahres waren bereits zirka 200.000 Serben vertrieben worden, nun kamen noch einmal 150.000 bis 250.000 hinzu.

Während bei jedem serbischen Angriff in den hiesigen Medien ausführlich darüber berichtet wird, wieviel Opfer er wieder einmal gefordert hat, schien die Operation der Kroaten klinisch rein zu verlaufen. Es ist zwar richtig, daß die Elite-Einheiten der ersten Welle, wie zum Beispiel die Puma-Brigade, sich vorwiegend auf ihre militärischen Aufgaben konzentrierten, aber bereits in der zweiten Welle kam es dann zu Plünderungen, Brandstiftungen, Vertreibungen und

Massenmorden. Der UN-Sprecher Phil Arnold sprach Anfang der ersten Augustwoche davon, daß manche der kroatischen Greuelthaten »monströs, inhuman seien und gegen alle internationalen Standards verstießen«. In der »Washington Post« hieß es: »Während die Aufmerksamkeit der Welt auf die Auseinandersetzung zwischen dem Westen und den bosnischen Serben gerichtet war, waren die kroatische Armee und paramilitärische Einheiten eifrig damit beschäftigt, die jahrhundertalten Spuren serbischer Präsenz in der ehemals von Kroatien abgespaltenen Krajina auszulöschen.«<sup>3)</sup> Selbst die »Zeit« berichtete am 8.9. von einem »brutalen Vorgehen der Kroaten in der Krajina. Täglich werden UN- und EU-Beobachter Zeugen, wie ganze Dörfer in Flammen aufgehen, wie systematisch serbischer Besitz zerstört oder enteignet wird. Verbliebene Serben sind bedroht, an mehreren Orten haben UN-Angehörige Leichen mit abgetrennten Köpfen gefunden. Westliche Regierungen sehen daran vorbei oder ermahnen Zagreb nur zaghaf.«.

### Die NATO greift massiv in den Konflikt ein

Am 3. Juni vereinbarten die NATO-Verteidigungsminister den Aufbau einer »Schnellen Eingreiftruppe«. Die Entsendung wurde – bei Stimmenthaltung von Rußland und China – am 16. Juni vom UN-Sicherheitsrat beschlossen. In London trat am 21.7. die Bosnien-Konferenz zusammen. Offiziell wichtigstes Ergebnis war die Drohung an die Serben, daß es weitreichende Konsequenzen für sie haben werde, falls sie Gorazde angriffen. NATO-intern galt als wesentliches Ergebnis, daß ab jetzt ein härterer Kurs den Serben gegenüber gefahren werden sollte. Von diesem Datum an begann das NATO-Kommando in Neapel dann auch mit der konkreten Ausarbeitung von Einsatzplänen. Bei Treffen des NATO-Rates am 25.7. und 1.8. wurde eine Liste von 23 zentralen Bombenzielen aufgestellt. Im August wurde die Schnelle Eingreiftruppe in Stellung gebracht und die Blauhelm-Kontingente wurden zusammengezogen, um die eigenen militärischen Aktivitäten zu erleichtern. Die Gefahr, daß eventuell wieder westliche Soldaten gefangen gesetzt werden könnten, verringerte sich gleichzeitig in dem Maße, wie die kroatische/bosnische Offensive zu einer Entlastung von Bikac führt. Um das Risiko noch weiter zu vermindern, verließen die in Gorazde stationierten britischen Soldaten am Freitag, dem 25.8. die Stadt. Der Westen hatte also bereits vor dem Granatenausschlag alles in die Wege geleitet, um die Serben massiv angreifen zu können ...

### Der westliche »Friedensplan«

Henry Kissinger beschrieb die wesentlichen Ziele der Luftangriffe folgendermaßen: »Zwei Botschaften müssen die NATO-Luftschläge in Bosnien vermitteln (...): Die Botschaft an die Adresse der Serben muß lauten, daß es keine andere Option als die Verhandlungslösung geben kann. Dem bosnisch-kroatischen Bündnis muß zu verstehen gegeben werden, (...) daß seine (des Westens) Streitkräfte nicht zur Verfügung stehen, um politische Ziele jenseits der westlichen Friedensvorschläge durchzusetzen.«<sup>4)</sup> Die Durchsetzung des westlichen »Friedensplans«, das wollte man durch die Bom-

bardierung erreichen. Die erfolgreiche Krajina-Offensive der Kroaten schaffte dafür die Voraussetzungen. Sie machte das veränderte Kräfteverhältnis im ehemaligen Jugoslawien deutlich.

Die politische Führung der bosnischen Serben, der sog. Pale-Serben, mit Karadzic an der Spitze mußte die eigene militärische Schwäche erkennen und zugleich die Tatsache akzeptieren, daß die Republik Serbien nicht bereit ist, ihr politisches Gewicht für groß-serbische Ansprüche in die Waagschale zu werfen. Gleichzeitig wurde klar, daß der Westen nunmehr gewillt war, sich auch militärisch stärker für die von ihm schon länger propagierte »Friedenslösung« einzusetzen. Die Serben auf der Flucht, damit war ein »Fenster der Gelegenheit« geöffnet, so US-Verteidigungsminister Perry.

Die bei den Verhandlungen in Genf vereinbarte Lösung sieht zum einen die Existenz der Republik Bosnien in den derzeitigen Grenzen, zum anderen die Anerkennung einer »Serbischen Republik« in Bosnien vor, zwei letzten Endes unvereinbare Sachverhalte. »Bosnien bleibe nominell ein Land, dessen gegenwärtigen internationalen Grenzen intakt blieben, aber in der Realität wird es in zwei ungefähr gleiche Teile zerteilt.«<sup>5)</sup> Das weiß der Westen auch. Die USA, die aus Rücksicht auf Saudi-Arabien und ihre Interessen im Nahen Osten lange gezögert hatten, betrachten nun auch als unvermeidlich, was die Europäer bereits seit längerem fordern: die Einheit Bosniens muß geopfert werden, wenn man nur so zu einer Lösung gelangen kann. Im Grunde hat der Westen damit akzeptiert, was der kroatische Präsident Franjo Tudjman im Mai dieses Jahres während eines Dinners dem Chef der britischen Liberalen auf der Rückseite einer Serviette als seine Vorstellung von einem zukünftigen Bosnien aufzeichnete: Eine Aufteilung Bosniens in zwei Teile, bei der Sarajewo zum kroatischen, Pale zum serbischen Teil gehört.

Der bosnischen Regierung, die an so einer Lösung eingedenk der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Kroatien vor zwei Jahren verständlicherweise kein großes Interesse hat, wurde und wird eindeutig signalisiert, wie sehr der Westen jetzt an einer zügigen Einigung mit den Serben auf Grundlage der von ihm propagierten »Friedenspläne« interessiert ist und daß er eine Torpedierung der angestrebten Verhandlungslösung durch überzogene bosnische Forderungen deswegen nicht hinnehmen wird. Die Offensive der bosnischen Regierungstruppen wurde dementsprechend vom Westen auch vergleichsweise deutlich kritisiert, um der bosnischen wie der kroatischen Regierung klar zu machen, wie weit sie gehen können, ohne in Konflikt mit dem Westen zu geraten. Ebenso deutlich wird Kroatien derzeit gesagt, daß man von seiten Westens nicht gewillt ist, einer militärischen Rückeroberung Ostslawoniens nach dem Muster der Krajina einfach zuzusehen. Für einen solchen Fall wird offen damit gedroht, die von Kroatien gewünschte wirtschaftliche Hilfe drastisch zu reduzieren und die erhoffte engere Anbindung an die EU erst einmal auf Eis zu legen. Bislang hat diese Drohung ausgereicht, um Kroatiens Regierung trotz des Wahlkampfes an der mehrfach angekündigten schnellen Wiedergliederung Ostslawoniens zu hindern und ihr die Zustimmung zu einer Lösung auf dem Verhandlungswege abzurufen. Eine solche Lösung, zu der die serbische Regierung inzwischen ihre Zustimmung signalisiert hat, sieht in einem mehrjährigen Prozeß die Rückkehr Ostslawoniens in den kroatischen Staatsverband unter Gewährung weitreichender Autonomierechte für die dort lebenden Serben vor.

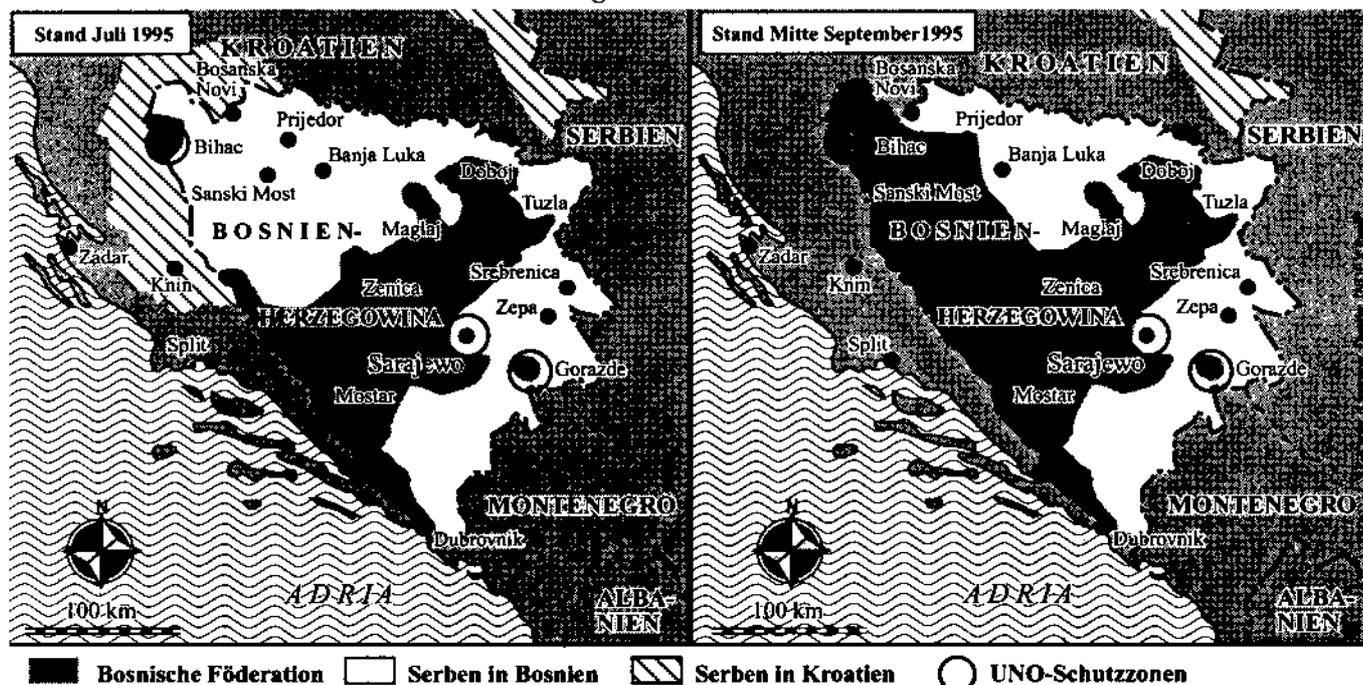
2) »International Herald Tribune«, 1.9.1995

3) »Washington Post«, 4.9.1995

4) Henry Kissinger, Eine fortdauernde Schwächung der Serben könnte gefährliche Folgen für den Weltfrieden haben, »Wams«, 10.9.1995

5) »New York Times«, 30.8.1995

## Mit westlicher Hilfe: Die Vertreibung der Serben aus Bosnien und Kroatien



Erhebliche Geländegewinne erzielten die Kroaten und Muslime bei ihrer Offensive in Nordwestbosnien: Sie eroberten bis zu 5000 Quadratkilometer Land zwischen Zenica und Bihać, das bisher von bosnischen Serben bewohnt wurde. Außerdem hat Kroatien die von Serben bewohnte Krajina an der Grenze zu Bosnien erobert.

### Die Lage in Serbien

Die Entscheidung der serbischen Regierung, den Serben in der Krajina und in Bosnien nicht zu Hilfe zu kommen, hing und hängt ebenso wie die Bereitschaft, die geschilderte Verhandlungslösung hinsichtlich Ostslawonien zu akzeptieren, ganz zentral mit der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Serbiens zusammen. Durch die Abspaltung Kroatiens und Sloweniens verlor Serbien schon bis zu 40 Prozent seines Exportmarktes. Noch wichtiger für die drastische Abwärtsentwicklung war aber der internationale Boykott. Ende November 1991 verhängte die EU ein Wirtschaftsembargo, am 30. Mai 1992 der UN-Sicherheitsrat ein vollständiges weltweites Embargo, das im April 1993 noch einmal verschärft wurde. Bis zum August 1994 wurden die direkten Schäden für das heutige Jugoslawien auf zirka 45 Mrd. Dollar geschätzt, die langfristigen Folgen dürften sich auf 147 Mrd. Dollar summieren. Deutlichster Ausdruck der Embargoschäden war in den Wintermonaten 1993/94 eine Hyperinflation, die monatlich 300 Mio. (!) Prozent betrug; im Dezember 1993 bekam man für einen Dollar 1,1 Mio. Dinar. Die Wirtschaft wurde praktisch nur noch durch Naturaltausch in Gang gehalten. Anfang des letzten Jahres lebten 85 Prozent der Bevölkerung unterhalb oder an der Grenze zum Existenzminimum. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen, das 1990 ungefähr 3000 Dollar betrug, lag Mitte 1994 nur noch bei 700 Dollar.

Anfang 1994 wurde deshalb ein drastisches Stabilitätsprogramm in Kraft gesetzt, welches die Inflation anfangs auch auf Null zurückführte. Inzwischen steigt sie aber wieder; in den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug sie 43,6 Prozent. Die wirtschaftliche Lage blieb auch insgesamt unverändert ernst. Im ersten Quartal 1995 lag die Industrieproduktion um 50,8 Prozent niedriger als im ersten Quartal 1991, wobei sich im letzten Jahr nach der teilweisen Aufhebung des Westembargos eine leichte Verbesserung von plus

1,3 Prozent abzeichnete. Die Industriekapazität war im Herbst 1994 gerade zu einem Viertel ausgelastet. Ende des letzten Jahres waren 44 Prozent der Arbeiter in Betrieben beschäftigt, die sich in Zahlungsschwierigkeiten befanden bzw. sogar Konkurs angemeldet hatten. Angesichts dieser katastrophalen Wirtschaftslage ist es für Serbien enorm belastend, daß nicht nur 76,2 Prozent des Haushalts der Bundesrepublik Jugoslawien für das Militär aufgewandt werden müssen, sondern jährlich außerdem zirka zwei Mrd. Dollar zur Unterstützung der Serben in Bosnien und in der Krajina.

Durch die großen Flüchtlingsströme sieht Serbien sich jetzt zusätzlichen Belastungen ausgesetzt. Das Interesse der serbischen Bevölkerung wie Führung an einer Beendigung des Krieges in Bosnien und die Hoffnung auf ein damit zusammenhängendes Ende des Embargos sind daher groß. Politisch bedeutet das, daß die Vertreter großserbischer Vorstellungen in Rest-Jugoslawien auf immer weniger Sympathie stoßen und ihre Position damit auch in Bosnien deutlich geschwächt wird. Charakteristisch dafür sind die Reaktionen in Serbien auf die kroatische Eroberung der Krajina und der Verlauf der Auseinandersetzung zwischen dem politischen Führer der bosnischen Serben, Karadzic, und deren Generalstabschef, Mladic. Was den ersten Punkt betrifft, so skandierten Anfang August während eines Spiels von »Roter Stern Belgrad« eine Reihe Fans zwar: »Slobo (Milosevic), Du hast die Krajina betrogen«, eine größere Protestwelle blieb aber aus. Während die radikal nationalistische Opposition früher Hunderttausende, gelegentlich sogar eine Million Menschen gegen die Regierung auf die Beine brachte, mußte sie sich trotz der Unterstützung durch die orthodoxe Kirche im Sommer 1995 mit einigen tausend begnügen.

Die Masse der Bevölkerung wünscht sich den Frieden und das Ende des Embargos und will angesichts der Übermacht des Westens keine weiteren Opfer für ein nebulöses Großserbien bringen...

## »Die ehrlichen Makler« (Ralph Hartmann)

Ralph Hartmann war von 1982 bis 1988 Botschafter der DDR in Jugoslawien. In dieser Funktion erlebte er die entscheidende Phase der jugoslawischen Krise bis an den Rand der bevorstehenden Auflösung der Föderation direkt vor Ort. Er kannte nicht nur Land und Leute, sondern war in seiner diplomatischen Funktion mit der bundesdeutschen Balkanpolitik hautnah konfrontiert. Seine Erfahrungen legte er zehn Jahre später in einem Buch nieder: »Die ehrlichen Makler. Die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien.« Zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien erscheint die vierte Auflage, von Hartmann aktualisiert und erweitert sowie mit einem Nachwort des letzten Außenministers der DDR, Oskar Fischer, versehen.

Der Titel nimmt Bezug auf den Eisernen Kanzler Bismarck, der die Balkankrise von 1878 auf dem Berliner Kongreß als »ehrlicher Makler« zu regeln versprach. Der Zerfall des osmanischen Reiches, hervorgerufen durch die kapitalistische Unterwanderung von Westen her, machte die südosteuropäische Region zu einem Spielball imperialistischer Interessen; diese galt es zu »makeln«, nicht die Belange der dort lebenden Menschen. Serbien wurde souveränes Königreich. Der deutsche Verbündete Österreich-Ungarn aber durfte sich Bosnien-Herzegowina herauschneiden, zunächst als Protektorat; die förmliche Annexion dieses Gebietes 1908 durch die Donaumonarchie rief eine der zahlreichen Balkankrisen hervor, mit denen letztlich der Erste Weltkrieg vom Zaun gebrochen wurde.

In unseren Tagen griff Klaus Kinkel diesen Begriff wieder auf, um die Balkanpolitik des frischgebackenen Souveräns Deutschland damit zu schmücken. Dieses Bild ins rechte Licht zu rücken und die Kontinuität rassistischer Verachtung »südslawischer Hammeldiebe« (S. 20) zu zeigen, ist die eine Aufgabe, die sich Hartmann in seinem Buch stellt. Als Kenner und Sympathisant Jugoslawiens geht es ihm aber auch darum, Wechselwirkung und Gewichtung innerer und äußerer Faktoren bei dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens zu analysieren. Hierbei verzichtet er wiederholt darauf, »letzte und unumstößliche Wahrheiten« zu verkünden, da sie ihm aufgrund der komplexen Verhältnisse nicht möglich seien. Dies ist grundsätzlich nicht von der Hand zu weisen. Das Buch bietet dennoch ausgezeichnete Argumentationshilfen gegen die in westlichen Presseerzeugnissen grassierende Dämonisierung des serbischen Nationalismus, das heißt das bewußte Verschweigen von Zusammenhängen und Hintergründen.

Im Vorwort beschreibt Hans Modrow Struktur und Stil der Darstellung: »Anhand einer Fülle von Tatsachen und Dokumenten untersucht das Buch die Jugoslawienpolitik der Bundesrepublik seit dem Ausbruch der Krise. Bewußt verzichtet es auf eine herkömmliche, dem interessierten Zeitzeugen weitgehend bekannte chronologische Darstellung. Statt dessen führt es, losgelöst von den zeitlichen Abläufen, den Leser scheinbar kreuz und quer, aber mit sicherer Hand und Blick für das Wesentliche ebenso wie für das Wissenswerte und Aufschlußreiche durch die Phasen der von dichten propagandistischen Nebelwolken verhüllten bundesdeutschen Einmischungspolitik und legt ihre Formen und

Methoden ebenso wie ihre Motive und Folgen dar. Chronologisch geordnet sind nur die Abschnitte, die sich mit der Politik des Deutschen Kaiserreiches und des Dritten Reiches gegenüber den südslawischen Völkern, vor allem den Serben, befassen. Sie erhellen den historischen Hintergrund, vor dem die heutige Jugoslawienpolitik der Bundesrepublik noch plastischer erscheint und ohne den sie nicht ausreichend bewertet werden kann.« (S. 9).

Unvermittelt geht Hartmann vom Ende des Zweiten Weltkriegs auf die Ereignisse nach dem Tode Titos über, die zur Auflösung Jugoslawiens führten. Seine zentrale Fragestellung lautet: »Wie konnte ein solcher Absturz eines ganzen Landes möglich werden, was sind die Gründe für den Zerfall der jugoslawischen Föderation?« (S. 76). Sieben Gründe sind für ihn maßgebend, zunächst folgende fünf: 1. Ein in Europa beispielloser Flickenteppich von Nationalitäten auf so engem Raum; 2. die aus der Geschichte überkommenen beträchtlichen Entwicklungsunterschiede; 3. die Kompe-



tenzstreitigkeiten im Verhältnis der Föderation zu den Teilrepubliken; 4. die nicht geleistete Aufarbeitung von Nationalismus und Separatismus, insbesondere im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg (zum Beispiel Ustascha-Terror); 5. die Zersetzung des Bundes der Kommunisten.

**WIEDER AUF DEM WEG NACH JUGOSLAWIEN: DEUTSCHE SOLDATEN. IN GRIECHENLAND ERHIELTEN SIE EINEN KOMMENTAR AUF IHREN WAGGON GESCHRIEBEN.**

An dieser Stelle zieht er den Schluß: »Jugoslawien war von innen heraus zerbrochen. Doch äußere Prozesse, Kräfte, Faktoren wirkten mit, zumindest beschleunigten sie den Untergang der Föderation. Setzen wir also die Numerierung fort, wohl wissend, daß gewollte Systematisierung zu ungewollter Vereinfachung führen kann.« (S. 92). Er fährt in der Auflistung von Gründen fort: 6. die Schuldenfalle und der Internationale Währungsfonds (IWF); 7. der Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers. Zu dem letzten Punkt schreibt Oskar Fischer im Nachwort: »Zugrunde gegangen ist das, was wir vorschnell und zukunftsgläubig als »Weltsystem« bezeichnete, zerbrochen ist die jugoslawische Föderation – in einem schrecklichen und blutigen Bürgerkrieg. Untergegangen ist sie an ihren eigenen Widersprüchen und Gebrechen.« (S. 235).

Dieser die inneren Faktoren doch zu einseitig betonenden Sicht ist allerdings entgegenzuhalten, daß das multiethnische Projekt Jugoslawien auf sozialistischer Grundlage

über Jahrzehnte erfolgreich war. In der letzten Ausgabe der »Arbeiterpolitik« schrieben wir, daß »... es erstmals in der Geschichte Jugoslawiens gelungen (war), die Differenzen zwischen den verschiedenen Völkern des Landes so weit zu verringern, daß sie im täglichen Leben keine wichtige Rolle mehr spielten.« Die meisten Jugoslawien-UrlauberInnen, die meisten KollegInnen von jugoslawischen ArbeitsmigrantInnen aus früheren Jahren werden dies bestätigen. Jugoslawien lag aber nicht auf einer einsamen Insel, sondern mitten in Europa zwischen den Blöcken. Die sich in den achtziger Jahren zunehmend verschärfenden inneren Konflikte standen in Wechselwirkung mit der wirtschaftlichen Lage des Landes, dem kapitalistischen Umfeld und beständiger äußerer Einmischung.

Auf das »deutsche Schuldkonto« freilich kommt Hartmann im folgenden wieder ausführlich zurück. Auch für ihn steht vor dem Hintergrund der differenziert gezeichneten jugoslawischen Realität fest, daß die BRD mit der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens 1991 die Büchse der Pandora öffnete, deren Übel sich über Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Serbien ergossen. Der Versuch am Ende des Buches, Vorschläge für internationale Regelungen der Folgen zu machen, ist für einen ehemaligen Diplomaten wohl ein Muß. Insgesamt liegt hier eine flüssig und detailreich geschriebene Darstellung vor.

Ralph Hartmann, *Die ehrlichen Makler. Die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien*, 4. Aufl., Berlin 1999, 255 Seiten, 24,80 DM. 1.6.1999 ■

## KORRESPONDENZEN

■ BREMEN:  
NPD-AUFMARSCH AM 1. MAI VERHINDERT

### »Vom 1. Mai zum 1. Mai – alle Tage nazifrei«

Als die NPD ihre bundesweite Großdemonstration zum 1. Mai in Bremen bekanntgab, war klar, dass es mit der Beschaulichkeit der 1.-Mai-Demonstration und Kundgebung der letzten Jahre für diesmal vorbei war. Die besondere Provokation lag in dem Vorhaben, mit ihren NPD-Anhängern und »freien Kameradschaften« durch den bevölkerungsreichen Stadtteil Osterholz mit 38 Prozent Ausländeranteil zu marschieren. Mit der Kundgebung vor Bremens größtem Betrieb, dem Daimler-Chrysler Werk, wollten sie die Beschäftigten ansprechen. So verteilten sie türkisch/deutsche Flugblätter, unter anderem mit der Aussage: »Nicht wie die Funktionäre von AFB, SPD, PDS, CDU, und den Grünen sowie die DBG-Bonzen, die sich fernab der Arbeiterwohnungen im feinen Bremer Bankenviertel Domshof versammeln, sondern direkt bei den Werkträgern will die NPD unter der Losung »Arbeit zuerst für Deutsche« demonstrieren«.

Im Februar schon bildete sich ein Bündnis »Kein Naziaufmarsch in Bremen« von PDS über Antifa-Gruppen zu linken Gruppen. Die Grünen hatten sich nach anfänglichem Interesse unter einem Vorwand zurückgezogen. Im Bündnis setzte sich die Meinung durch, den NPD-Aufmarsch gemeinsam mit den Gewerkschaften zu verhindern. Zustande gekommen sind Kontakte mit aktiven Kollegen von Daimler-Chrysler und dem Zentralkrankenhaus Ost, die sich keine ausländerfeindlichen Sprechchöre vor ihrem Betrieb bzw. »Jetzt oder nie – Euthanasie« vor ihrem Krankenhaus anhören wollten.

Ganz anders der Bremer DGB: Er entschied auch schon im Februar, die Mai-Demonstration und Kundgebung wie sonst auch in der Innenstadt durchzuführen – weit entfernt von den Wohnvierteln der arbeitenden Bevölkerung und vom Bremer Osten, wo die NPD sich angekündigt hatte. Er verschwieg seine Entscheidung und berief dreimal einen gewerkschaftlichen Ratschlag ein, um über das Vorgehen am 1. Mai zu beraten, so als sei noch alles offen. Die DGB-Kreisvorsitzende und die anwesenden Gewerkschaftsvorstände

der IG Metall und der Gewerkschaft der Polizei malten Schreckensbilder von drohenden Straßenschlachten. »Gewaltbereite Autonome« wurden als Feindbild aufgebaut, von denen sie sich im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder und Bürger abgrenzen müßten. Die Gewerkschafter sollten der NPD die »kalte Schulter zeigen«. Auf der Kundgebung sollten die Redner für ein »weltoffenes« Bremen werben und zum Rechtsradikalismus Stellung beziehen.

Die überwiegende Mehrzahl der auf dem Ratschlag anwesenden Gewerkschafter und übrigen Gruppen wie VVN, »Falken« usw. sprachen sich in heftigen Diskussionen dafür aus, die Verbundenheit mit den betroffenen Menschen im Stadtteil und dem Bündnis auszudrücken und die Mai-Veranstaltung des DGB an den Ort des Geschehens zu verlegen. Eine Kollegengruppe bei DaimlerChrysler hatte selbst eine Kundgebung gegen den NPD-Aufmarsch vor ihrem Werkstor angemeldet. Vertreter aus GEW und HBV sowie Gewerkschafter einiger IGM-Betriebe hatten nach Beratung in ihren Gremien auch beschlossen, die DaimlerChrysler-Kollegen zu unterstützen. Auch schriftlich wurde u. a. von der Arbeitsloseninitiative der IG Metall, der Jugendvertretung von Daimler-Chrysler und der Gesamtschülervertretung die Unterstützung der Gewerkschafter und der Bevölkerung vor Ort dringend angemahnt.

Die Empörung war groß, als die Verarschung herauskam, daß die übliche Innenstadt-Demo längst vor dem ersten Ratschlag beschlossen war.

### Medienkampagne auf der einen Seite ...

Schlagzeilen im »Weser Kurier«: »Klein Belfast an der Weser« und in »Bild«: »Straßenschlacht am 1. Mai: Jetzt rüsten die Linken auf« mit »passenden« Fotos von anderen Anlässen stimmten die Bevölkerung auf das kommende Großereignis ein. Panikmache betrieben auch der DGB und Teile der Gewerkschaftsführung, indem sie in der Presse und ihren Funktionären gegenüber zur »friedlichen Maifeier« mit Bürgern und Gewerkschaftern auf dem Marktplatz aufriefen, während sie vor den »Straßenschlachten mit den Rechten« warnten, die bei der Bündnis-Demonstration zu erwarten seien. Der DGB warnte davor, daß bei Auseinandersetzungen das Vorhaben der Rechten aufginge, sich als disziplinierte



Saubermänner zu präsentieren. Aus welchen inhaltlichen Gründen Gewerkschafter gegen die NPD auftreten, thematisierte der DGB nicht. Da wundert es nicht, dass auch in großen Metallbetrieben der Standpunkt der Gewerkschaftsführungen aufgegriffen wurde und eher die »gewaltbereiten Autonomen« und nicht die Neonazis zum Thema gemacht wurden.

### **Inhaltliche Vorbereitung und Mobilisierung auf der anderen**

Die aktiven Kollegen bei DaimlerChrysler und das Bündnis »Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen« setzten sich dafür ein, den Nazis »nicht die Straße zu überlassen«. Diese Forderung beruht auf der Erfahrung, daß große Aufmärsche ein wichtiges Mobilisierungsinstrument der Rechten sind. Durch machtvolle Umzüge mit Fahnen und Trommeln wollen die Rechten Kraft ausstrahlen, mit ihrer sozialen Demagogie die Ausgegrenzten ansprechen und sich als Alternative zu den bürgerlichen Parteien darstellen, die versagen. Wenn solche Aufmärsche ungestört stattfinden, wird die Aktionsfähigkeit der Nazis unter Beweis gestellt und den Teilnehmern ein Gemeinschaftserlebnis geboten, das Sympathisanten fester an die faschistischen Organisationen bindet und orientierungslose und enttäuschte Menschen anziehen kann. Diese Gelegenheit, sich öffentlich darzustellen und für sich zu werben, wollen die Antifaschisten den rechten Demagogen und Gewalttätern nicht geben. Wenn staatliche Stellen solche Aufmärsche stattfinden lassen und Polizei sie schützt, können Antifaschisten durch ihre Gegenaktionen immer noch erreichen, daß die Rechten kein Erfolgserlebnis dabei haben: Wenn sie ihre angemeldete Route nicht oder nur teilweise durchsetzen können, bedrängt, von der Bevölkerung und den

Antifaschisten beschimpft werden und mit dem Eindruck nach Hause fahren müssen, unerwünscht zu sein. Den Menschen in den betroffenen Stadtvierteln wird deutlich gemacht, daß andere politische Kräfte da sind. Daß der DGB genau das nicht tut, ist die inhaltliche Kritik – neben der Kritik an der Diffamierung der Antifaschisten – am Aufruf des DGB in die Innenstadt.

Die aktiven DaimlerChrysler Kollegen trugen der Herausforderung Rechnung, indem sie vor ihrem Werk den Nazis den Platz streitig machen wollten. Dazu mobilisierten sie in den Gewerkschaftsgremien, im Betriebsrat und in der Belegschaft, zum Beispiel auf der Betriebsversammlung. Die Beschlüsse des Betriebsrats und Vertrauenskörpers wurden dort bestätigt und veröffentlicht. Ein Aufruf der aktiven Daimler-Kollegen wurde von vielen Funktionären – auch anderer Gewerkschaften – unterschrieben. Eine gemeinsame Zeitung »Kollegen von Daimler informieren« und der Betriebszeitung der IG Metall wurde genutzt, um sich mit den demagogischen Aussagen der NPD inhaltlich auseinanderzusetzen. Denn bei Kollegen verfangen manche Forderungen der Rechten.

Das antifaschistische Bündnis »Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen« rief bundesweit

Antifaschisten auf, sich an der Gegendemonstration zu beteiligen. In Bremen wurden inhaltliche Veranstaltungen zur NPD und ihren Methoden in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt, unter anderem dort, wo die NPD marschieren wollte. Dort hatten sich lokale Initiativen im Freizeitheim, im Arbeitslosenzentrum usw. gebildet. Lehrer wandten sich an die Behörden, erschreckt von den Ängsten unter den Kindern. Ein Solidaritätsfest wurde in Osterholz-Tenever geplant, zur Mobilisierung vor Ort veranstaltete das Bündnis zwei kleine Demos, durch die auf die bevorstehende Demonstration hingewiesen wurde – den Flugblättern der Rechten wurden eigene entgegengesetzt. Durch die Präsenz im Stadtteil wurde der Bevölkerung vermittelt, mit ihren Ängsten vor den Rechten und ihrer Wut nicht allein gelassen zu sein. Das antifaschistische Bündnis war entschlossen, auch im Falle eines Verbotes die Mobilisierung aufrechtzuerhalten und gegen die NPD zu demonstrieren. Es rechnete bis zuletzt mit der Genehmigung des Marsches und orientierte darauf, sich in jedem Falle am 1. Mai im Stadtteil zu treffen.

### **Die Daimler-Kollegen bleiben standfest: In der Bevölkerung gegen die NPD**

Der Entscheidung des Betriebsrates und Vertrauenskörpers von DaimlerChrysler, am Ort des NPD-Aufmarsches präsent zu sein, trug die IG-Metall-Führung Rechnung. Im Arbeitskreis Bremer Vertrauensleutevorsitzender wurde den Kollegen freigestellt, was sie machten. Trotzdem führte die von der Führung verbreitete Stimmung dazu, dass Kollegen fürchten mußten, daß es zu einer Straßenschlacht kommen würde. So riefen viele zu beiden Standorten auf. An Infoständen der IGM auf Wochenmärkten wurden dann gar Flugblätter mit drei verschiedenen Orientierungen angeboten: Der DGB rief



zum Marktplatz auf, die VK-Leitungen von Daimler und den Stahlwerken zum Marktplatz oder Daimler-Tor und die Flugblätter des Bündnisses »Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen« zum Krankenhaus Ost. Der DGB war sich nicht sicher, daß genügend Bremer Gewerkschafter den Marktplatz füllen würden. So wurde von Verwaltungsstellen aus dem Umland aus Anlass des Naziaufmarsches für die Teilnahme am 1. Mai in Bremen geworben und Busse zur Marktplatzkundgebung organisiert. Von anderen Möglichkeiten, in Bremen gegen die Rechten aufzutreten, erfuhren diese Kollegen nur, soweit sie direkten Kontakt zu Bremer Kollegen hatten, zum Beispiel in Delmenhorst.

### **Starke Mobilisierung führt zum endgültigen Verbot des NPD-Aufmarsches**

Als das Verbot der NPD-Demonstration ausgesprochen war, mußte dennoch befürchtet werden, daß die NPD auf dem Weg durch die Gerichte am Ende Erfolg haben würde. Erst am Abend des 30. April stellte sich heraus, daß die NPD-Demonstration und Kundgebung nicht nur im Bremer Osten, sondern auch an den alternativen Kundgebungsorten in Bremerhaven, Oldenburg und Hannover verboten blieben. Die Polizei gab vor Gericht an, sie könne bei 5000 angekündigten NPD-Anhängern und mehr als 10.000 erwarteten Gegendemonstranten nicht die öffentliche Sicherheit garantieren. So hat die starke bundesweite Mobilisierung von Antifaschisten und vom entschiedenen Teil der Gewerkschafter zum Verbot geführt. Für viele Gewerkschafter war damit der Grund entfallen, etwas tun zu müssen.

Mit dem NPD-Aufmarsch wurden auch alle Gegendemonstrationen und Kundgebungen im Bremer Osten verboten, abgesehen vom Solidaritätsfest auf einem Spielplatz in Osterholz-Tenever, in gewisser Distanz zur Demonstrationsroute. Die organisierende Kollegengruppe von Daimler-Chrysler erreichte nach dem endgültigen Verbot des NPD-Aufmarsches bei der Polizei aber die Duldung einer Kundgebung an der Straßenbahnhaltstelle in der Nähe des Daimler-Tors. Sie machte ein besonderes Interesse als direkt Betroffene glaubhaft. Damit ermöglichte sie den antifaschistischen Kräften des Bündnisses, sich doch »legal« zu versammeln.

### **Getrennte Wege von Antifaschisten und Gewerkschaftern**

Am Morgen des 1. Mai fanden sich alle, die an einem Auftreten im Bremer Osten festhielten, an diesem Kundgebungsort ein: Gewerkschafter, vor allem Funktionäre mit dem 2. Bevollmächtigten der IG Metall, geschart um den Demo-Wagen der Daimler-Kollegen und die meist jugendlichen Antifaschisten vom Bündnis gegen den NPD-Aufmarsch mit ihrem eigenen Demo-Wagen. Der erste Redebeitrag eines Betriebsrats der Stahlwerke machte gleich die Richtung klar: Nun, wo wir mit dem Verbot des NPD-Aufmarsches in Bremen den Sieg davongetragen haben, können wir getrost eine Demonstration der Kollegen zum Marktplatz machen, um dort mit allen anderen den 1. Mai zu feiern. Mehrere Funktionäre schlossen sich ihm an. Der Geschäftsführer der HBV Bremen kritisierte das Festhalten des DGB am Marktplatz als einzigem offiziellen Kundgebungsort – und schlug dann vor, dass die Kundgebungsteilnehmer als Anti-Kriegs-Block zu der Kundgebung am Marktplatz stoßen sollten. Obwohl die meisten Demonstranten vom Bündnis mobilisiert worden waren, wurden sie in die Kundgebung nicht einbezogen, nicht einmal angesprochen.

Über den eigenen Lautsprecher unterbrach das Bündnis schließlich einen Redner und rief auf, sich zu einer Demonstration auf die Straße zu begeben, um mit der Bevölkerung des Bremer Ostens den Erfolg zu feiern, dass der Aufmarsch der NPD verhindert worden war. Hier trennten sich die Wege: Der eine Zug nahm nach Osten Aufstellung, der andere in Richtung Innenstadt. Erst später wurde deutlich: der Zug zum Marktplatz bestand aus etwa 150 Leuten, andere nahmen die Straßenbahn.

Etwa 3000 vor allem junge Menschen reihten sich in den Zug nach Osterholz ein, nicht wissend, wie die Polizei sich verhalten würde, die sich an der Zufahrt zum Daimler-Tor mit Wasserwerfern und Mannschaftswagen bereit hielt. Noch während der ersten Etappe wuchs der Zug weiter an, weil immer noch weitere Grüppchen den Weg zu ihr fanden. Als der Zug von der Polizei gestoppt wurde, begann eine lange Zeit des Wartens, während die Demo-Leitung mit der Einsatzleitung verhandelte, die Demonstranten durchzulassen. Als schließlich bekanntgegeben wurde, daß die Polizei-



führung die spontane Demonstration auf einer Strecke erlaubte, die der geplanten NPD-Route entsprach, war der Jubel groß. Und dann begann der neun Kilometer lange Marsch durch einen Teil von Osterholz, dem sich noch weitere Gruppen, zum Beispiel zunächst aufgehaltene Busse mit auswärtigen Antifaschisten und auch einzelne Menschen aus dem Stadtteil anschlossen. Fast 4000 Teilnehmer wurden gezählt, der DGB zog auf dem Marktplatz zirka 3000 an. Der Zug passierte Einfamiliensiedlungen, Wohnblocks und einige Hochhäuser. Im Vorgarten las manch einer ein Flugblatt, von Hochhausdächern sahen Menschen zu, von Balkonen winkten Menschen. Vor dem Krankenhaus Ost sahen Kollegen in Arbeitskleidung dem Zug zu. Dabei war das vorherrschende Erscheinungsbild, durch teilweise vermummte schwarze Blocks, für die Bewohner sicher fremd. Auch einige Redebeiträge aus dem Lautsprecher waren nicht dazu angetan, die Bevölkerung zum Mitmachen zu bewegen. Es herrschte aber eine fröhliche Atmosphäre. Es gab keine Provokationen und Randalen, lediglich einige Wahlplakate mussten dran glauben. Bei der Rückkehr – am geplanten Kundgebungsort der NPD vorbei – zum Ausgangspunkt konnte man erstmals den langen Zug ganz überblicken. Er wäre noch größer gewesen, wenn alle Busse aus anderen Städten ihr Ziel erreicht hätten, denn von überall her waren junge Antifaschisten dem Ruf der Bremer Organisatoren gefolgt, den Nazis nicht die Straße zu überlassen.

Bei der Abschlußkundgebung wurde nochmals auf die positive Rolle der Daimler-Kollegen bei der Vorbereitung der Aktion hingewiesen. Sie hatten die Kundgebung durchgesetzt und damit die Demonstration in der Bevölkerung ermöglicht. Nicht den Nazis gehörte die Straße, sondern den vielen jungen Antifaschisten.

### Die Bremer Gewerkschaftsführung: Sonntagsreden statt Auseinandersetzung

Der DGB und die Führungen der meisten Einzelgewerkschaften haben im Vorfeld dieses 1. Mai auf das polizeiliche und gerichtliche Verbot der NPD-Demonstration gesetzt. Die politische Auseinandersetzung mit den Rechtsradikalen, die von Politikern anstelle von Verboten eingefordert wird, bestand für sie in plakativen Aufrufen zur Toleranz gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien und den »Bürgern«. Als Redner auf der Mai-Kundgebung lud der DGB den Bundestagsabgeordneten der Grünen, Özdemir, ein. Er wand sich um eine Stellungnahme gegen den Krieg herum, während die übrigen Redner gegen den Krieg Stellung bezogen.

Die Gewerkschaftsführung offenbarte ihre Ferne von den Problemen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen im Bremer Osten – und anderswo. Sie offenbarte vor allem ihre Ferne von der antifaschistischen Jugend, der die öffentliche Zurückweisung der Nazis ein dringendes Anliegen war und die sich weder durch Beschimpfungen noch durch Taktik von ihrem Vorhaben abbringen ließ. Die Gewerkschaftsführung hat die Chance vertan, die Mobilisierung der Gewerkschafter und der politischen Jugend in Bremen für eine wichtige gemeinsame Aktion zu nutzen und damit zu zeigen, dass sie rechtem Gedankengut unter Gewerkschaftsmitgliedern durch solidarisches Auftreten offensiv und überzeugend entgegentritt.

Der DGB muß sich damit aber die Frage gefallen lassen, die eine Kommentatorin am nächsten Tag stellte: »... Was wäre eigentlich gewesen, wenn die auf den Durchschnittsbürger oft chaotisch wirkenden Linken nicht zu einer Gegen demonstration bundesweit aufgerufen hätten? ...« Sie benennt die Folgen, wenn es den Rechten erlaubt wird, mit ihren Aufmärschen Angst und Schrecken um sich zu verbreiten.

### Nachspiel in der IGM – Bremen

Die IG Metall hatte am 1. Mai die Leitung der Kundgebung den Daimler-Kollegen aus der Hand genommen und den Beschluss des Vorstands auch bei ihnen letztlich durchgesetzt: Jetzt geht es zur Kundgebung auf dem Marktplatz. In der folgenden Vertreterversammlung der IG Metall haben Kollegen von DaimlerChrysler noch einmal die Stimmung vor dem 1. Mai angesprochen: Sie waren als Radikalinskas, als Spalter der Gewerkschaftseinheit hingestellt worden, weil sie zum Tor von Daimler aufgerufen hatten. Die IGM-Führung klopfte sich dagegen selbst auf die Schulter: Alle gemeinsam, sie, Schüler und das Bündnis usw. hätten den Aufmarsch verhindert. In Wirklichkeit war der Gewerkschaftsführung die Mobilisierung der Mitgliedschaft und der Bevölkerung gegen die Rechtsradikalen ein Greuel. Auf die Frage, wie es gegen die NPD weitergehe, antwortete der Bevollmächtigte: Es gebe für die Jugend keine Antwort auf die existenziellen Fragen, deshalb gebe es auch Ausländerfeindlichkeit unter Gewerkschaftsmitgliedern – doch die IG Metall könne nicht ständig mit Neonazis Schnitzeljagd

betreiben und sich durchs Dorf treiben lassen; »*wir müssen ständig soziale Politik betreiben und die Mitglieder aufklären*«. Diese Aussagen sind keine Antwort auf die Probleme.

### **Der nächste Nazi-Aufmarsch: Pfingstsonntag in Bremen**

Anlässlich der bevorstehenden Wahl in Bremen gab es weitere Mobilisierungsversuche der NPD. In dem nördlichen Stadtteil Blumenthal marschierten am 23. Mai ganze 85 NPD-Leute unter dem Schutz der Polizei. Über 1000 protestierende Antifaschisten trugen dazu bei, daß die Neonazis ihr ursprüngliches Ziel nicht erreichten, sie konnten aber auf halbem Wege eine kurze Kundgebung abhalten und ungehindert wieder abreisen. Mehr als 1000 Polizisten schützten einmal mehr die Rechten. So war auch für neue Demonstrationssteilnehmer sichtbar, was Antifa-Gruppen längst kennen: Der Staat schützt die Rechten und die, die ihnen entgegen-treten, werden von der Staatsgewalt abgeblockt, diffamiert und häufig sogar zusammengeschlagen. 5.6.1999 ■

### ■ 1. MAI 1999 IN GÖTTINGEN

## **Schimpf ihn, tritt ihn, den Minister!**

An einem Samstag ist der 1. Mai erst recht ein "freier" Tag. Mit einem Vorabend, an dem in Göttingen soviel Veranstaltungen offeriert wurden, daß Taxifahrer von einem Betrieb wie zu Sylvester sprachen. Wozu sich dann morgens gegen elf Uhr zur Maikundgebung auf dem Marktplatz aufmachen, wenn die Strapazen des Nachtausflugs Erholung erheischen. Auch der lange vor dem Kriegseintritt angeforderte Bundesumweltminister Trittin änderte als prominentes Mitglied des Bonner "Kriegskabinetts" daran nichts, zumindest was Zulauf und Interesse anbetrifft. Sorgte vor zwei Jahren die ÖTV-Tarifrunde für eine erstaunliche Teilnahme vieler Beschäftigter aus den kommunalen Betrieben und einen ausgefüllten Platz vor dem alten Rathaus der Stadt, blieb trotz der zugespitzten politischen Lage ein ähnlicher Effekt diesmal aus. Unter wolkenlosem Himmel erschienen nur an die tausend Menschen mit einem Kern politisch "Hartgesotterer", die erwartungsgemäß ihrem Unmut über die Kriegspolitik der amtierenden rosa-grünen Bundesregierung lautstark und mit entsprechenden Transparenten Ausdruck gaben.

Trittin als exponierter Vertreter der Grünen und Wahlkreisabgeordneter dieser Partei, die bei der letzten Bundestagswahl in der Stadt 16,1 %, im Kreis 10,6 % der Zweitstimmen erhielt, wich der erwartbaren Konfrontation nicht aus. Schon sein Erscheinen auf der Ladefläche des Bühnen-LKW's in der Nähe des Mikrofons setzte ein real schrilles Dauerpfeifkonzert in Gang, das er in der Annahme akustischer Unterlegenheit mit lauthals angestrenzter Stimme zu übertönen wähnte. Bei etwas räumlicher Distanz zum Pfeifklangkörper war seine Rede jedoch problemlos zu verstehen: Der DGB hatte für saubere und effiziente Technik gesorgt. Vermischt mit "Hau ab"-Sprechchören und unentwegter Pfeiferei begann Trittin seine Rede, in der er anfangs gleich "der Legende" entgegneten wollte, die Vertreibungen im Kosovo "wären erst nach Beginn der Bombardierungen in Gang gekommen." Er gestand ein, wie die anderen Verantwortlichen einer Fehleinschätzung der Reaktion "Milosevics" erlegen zu sein. Man glaubte, wie bei allen früheren Drohungen, an einen erneuten Rückzieher der Belgrader

Regierung. Auch wäre die Zustimmung zu den Bombardierungen nur unter Ausnahme von Heizkraftwerken und anderen zivilen Einrichtungen gemeint gewesen. Da Trittin das "linke" Göttinger Publikum kennt und Rassismus ein schlimmes Wort ist, bezeichnete er das Belgrader Regime (den üblichen Bezug auf den "Schurken" Milosevic wollen wir hier nicht wiederholen) mehrmals als rassistisch. Irritationen bei den unentwegten Pfeifern löste das nicht aus.

Im zweiten Teil stellte Trittin die sozialen Berichtigungen der neuen Regierung (Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, Kindergelderhöhung, 630 DM Gesetz gegen Scheinselbstständigkeit) heraus und versuchte erstmals - er kennt das Publikum - zu kontern: Die da pfeifen würden, hätten mit den Existenznöten Lohnabhängiger wenig am Hut. (Da ist was dran, zumindest was die politische Ansprache und Berücksichtigung unmittelbarer Interessenlagen anbetrifft). Die Beschwörung hunderttausender Arbeitsplätze durch den ökologischen Umbau konnte dann nicht ausbleiben. Das neoliberale Märchen von der verbilligten "Arbeit", was nur wertgeminderte Arbeitskraft heißt und stillschweigende Umverteilung zugunsten der Unternehmer, aber nicht zusätzliche Einstellung weiterer Arbeitskräfte bewirkt, durfte da nicht fehlen. Dies verkündeten die Grünen schon länger, und vielleicht feixten deswegen etliche stadtbekanntes Sozialdemokraten am Rande der Veranstaltung, denn sie wollen an das gleiche Märchen glauben machen.

Ein Vertreter des "Göttinger Aktionsbündnisses gegen den Krieg" konterte anschließend daran so lang wie ausführlich die Sichtweise des Bundesumweltministers. Obwohl Beifall nicht ausblieb, wurde die spürbar eingetretene Ermattung beim Publikum nach der "Zugnummer" des Tages dadurch eher gefördert, denn der aus Ohnmacht aufgestaute Frust gegen die Kriegsverbrecherpolitik der vorhergehenden Wochen hatte ja nun ein Ventil gefunden.

Der sichtlich erschöpfte Trittin mag an diesem Tag eine besondere Feuerprobe für seine Sache bestanden haben. Ob die aus purer Wut oder Enttäuschung eifernden "Kriegsgegner" mehr als nur eine Haltung an den Tag legen können, die effektiv politisch aufklärt und eine bewußt antikapitalistische Opposition schaffen hilft, welche mit langem Atem einem Übergang in Jahrzehnte der innen- und außenpolitischen Drangsal unter imperialistischer Führung der USA entgegneten will, ist nach bisheriger Erfahrung eher skeptisch aufzufassen. H., Gö. ■

### ■ HANAU

## **Bisher vereinzelte Aktivitäten**

**Bereits in der ersten Kriegswoche forderten der Vorsitzende des DGB Main-Kinzig/Offenbach und der Erste Ortsbevollmächtigte der IG Metall Hanau/Fulda in einer gemeinsamen Presseerklärung das sofortige Ende des NATO-Krieges gegen Jugoslawien und die Aufnahme gleichberechtigter Verhandlungen. Auch die traditionelle, vom DGB mitorganisierte Ostermarschveranstaltung am Karfreitag in der Nachbargemeinde Bruchköbel stand im Zeichen dieses Krieges. Von der Bühne hing ein Transparent mit der Aufschrift: »Nieder mit der NATO! Nieder mit dem Imperialismus!« Hauptredner war der PDS-Vertreter Manfred Coppik aus Offenbach (früher SPD, dann Mitbegründer der »Demokratischen Sozialisten«). Hanauer Grüne verlasen eine Resolution**

gegen den Krieg (eine Position, die auf dem Parteitag in Bielefeld erneut vorgebracht wurde, bisher aber nicht zu weiteren Konsequenzen führte). Zahlenmäßig war die Beteiligung jedoch nur gut doppelt so stark wie in den letzten Jahren.

Zur Kundgebung am 1. Mai war das Hanauer Gewerkschaftshaus mit Plakaten der örtlichen IG Metall übersät, die Protest gegen Krieg zum Ausdruck brachten. Als Hauptredner sprach das Vorstandsmitglied Horst Schmitthener von der IG Metall, Mitunterzeichner des Aufrufs »NATO-Angriffe sofort beenden!«. Flugblätter mit dem Text dieses Aufrufs hatte der DGB Main-Kinzig/Offenbach massenweise auf offiziellem Papier mit seinem Logo gedruckt. Sie wurden verteilt und von den meisten KollegInnen umstandslos entgegengenommen, von einigen auch unterzeichnet. Mit dieser Ausrichtung von Ostermarsch und 1. Mai sowie dem Einsatz eines Busses der IG Metall zur Demonstration in Berlin am 8. Mai waren die gewerkschaftlichen Aktivitäten aber auch schon weitgehend erschöpft.

Ansonsten engagierte sich bisher nur das »Hanauer Bündnis gegen Rechts«. In zwei Diskussionsveranstaltungen und durch Verteilung von Flugblättern in der Innenstadt wurde versucht, den weitgehend einseitigen Presseveröffentlichungen in der BRD etwas inhaltlich entgegenzuhalten. Auf eine örtliche Demonstration wurde bisher verzichtet in der Einschätzung, daß die Kraft dafür noch nicht ausreicht. Von der Stärke der Friedensbewegung zu Zeiten des Protestes gegen die Startbahn-West am Frankfurter Flughafen und gegen die ehemals hier befindliche Atomindustrie ist Hanau derzeit noch weit entfernt.

1.6.1999 ■

## ■ DER »ERSTE MAI« IN SIEGEN

### Die Provinz ist voller Leben

Wie seit 1993 üblich, fanden in Siegen wieder zwei Maifeiern statt. Auf der Maifeier des DGB, die mit einem Demonstrationzug von der Unterstadt zur Oberstadt ihren Auftakt nahm, sprachen bei der abschließenden Kundgebung der hiesige DGB-Kreisvorsitzende und Klaus Lang von der Vorstandsverwaltung der IG Metall.

Der »Rote Erste Mai« beginnt zeitlich später mit einem Demonstrationzug durch die Unterstadt, an der traditionell sehr viele Kurden teilnehmen. Die abschließende Kundgebung mit Redebeiträgen von Joachim Bischoff (PDS, als Hauptredner), den örtlichen Organisatoren und einem Kulturteil wurde ebenfalls in der Unterstadt durchgeführt.

Aktive GewerkschafterInnen nehmen in der Regel an beiden Veranstaltungen teil. Auch der eine oder andere Hauptamtler wurde auf beiden Veranstaltungen gesehen. Die Veranstalter des »Roten Ersten Mai« (u.a. Junge Grüne, Jusos, Die Falken, Arbeitsgemeinschaft Siegerländer Friedensinitiativen [AGSF], linke Hochschulgruppen) sehen ihre Veranstaltung nicht als Konkurrenz, sondern als Alternative zu der wenig kämpferischen DGB-Maifeier. Die Beteiligung an beiden Veranstaltungen war ungefähr gleich groß.

Bei der DGB-Maifeier spielte der Krieg gegen Jugoslawien keine große Rolle. Er wurde zwar in den Redebeiträgen erwähnt und dann im Sinne der Erklärung des DGB-Bundesvorstandes bewertet. Bei der Demonstration wurde ein Transparent gegen den Krieg mitgeführt. Auf dem Kundgebungsplatz sammelte die hiesige Arbeitsgemeinschaft sozi-

aldemokratischer Frauen Unterschriften für die sofortige Beendigung des Krieges. Dem Sprecher der AGSF (GEW-Mitglied), der um Rederecht nachgesucht hatte, wurde dieses vom DGB verwehrt. Im Mittelpunkt der Redebeiträge stand die hiesige Situation in der Metall- und Elektroindustrie, wo der Arbeitgeberverband seinen Mitgliedsfirmen durch eine Satzungsänderung eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung ermöglicht. Dieser »Angriff« auf den Flächentarifvertrag und die Solidarität mit den betroffenen KollegInnen standen bei den TeilnehmerInnen der Kundgebung im Vordergrund und verdrängten damit das Thema Krieg auch aus den Diskussionen im »kleinen Kreis«.

Ganz anders natürlich beim »Roten Ersten Mai«, wo der Krieg und seine Bewertung im Vordergrund der politischen Äußerungen stand. In allen Beiträgen wurde das Bombardement Jugoslawiens massiv verurteilt, der sofortige Stopp der Bombardierung gefordert und zur sofortigen Aufnahme von Verhandlungen aufgerufen.

Eine mehrjährige Tradition weist in Siegen gleichfalls die Demonstration zum 8. Mai (Jahrestag der Befreiung vom Faschismus) auf, zu der in diesem Jahr, neben diversen linken Gruppierungen, auch die AGSF aufgerufen hatte. Im Rahmen dieser Demonstration werden an den Gräbern von ermordeten russischen Zwangsarbeitern und am Grab des in Buchenwald ermordeten Siegerer Kommunisten Walter Krämer (der Arzt von Buchenwald) Kränze niedergelegt. Die Zahl der TeilnehmerInnen an dieser Veranstaltung war in den letzten Jahren bis auf zirka zehn Personen zurückgegangen. Dieses Jahr nahmen zirka 45 bis 50 Personen teil, die auf einem Transparent gegen den Krieg der NATO in Jugoslawien protestierten.

Abschließend läßt sich feststellen, daß auch in der Provinz der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien zu erneuten Aktivitäten der am Boden liegenden Friedensbewegung geführt hat. Zeitgleich beginnt eine zaghafte kritische Diskussion in den Gewerkschaften. Mai 1999 ■



Hamburg: Mehrere Demonstrationen begannen an diesem Denkmal, genannt »Kriegsklotz«. Im Unterschied zu früheren farblichen Kommentaren in Form von z.B. roten Farbbeutel-Würfen waren diesmal Künstler am Werk: Die Soldaten hatten als Kommentar zur Kriegszustimmung der Bundesregierung alle (immerhin fast 100) rote oder grüne Helme bekommen. Auf einmal war das Denkmal attraktiv und ein Grund für erfreute Gesichter und Kommentare der Vorbeigehenden. Das wollten Stadtverwaltung und soldatischer Traditionsverband natürlich nicht, sie ließen das schmucklose Grau nach einigen Tagen wieder herstellen. Aber ohne Spaß und Alltagskunst geht's wohl in Hamburg nicht: Prompt erhielten die Soldaten grüne und rote Stiefel.



DIE GRÜNENFAHNE BRENNT: KOLLATERALSCHADEN...



DER KIEZ IST AUCH NICHT MEHR, WAS ER MAL WAR

## Antikriegs-Aktivitäten in Hamburg

Unmittelbar nach den ersten Luftschlägen der Nato auf Jugoslawien demonstrierten am 25.3.1999 zirka 600 bis 700 Menschen gegen den Angriffskrieg in Hamburg. Diese Spontandemonstration ging aus dem Kreis der Autonomen und Anti-Imperialisten hervor und war der Beginn der Antikriegs-Demonstrationen in Hamburg. Unter größerer und im Spektrum breiterer Beteiligung folgte eineinhalb Wochen später der Osterfriedensmarsch am 5.4.1999. Obwohl die Veranstalter mit einem Flugblatt zur Teilnahme aufriefen, in dem der Krieg gegen Jugoslawien nicht erwähnt wurde, zwangen die Ereignisse dem Marsch das Merkmal der ANTI-NATO-Angriffs-Demonstration auf. Etwa 5- bis 6000 Demonstranten zogen durch die Hamburger Innenstadt, viele von ihnen mit selbstgemalten Transparenten und Schildern, die sich gegen die Bombardements richteten.

Das Hamburger Friedensforum, eine Initiative aus der Zeit der Friedensbewegung, die jetzt vorwiegend von Mitgliedern der PDS, DKP und GAL getragen wird, organisierte die folgenden Demonstrationen am 10. und 24.4.1999. Nahmen am 10.4. noch 3- bis 4000 Demonstranten teil, so waren es am 25.4. nur noch 2- bis 3000. Der Personenkreis war breit gefächert: Linke Parteien und Gruppierungen, Kriegsgegner aus den Reihen der GAL, Gewerkschaftsmitglieder vorwiegend aus der GEW und Unorganisierte – jedoch kaum Jugendliche bzw. SchülerInnen! Die geringere Teilnahme an der zweiten Demonstration registrierten nicht wenige mit Enttäuschung.

Zuvor demonstrierten am 21.4.1999 zirka 70 bis 100 Autonome und Anti-Imperialisten gegen den NATO-Angriff,

## Streik von Krankenschwestern in Dänemark

Im Frühjahr 1999 wurden die Tarifverträge auf dem öffentlichen Arbeitsmarkt neu verhandelt. Die Arbeitgeber-Staat, Kreise und Gemeinden – hatten von vornherein sehr enge Grenzen gesetzt, aber da die Inflation gering ist, war das Problem der Lohnhöhe für die meisten öffentlichen Angestellten nicht entscheidend. Im allgemeinen wurden die neuen Tarifverträge in den Urabstimmungen angenommen, wichtig war dabei, daß der verlängerte Urlaub aus dem

die sich als eigenständiger Kreis gegründet hatten, um sich eine gründliche Position zum Krieg zu erarbeiten und um weitere Aktionen ins Leben zu rufen. Sie zogen eine »Blutspur« vom Rathaus zum Axel-Springer-Haus.

Zum 1.-Mai-Demonstrationszug von DGB und neuerdings auch DAG, hatte auch die Hamburger »TAZ« aufgerufen, allerdings mit dem Ziel, ihn zu einem Friedenszug zu verwandeln, kamen weniger Menschen, als in den Jahren zuvor. (Ein Grund dafür war, daß viele Aktive zur Gegendemonstration der NPD nach Bremen gefahren waren.) Auffällig war hier die krasse Trennung zwischen den Gewerkschaftsblöcken ÖTV, IGM, HBV, DAG einerseits und dem Antikriegsblock andererseits, der durch die Sozialpolitische Opposition angeführt wurde. In den Reihen der großen Gewerkschaftsblöcke sah man kein einziges Antikriegsplakat. Nur die GEW-Reihen machten eine Ausnahme.

Das Bemerkenswerteste in Hamburg waren aber die täglichen Demonstrationen der Jugoslawinnen von Beginn des Krieges an. Waren es anfänglich 2- bis 3000 TeilnehmerInnen, die sich um 19 Uhr am Gänsemarkt trafen, dort eine Kundgebung abhielten und dann durch die Stadt zum US-Konsulat oder anderen Punkten zogen, waren es nach zwei Monaten Bombardement immer noch 500 bis 1000 Menschen, die teilnahmen. Auffallend war die geringe, kaum nennenswerte Beteiligung von Deutschen daran. Auch die Autonomen-Demo am 21.4. begann schon um 17 Uhr, damit man nichts mit den Jugoslawen zu tun hatte. So wurde die von offizieller Seite betriebene Isolierung Jugoslawiens auch von den deutschen Kriegsgegnern nachvollzogen! 1.6.1999 ■

Industrieabkommen aus dem Jahr 1998 jetzt auch für die öffentlichen Arbeiter und Angestellten im Tarifvertrag verankert ist. Ausnahmen bildeten die Gewerkschaften der Akademiker, der Gymnasiallehrer, der Volksschullehrer und der Krankenschwestern. Die Akademiker und Gymnasiallehrer waren aber an Abkommen mit anderen Gewerkschaften gebunden, die mehrheitlich für die Verträge waren. Die Ablehnung dieser beiden Gruppen wurde nur ein Protest ohne Folgen.

Anders war das Ergebnis der Volksschullehrer und Krankenschwestern. Sie hatten im Verband aller kommunalen

Arbeitergruppen verhandelt, aber da die Abstimmungsregeln auf diesem Gebiet anders sind, konnten sie neu verhandeln. Die Volksschullehrer forderten andere Ergebnisse in der Stundenverteilung, aber keine Lohnerhöhungen; die erneuerten Verhandlungen führten zu einem Ergebnis, das in einer neuen Urabstimmung angenommen wurde: 54 Prozent stimmten dafür, also nur wenig mehr als in der ersten Urabstimmung (knapp 51 Prozent). Die Unruhe bei den Volksschullehrern ist damit nicht vorbei, es wird auf dem kommenden Kongreß einen Gegenkandidaten zur jetzigen Vorsitzenden geben.

Die Krankenschwestern verlangten aber mehr Lohn, sie forderten zirka elf Mio. DM mehr. Die Vorsitzende der Gewerkschaft hatte seinerzeit das erste Ergebnis mit verhandelt und ihm im Verhandlungsausschuß der Kommunalarbeiter zugestimmt. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, der sozialdemokratische Vorsitzende des Verbandes der Öffentlichen Angestellten, wandte sich sofort und lautstark gegen die Forderungen der Krankenschwestern. Eine Lohnerhöhung käme überhaupt nicht in Frage, die Krankenschwestern müßten sich an das Verhandlungsergebnis halten, sonst würde das Verhandlungskartell der öffentlichen Angestellten (zirka 800.000 Mitglieder, davon 60.000 Krankenschwestern) spätestens bei der nächsten Tarifrunde auseinanderbrechen. Ein Streik, den die Krankenschwestern androhten, dürfe sich nicht auszahlen. Das verdeutlicht das Denken dieses Sozialdemokraten: Er kann sich Auseinandersetzungen nur als Verhandlungen vorstellen, darüber hinaus gibt es nichts, und was gegen diese Taktik geht, darf nicht sein.

Die Lage ist relativ kompliziert: Die Krankenschwestern haben in der Tat einen im Vergleich zu Lehrern und Polizeibeamten geringen Lohn (bei ähnlicher Ausbildungszeit), schlechte Arbeitszeiten und derzeit wenig Nachwuchs. Wenn also an der Lohnfront nichts geschieht, wird es noch schwieriger, Nachwuchs zu bekommen, und das bei steigendem Bedarf an Krankenschwestern u.a. auf Grund der Änderungen in der Altersstruktur. Der Nachholbedarf wird also noch größer, das heißt irgendwann bricht das System zusammen, wenn nichts geschieht. Also müßten sie irgendwie irgendwelche Verbesserungen bekommen, aber dagegen steht die Behauptung der Sozialdemokraten, daß sonst das Verhandlungssystem zusammenbricht.

Die Erklärung des Ausschußvorsitzenden hatte ihre Folgen. Der Arbeitgeber wollte nichts geben, die Krankenschwestern bestanden auf ihrer Forderung und die Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichter wurden abgebrochen, der Schlichter versuchte nicht einmal, die Verhandlungen zu verlängern, es gab keine Annäherung zwischen den beiden Gruppen. Am 13. Mai begann der Streik.

Nur 5000 Krankenschwestern streikten, aber alle Operationen und Untersuchungen wurden bis auf Notmaßnahmen eingestellt. Die abgesprochene Notbereitschaft funktionierte gut, und die Sympathie der Öffentlichkeit war für die Krankenschwestern. Die Gewerkschaft hatte einen ausreichenden Streikfond, sie konnte lange aushalten. Aber schon nach einer Woche legte die Regierung einen Gesetzesentwurf im Parlament vor, der den Streik verbot ohne auch nur die geringste Verbesserung für die Krankenschwestern. Der Vorschlag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen, nur die Vertreter der Einheitsliste und der Sozialistischen Volkspartei stimmten dagegen. Anschließend überlegten Vertreter bürgerlicher Parteien laut, ob es nicht am besten

wäre, das Streikrecht für die Krankenschwestern ganz abzuschaffen und ihnen dafür einen höheren Lohn zu geben. Diese Entscheidung der Regierung hat die Lage gewiß nicht – nicht einmal kurzfristig – verbessert, die Krankenschwestern werden dadurch nicht mehr, der Arbeitsdruck auf die einzelnen nur größer.

Bei dem Konflikt auf dem privaten Arbeitsmarkt 1998 (siehe auch »Arbeiterpolitik«, Nr. 3/98), der auch durch die Regierung mit einem Gesetz abgebrochen wurde, waren zumindest verschiedene Änderungen vorgenommen worden, die so aussahen, als ob der Streik zu Verbesserungen geführt hatte. Nicht einmal dies wurde 1999 versucht. Es ist eine außerordentliche Verschärfung des Bestrebens, das Streikrecht und den Widerstandswillen in der Arbeiterklasse zu untergraben. Dieser Versuch geht aus von rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftern und der sozialdemokratisch geführten Regierung in enger Zusammenarbeit mit den übrigen bürgerlichen Parteien. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes bedauerte, daß die Regierung das Gesetz vorgelegt hatte, aber er sah ein, daß es notwendig war. Nur einige lokale Gewerkschaftsabteilungen und Vertrauensleute hatten den Krankenschwestern Unterstützung zugesagt – aktuell wurde das allerdings nichts mehr. Es kam zwar in den folgenden Wochen zu Unruhen, spontanen Streiks, aber im Endeffekt wurde nichts geändert. Das Wichtigste an diesem Ablauf ist auch nicht so sehr die Niederlage der Krankenschwestern, sondern der Angriff auf das Streikrecht.

Die vergleichsweise starke Position der Gewerkschaften, die u.a. auf einem hohen Organisationsgrad beruht und eine gewisse Autonomie gegenüber dem Staat zur Folge hat, wird so von der Mehrheitsrichtung in der Sozialdemokratie zielstrebig abgebaut. Dabei sind die Organisationen außerhalb der traditionellen Gewerkschaftsbewegung ein guter Angriffspunkt, weil sie vergleichsweise unerfahren sind und nicht automatisch die Unterstützung der kampfkraftigen Industriegewerkschaften haben. Die Mehrheitsrichtung hat jedwede Perspektive, die über den jetzigen Staat hinausführt, aufgegeben, sie ist nicht einmal mehr reformistisch. Ihre Perspektive ist der weitere Ausbau der Europäischen Union, die aktuelle Politik besteht in der Anpassung an die Gegebenheiten in der Union, das heißt »Modernisierung« der noch bestehenden Arbeiterorganisationen, die unter das sogenannte Gemeinwohl eingeordnet werden sollen. Die Krankenschwestern waren dabei ein dankbarer Ausgangspunkt: Sie dürfen nicht streiken, weil das Tote zur Folge haben kann. Das ist natürlich ein gutes Argument – nur gilt es nicht, wenn die Frage nach Bewilligungen gestellt wird, da fragt keiner, ob es mehr Tote geben wird, wenn der Gesundheitssektor nicht ausreichend finanziert wird. Da wird nicht gefragt, ob die Subventionen für die Landwirtschaft oder die Industrieförderung nicht gekürzt werden könnten zugunsten der Kranken.

Die Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei geht ungeheuer schnell. Erst 1996 wurden die hundert Jahre alten offiziellen Bindungen zwischen Partei und Gewerkschaftsbund abgebrochen, schon bei den folgenden Tarifverhandlungen trat die Regierung auf gegen die Forderungen des Gewerkschaftsbundes, 1999 ist der Abbau des Streikrechts verstärkt voran getrieben worden und damit die Zerschlagung der selbständigen Gewerkschaftsbewegung.

31. Mai 1999 ■

## »Mit Prügeln fing es an und mit Prügeln endete es«

So titelte am 6. Mai 1999 die türkische Tageszeitung »Hürriyet«. Sie bezog sich damit auf den Abschluß des Prozesses gegen zwölf Polizisten, der in der Türkei beträchtliches Aufsehen erregt hat. Sie waren angeklagt, am 8. Januar 1996 den Journalisten Metin Göktepe im Polizeigewahrsam zu Tode geprügelt zu haben. Anlässlich der Urteilsverkündung waren etwa 1000 Menschen zur Gerichtsverhandlung nach Afyon gekommen. Als sie in einem Demonstrationszug von ihrem Busparkplatz zum Gerichtsgebäude ziehen wollten, wurde die friedliche Menge unter Schlagstockeinsatz von der Polizei angegriffen. Sie wurden zu den Bussen zurückgedrängt und auf einen Parkplatz geleitet, wo sie das Ende des Prozesses abwarten mußten. Das Ergebnis waren mehrere Verletzte. Fadime Göktepe, die Mutter des Tatopfers, erlitt einen Schwächeanfall und mußte notärztlich versorgt werden, eine Rechtsanwältin, die im Prozeß für die Familie Göktepe die Nebenklage vertrat, erschien dort mit geschwellenem Auge.

Letztendlich sind jetzt sechs der angeklagten Polizisten zu jeweils siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Strafmildernd wurde berücksichtigt, daß ihnen nicht nachzuweisen war, daß sie ihr Opfer töteten, sondern möglicherweise »nur« foltern wollten. Die übrigen Angeklagten wurden mangels an Beweisen ganz freigesprochen. Die eigentlich Verantwortlichen in der Polizeiführung haben sich nie rechtfertigen müssen.

Trotzdem muß der Ausgang des Prozesses als gewisser Erfolg für die demokratische Öffentlichkeit in der Türkei gewertet werden. Erstmals ist es gelungen, die Staatsorgane zu zwingen, einen der vielen von Sicherheitskräften begangenen Morde an Journalisten zu ahnden. Gelungen ist dies durch die gewaltige Mobilisierung der türkischen und - in gewissem Umfang - auch europäischen Öffentlichkeit (So wurde zum Beispiel Göktepes Trauerfeier von 1000 Menschen besucht, das Thema war über die ganzen drei Prozeßjahre ständig Thema in Presse, Funk, TV). Der Prozeß wurde während der ganzen Laufzeit von einer Delegation aus Deutschland, zeitweise auch aus Frankreich, Großbritannien, Belgien, Schweiz und Niederlanden beobachtet. Sie bestand aus Juristen, Journalisten und Gewerkschaftern. Der öffentliche Druck war so groß, daß der (ehemalige) türkische Ministerpräsident Yılmaz bei seinem Amtsantritt öffentlich erklärte, er werde dafür sorgen, daß die Schuldigen bestraft würden. Staatspräsident Demirel erklärte gar, die türkische Ehre stünde auf dem Spiel.

### Zum Hintergrund

Metin Göktepe arbeitete für die linke Tageszeitung »Evrensel«. Am Tag seiner Verhaftung wollte er von der Trauerfeier für zwei politische Gefangene berichten, die während eines Hungerstreiks im berüchtigten Umraniye-Gefängnis in Istanbul bei der Erstürmung ihrer Zellen durch die Polizei getötet wurden. Gemeinsam mit zwei Kollegen von anderen Zeitungen wurde er jedoch an einer Polizeisperre aufgehalten. Die drei zogen sich zurück, berieten kurz und versuchten dann erneut, durchgelassen zu werden. Diesmal wurde Göktepe sofort verhaftet und zusammen mit zirka 1200 Teilnehmern

der Trauerfeier in ein Sportstadion im Istanbul Stadtteil Eyüp verbracht. Die Festgenommenen wurden dort systematisch zusammengeschlagen. Nach Zeugenaussagen wurde Göktepe als Journalist eine »Sonderbehandlung« zuteil, an der er schließlich starb. Im Gegensatz zu vielen ähnlich gelagerten Fällen war in seinem Fall nahezu jeder Schritt zwischen seiner Verhaftung und seinem Tod nachvollziehbar. Daher gelang es den Behörden diesmal nicht, den Tathergang zu vertuschen.

Trotzdem wurde zunächst versucht, die Festnahme zu bestreiten, dann wurde behauptet, Göktepe sei gesund wieder freigelassen worden und schließlich wurde sein Tod als Unfall (Fall vom Stuhl im Teehaus, dann von einer einen Meter hohen Mauer, was angesichts der dokumentierten fürchterlichen Verletzungen der blanke Hohn ist) dargestellt. Die eindeutige Beweislage und der enorme öffentliche Druck erzwangen dann aber doch das Gerichtsverfahren gegen die mutmaßlichen Täter, wobei aber die verantwortlichen Einsatzleiter von vornherein nicht belangt werden sollten. Vielmehr war wohl von vornherein daran gedacht, notfalls einige untere Dienstgrade als »Bauernopfer« darzubringen, die als Einzelfälle die systematische Folterpraxis der türkischen Polizei nicht belegen können würden.

Der Prozeß sollte zunächst, nach der türkischen Strafprozeßordnung korrekt, in Istanbul durchgeführt werden. Das Gericht berief sich dann aber auf eine Vorschrift der Strafprozeßordnung, wonach bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit der Prozeßort verlegt werden kann (Diese Vorschrift wurde ursprünglich ausdrücklich zur Unterbindung von Blutracheaktionen, die in den rückständigen Gebieten der Türkei noch lange praktiziert wurden, in die Strafprozeßordnung eingefügt). Der Prozeßort wurde dann zunächst nach Aydin, ab dem zweiten Prozeßtag nach Afyon verlegt. Offenkundiges Ziel dieser Verlegungen war, das öffentliche Interesse an dem Prozeß erlahmen zu lassen. Aydin ist von Istanbul in zirka vier- bis sechsstündiger, Afyon in zirka sechs- bis achttündiger Busfahrt zu erreichen. Afyon ist zudem eine Hochburg der Islamisten und stellt damit keine freundliche Umgebung für Prozeßbesucher dar. Trotzdem blieb das öffentliche Interesse ungebrochen. Während der mehr als dreijährigen Verhandlungsdauer mit mehr als zwanzig Gerichtsterminen erschienen jeweils zwischen 400 und 2000 Menschen, fast die gesamte türkische Presse und eine ausländische Delegation.

Auffällig war im Prozeßverlauf der für deutsche Verhältnisse sehr offene und direkte staatliche Einfluß auf die Justiz. So wurde die Eröffnung des Prozesses bekanntgegeben, als gerade die Verhandlungen über die Möglichkeiten der Türkei zum EU-Beitritt liefen. Nach deren Scheitern erklärte der damalige türkische Justizminister, man werde nicht weiter dulden, daß der Prozeß zu einer politischen Veranstaltung wird. Prompt beschloß das Schwurgericht in Afyon, den bis dahin wegen des enormen öffentlichen Interesses in einer Sporthalle stattfindenden Prozeß in einen winzigen Gerichtssaal zu verlegen, in dem nicht einmal alle Rechtsanwälte der Nebenklage Platz fanden. Auf entsprechende Anträge der Anwälte wurden sie beschieden, wenn es nach dem Gericht gegangen wäre, würde ein gößerer Raum gewählt werden. In dieser Weise ging es weiter: Während die angeklagten Polizisten es über ein Jahr nicht für nötig befanden, überhaupt vor Gericht zu erscheinen, und die Polizeiführung nicht einmal ihre Anschriften herausgab, sorgte

ein Schwenk in der türkischen Innenpolitik plötzlich für deren Verhaftung. Mit der durch das Militär erzwungenen Abdankung der islamistischen Regierung Erbakan und dem Amtsantritt von Yilmaz war es vorübergehend opportun geworden, dem Thema Menschenrechte verstärkt Beachtung zu schenken. Also erklärte Richter Sharif sich selbst für befangen und eine konsequentere Prozeßführung sowie die Verhaftung der Angeklagten wurden vorübergehend möglich. Als die Menschenrechtsfrage an Interesse verlor, wurde der Prozeß durch Versetzung der Richterinnen und Aussetzung des Haftbefehls wieder verschleppt. In dieser Art ging es wei-

ter, bis schließlich im März 1998 ein erstinstanzliches Urteil erging, wonach fünf der Angeklagten zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt wurden. Nachdem sowohl die Nebenklage wie die Verteidigung gegen das Urteil Rechtsmittel eingelegt hatten, wurde die Sache in die erste Instanz zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen. Das Ergebnis ist jetzt die Verurteilung von sechs der Polizisten zu siebeneinhalb Jahren, wobei zu beachten ist, daß es in der Regel zur Entlassung nach 40 Prozent der Haftzeit, also etwa drei Jahren, kommt. Falls die Verurteilten jemals ein Gefängnis betreten müssen, was auch niemand kontrollieren kann.

28. Mai 1999 ■

#### KOMMENTARE ZUR ZEIT



## Einlage zur Arbeiterpolitik Nr. 3/1999

Während der Herstellung dieser Ausgabe wurde der nachfolgende Abschnitt im Leitartikel vergessen. Ebenfalls wurde übersehen, die Korrespondenz aus Darmstadt im Layout zu berücksichtigen. Wir bitten diese Fehler zu entschuldigen. Red. ■

---

### Die Wirtschaftskrise, der IWF und die Reaktionen in Jugoslawien

Daß dieser Versuch vollkommen mißlang, ist angesichts der eindeutigen Interessenlage der führenden Kräfte in Slowenien und Kroatien nicht verwunderlich. Die schwere wirtschaftliche Krise in Jugoslawien seit Beginn der 80er Jahre hatte deutlich gemacht, daß es ökonomisch nicht mehr so weiter gehen konnte wie bisher. Die Antwort auf die Frage, was geändert werden sollte, fiel aber je nach Republik sehr unterschiedlich aus. Unter dem Druck des IWF und anderer ausländischer Kreditgeber waren seit Mitte der 80er Jahre verschiedene Versuche gestartet worden, die jugoslawische Wirtschaft umfassend zu deregulieren. Vor allem sollte die jugoslawische Wirtschaft dem Weltmarkt geöffnet, d.h. der bestehende Schutz gegenüber ausländischer Konkurrenz durch Zölle oder andere Maßnahmen rigoros abgebaut werden, und parallel dazu sollte die Mehrheit jener 90% der Betriebe, die zum gesellschaftlichen Sektors zählten, entweder privatisiert oder aber geschlossen werden. Angesichts der geringen Produktivität vieler Betriebe hätte die Realisierung dieser Pläne zur Entlassung von über 2 Mill. Beschäftigten geführt. Der Widerstand war dementsprechend groß. 1987 fanden zahllose Streiks statt, die die jugoslawische Regierung zum Rückzug veranlaßten.

Die slowenische und die kroatische Parteiführung zogen daraus den Schluß, sich wirtschaftlich von Gesamtjugoslawien zu trennen und die vom Westen verlangte Deregulierung allein durchzusetzen. Sie setzten dabei darauf, daß die Betriebe in ihren Republiken die radikale Umstellung auf kapitalistische Bedingungen relativ gut bewältigen würden, ihre Chancen jedenfalls eindeutig besser seien als die der Betriebe im Rest Jugoslawiens. Letztere wurden daher von ihnen (wie auch dem Großteil der Bevölkerung Sloweniens und Kroatiens) als Klotz am Bein empfunden. Diese Überlegung erschien damals plausibel, war insgesamt aber nur für Slowenien auch wirklich zutreffend. Dort war der "Anpassungsprozeß" tatsächlich mit vergleichsweise geringen Opfern seitens der Beschäftigten verbunden. Aufgrund der für jugoslawische Verhältnisse relativ hohen Produktivität der Wirtschaft und der schnellen Anbindung an die EU konnte bisher ein eher sozialpartnerschaftlicher Weg gegangen werden. Für Kroatien galt und gilt das nicht. Die ökonomischen Belastungen durch den Krieg wie auch die schlechteren wirtschaftlichen Voraussetzungen machten ein solches Vorgehen unmöglich. Ende der 80er Jahre konnte oder wollte das aber kaum jemand wissen.

Für die serbische Parteiführung unter Milosevic stellte sich die Situation aus den geschilderten Gründen völlig anders dar. Ein konsequent kapitalistischer Weg bot der serbischen Wirtschaft keine Perspektive. Dementsprechend bezog die Führung Serbiens in allen Konflikten stets eine Position, die sich zwar nicht grundsätzlich gegen eine kapitalistische Umstrukturierung der Wirtschaft richtete, aber eine wesentlich langsamere Anpassung der Betriebe an die

Erfordernisse des Weltmarkts vorsah, als vom Westen gefordert wurde. Besonders deutlich wurde das in der Endphase des jugoslawischen Bundesstaats um 1990. Die serbische Parteiführung unter Milosevic blockierte damals so gut wie alle Versuche des aus Kroatien stammenden jugoslawischen Präsidenten Markovic, die Forderungen des IWF umzusetzen. Auf ein von der jugoslawischen Regierung Ende 1989 mit dem IWF abgestimmtes Stabilisierungsprogramm, das ein Einfrieren der Löhne und Preise vorsah, de facto aber kurzfristig nur zu einer erheblichen Senkung der Reallöhne führte, reagierte die serbische Führung mit massiven Lohnzugeständnissen an die Beschäftigten, was wesentlich zum Scheitern des Programms beitrug. Den von der jugoslawischen Bundesregierung akzeptierten IWF-Auflagen zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen und der jugoslawischen Währung erging es nicht anders. Sie wurden am 28. Dezember 1990 mit einem Geheimbeschluß des serbischen Parlaments beantwortet, der es den serbischen Banken erlaubte, bei der jugoslawischen Nationalbank 28 Mrd. Dinar (damals ca. 2 Mrd. DM) in Form einer Schuld Serbiens aufzunehmen. Praktisch bedeutete das, daß die Notenpresse angeworfen wurde und das neu geschaffene Geld zum Ankauf von Devisen und zur Schuldentilgung serbischer Unternehmen und der Regierung Serbiens verwendet wurde, d.h. letztlich entgegen den Absichten des IWF auf Kosten einer steigenden Inflation erst einmal Arbeitsplätze gesichert wurden.

Die Weigerung Serbiens, sich den Forderungen des Westens im gewünschten Umfang zu beugen, führte zu einem allmählichen Kurswechsel der westlichen Länder. Hatten sie mehrheitlich zunächst auf ein Weiterbestehen Jugoslawiens gesetzt, weil das die problemloseste Umsetzung der wirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahmen zu versprechen schien, mehrten sich nun die Stimmen, die sich für die Auflösung Jugoslawiens und die politische Anerkennung Sloweniens und Kroatiens aussprachen, die die Auflagen des IWF zu erfüllen versprachen. Der Kurs Deutschlands, das den beiden Republiken aus eigenen ökonomischen Interessen heraus schon sehr früh die Anerkennung ihrer Selbständigkeit zugesichert hatte, wurde so mehrheitsfähig. Vor allem die USA schwenkten bald um, die anderen westlichen Staaten folgten dann mit mehr oder weniger großer Verzögerung.

## **Ein Tag der Gegensätze – 1. Mai 1999 in Darmstadt**

**Vor drei Jahren hatte der Darmstädter DGB-Kreisvorstand auf Initiative vor allem von IG Metall und IG BCE beschlossen, auf eine Mai-Demonstration zu verzichten. Dem Vernehmen nach war der Hauptgrund dafür die starke Präsenz politisch mißliebiger kurdischer und türkischer Organisationen. Daraufhin hatte die Darmstädter Gewerkschaftslinken sowie Vertreter der interessierten kurdischen und türkischen Gruppen unter dem Dach des »1.-Mai-Bündnisses gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus« selbst eine Demonstration auf die Beine gestellt und eine eigene Abschlußkundgebung veranstaltet. So kam es, daß damals um die 50 Hauptamtliche im Hof des DGB-Hauses ihren 1. Mai bei Jazz-Musik feierten, während an ihnen vorbei über 700 Demonstrantinnen und Demonstranten in einem bunten Zug vorbeidefiliierten, um etwa einen Kilometer weiter auf dem Riegerplatz zu feiern. Der Tag wurde zu einer Blamage für den offiziellen Darmstädter DGB und zum Triumph für die aktiven Gewerkschaftsmitglieder.**

Seit diesem Tag, und nunmehr zum vierten Male, finden wieder regelmäßig Mai-Demos des DGB auch in Darmstadt statt aber – und dies ist ein gewichtiger Unterschied zu anderen Städten – sie werden gemeinsam von DGB-Kreisvorstand und 1.-Mai-Bündnis vorbereitet und durchgeführt. Unter anderem stellen jeweils DGB und Mai-Bündnis jeweils einen Hauptredner bzw. eine Hauptrednerin. Dies paßt insbesondere den rechtssozialdemokratischen Geschäftsführern von IG Metall und IG BCE nicht, Vertreter/innen anderer Gewerkschaften haben dagegen weniger oder keine Bauchschmerzen mit dieser Regelung, so zum Beispiel die von ÖTV, GEW oder IG Medien. Für den zuständigen DGB-Sekretär hat dieses Arrangement den Vorteil, daß die Mitarbeit des Mai-Bündnisses ihn in vielerlei Hinsicht von organisatorischen und technischen Aufgaben entlastet, während er auf tatkräftige Unterstützung aus dem Kreisvorstand nicht vertrauen dürfte.

Das diesjährige offizielle Mai-Motto des DGB-Bundesvorstands »Neues Handeln. Für unser Land« wurde auch in Darmstadt von den meisten aktiven Gewerkschaftern wegen seiner nationalistischen Tendenz abgelehnt. Das Mai-Bündnis formulierte auf Plakaten und in einer Mai-Zeitung, die vor den größeren Betrieben verteilt wurde, ein eigenes Motto: »Gegen Unternehmermacht – kämpferisch, solidarisch, international«. Aber auch der DGB-Kreisvorstand wagte nicht, unter dem Dortmunder Motto zu demonstrieren, sondern er griff auf das Motto des Vorjahres zurück und holte das Transparent vom vergangenen Jahr aus dem Keller des Gewerkschaftshauses hervor.

Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien und die Haltung der Gewerkschaften dazu wurde – wie an anderen Orten – auch hier zum Thema, an dem sich die Geister schieden. Der DGB-Kreisvorsitzende, Walter Hofmann, zugleich auch seit diesem Jahr direkt gewählter SPD-Bundestagsabgeordneter, verteidigte in seiner Begrüßungsansprache vor dem Gewerkschaftshaus die Kriegspolitik der Bundesregierung und ernstete dafür ein Pfeifkonzert durch die große Mehrheit der Anwesenden. Die Vertreterin des Mai-Bündnisses, die anschließend sprach, formulierte die Haltung des Bündnisses und verlangte die bedingungslose und unverzügliche Einstellung des Krieges; sie erhielt Beifall – natürlich nicht vom Kreisvorsitzenden und seinen sozialdemokratischen

Freunden. Damit wurde wieder die politische Spannung deutlich, die regelmäßig zutage tritt, sobald in den Gewerkschaften ein wichtiges politisches Thema angesprochen wird und die in erster Linie eine Folge der fast bedingungslosen Unterwerfung der offiziellen DGB-Politik unter die Forderungen entweder der Unternehmer oder, wie in diesem Falle, der Regierungspolitik ist.

Die anschließende Demonstration mit etwa 1500 Teilnehmern war etwas größer als im vergangenen Jahr, ebenso die Kundgebung mit schätzungsweise 2000 Anwesenden, die in der Presseerklärung des DGB-Landesbezirks großzügig verdoppelt wurden.

Hauptredner des DGB war in diesem Jahr der Landesbezirksvorsitzende, Dieter Hooge. Der wandte sich gegen den Krieg und er wies auch auf darauf hin, wie scheinheilig die offiziöse »humanitäre« Begründung angesichts der geduldeten Massenvertreibungen und Menschenrechtsverletzungen im kurdischen Teil der Türkei ist. Dafür bekam er mehrfach lauten Beifall. Gleichzeitig näherte er sich dann doch wieder der Bundesregierung und der offiziellen politischen Linie an, indem er Milosevic zum Buhmann machte und Sanktionen gegen die jugoslawische Regierung forderte – aber eben keinen Krieg. Aber auch damit befand er sich mit vielen Anwesenden in Übereinstimmung, so daß seine Rede durch die Bank weg Applaus erhielt und vor allem als verdiente Ohrfeige für den Darmstädter DGB-Kreisvorsitzenden Hofmann verstanden wurde.

Die Rede des Mai-Bündnisses, die anschließend auch auf Türkisch vorgetragen wurde, war von den inhaltlichen Positionen her radikaler als die von Hooge; aber sie erhielt doch weniger Aufmerksamkeit. Die Position des Bündnisses war im wesentlichen bekannt und sie stellte auch für die gewerkschaftlich interessierten Kolleginnen und Kollegen keine Überraschung dar.

Die an der Kriegsfrage sichtbar gewordenen Widersprüche im Apparat der Gewerkschaften werden noch zu einem Nachspiel auf der Sitzung des DGB-Kreisvorstands Mitte Juni führen. Dort wird zum einen die Nachbesprechung des diesjährigen 1. Mai stattfinden; gleichzeitig hat Dieter Hooge seine Teilnahme an dieser Sitzung angekündigt, der die politische Haltung von Walter Hofmann zum Krieg unverstündlich fand und der außerdem für sein cholerasches Temperament berüchtigt ist. 3.6.1999 ■